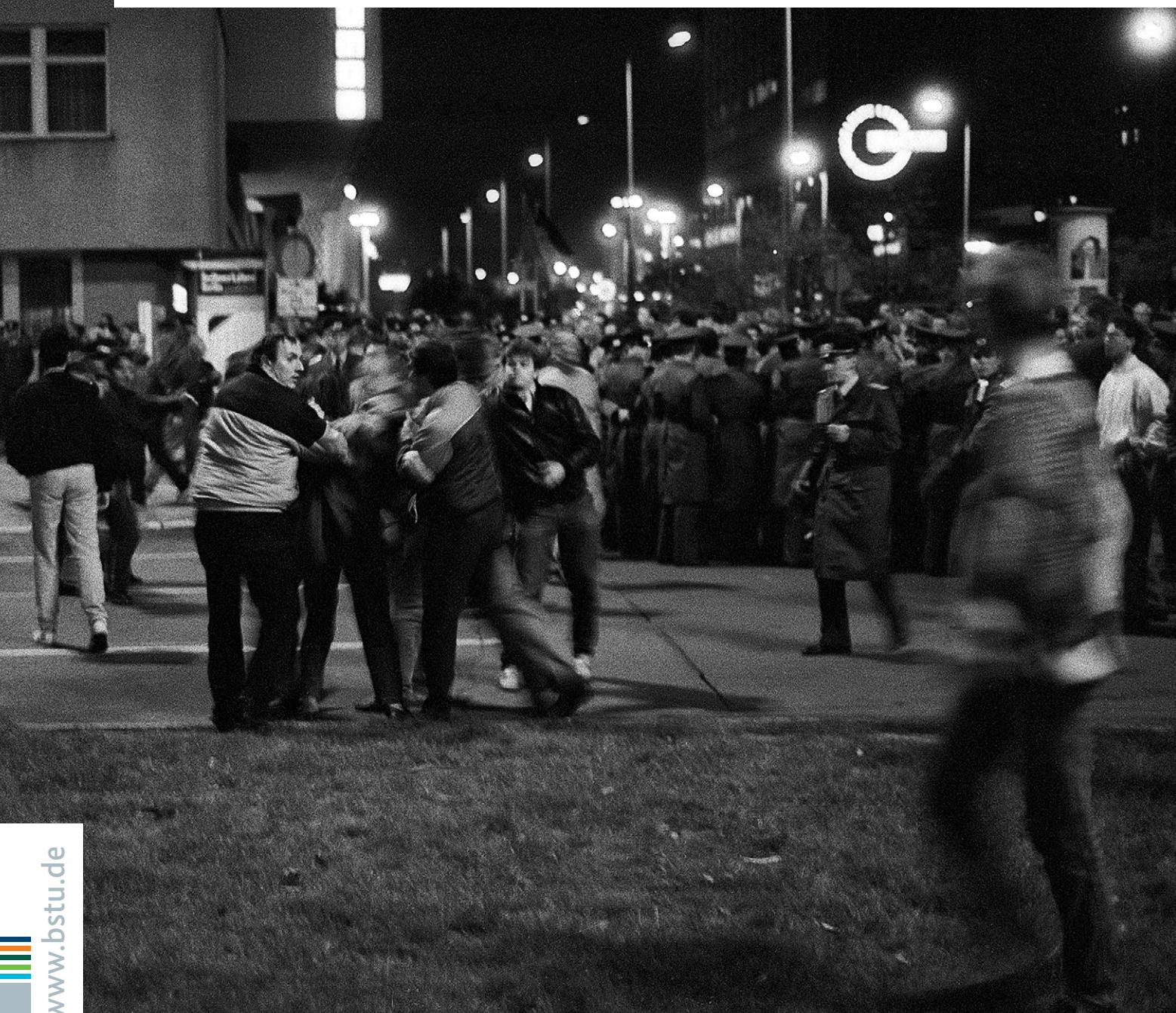




Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89



„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv will abbilden, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten wider-spiegeln und keine weitere Deutung der Quellen vorwegnehmen. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick in die turbulente Zeit des Herbstanfangs 1989 zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.

Inhalt

Vorwort	5
Dokumentensammlung	8
Volksfeste „40 Jahre DDR“	8
Mahnwache für die politischen Gefangenen in der DDR	9
Aktion „Störenfried“	12
40. Jahrestag der DDR	17
Der 9. Oktober	35
„Oppositionelle Sammlungsbewegungen“	38
Formierung DDR-weiter „oppositioneller Sammlungsbewegungen“	39
Resolution der Theaterschaffenden	48
Montagsgebete und Demonstrationen	54
„Maßnahmen zur operativen Durchdringung“ des Neuen Forums	56
Gebetsandachten und Demonstration	62
Demonstrationen überall	66
Bericht über Stimmung in der Bevölkerung	67
Republikweite Demonstrationen	68
Entwicklung von „antisozialistischen Sammlungsbewegungen“	78
Informationen, Stimmungen, Meinungen	82
Der 4. November 1989	96
Demonstrationsaufruf für den 4. November	97
Besprechungsnotizen von Mielke-Stellvertreter Schwanitz zur Demo	98
Befehl von E. Krenz über „Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung“	103
Bericht zum Sicherungseinsatz am 4. November 1989	107
Forderungen auf der genehmigten Demonstration	111
Nachwort	118
Anhang	122
Abkürzungsverzeichnis	123
Der BStU und seine Außenstellen	126
Dokumentenhefte des BStU	130
Quellen- und Bildnachweis	132

Vorwort



1

Abb. 1
Demonstrationszug am 4. November 1989
in Ost-Berlin
*Foto: BStU, MfS, HA XX, Fo 1021,
Bild 0014*

„Sobald sich die Polizeikette in Richtung dieser Leute bewegte, hoben diese die Arme unter den Rufen ‚Keine Gewalt‘. Es war nicht die Spur von provozierenden Handlungen zu spüren. Jedoch ging diese so oft zitierte ‚Provokation‘ von den Polizeieinheiten aus ...“¹

Dieser Bericht eines Betroffenen über die Gewaltausschreitungen der Staatsmacht im Herbst 1989 steht stellvertretend für den Missbrauch staatlicher Gewalt zu Beginn der Friedlichen Revolution in der DDR.

„Keine Gewalt“ – mit dieser Losung verliehen Bürgerinnen und Bürger der DDR ihrer Empörung über das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die überwiegend friedlichen, republikweiten Demonstrationen Ausdruck und forderten zu einer besonnenen und gewaltfreien Auseinandersetzung um die Zukunft ihres Landes auf.

Im Auftrag der SED-Führung, die die aufkeimenden Proteste und die anwachsende Bürgerbewegung unterdrücken und keinerlei Kritik am bestehenden System zulassen wollte, versuchten Volkspolizei und Staatssicherheit jedoch alle „provokatorisch-demonstrativen Handlungen“ und „feindlich-negativen Aktivitäten ... mit allen Mitteln entschlossen zu unterbinden“². Auch angesichts der Tatsache, dass die Regierung noch im Juni 1989 die blutige Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking begrüßt hatte, war in der Bevölkerung die Angst vor einer Zuspitzung der Ereignisse und vor einer „chinesischen Lösung“ spürbar.

¹ BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 1514, S. 14
² BStU, MfS, ZAIG 16381, S. 246

Im Herbst 1989 hatte sich die Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung immer mehr ausgeweitet. Die erneute Fälschung der Kommunalwahlergebnisse, die im Mai von Bürgerrechtlern zum ersten Mal nachgewiesen worden war, die mangelhafte Versorgungslage und die Reformverweigerung der SED-Führung ließen vielen Menschen keine Hoffnung mehr auf Veränderungen. Diese Perspektivlosigkeit veranlasste eine immer größere Zahl an DDR-Bürgern, ihr Land zu verlassen.

Seitdem Ungarn bereits im Mai 1989 damit begonnen hatte, seine Grenzen zu Österreich abzubauen, wurden zunehmend Forderungen nach Reisefreiheit laut. In der größten Fluchtwelle seit dem Mauerbau 1961 besetzten im Spätsommer nun auch tausendfach Ausreisewillige die bundesrepublikanischen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau sowie die Ständige Vertretung der BRD in Ost-Berlin, um so ihre Ausreise zu erzwingen. Als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Prager Botschaftsflüchtlingen am 30. September 1989 ihre Ausreise in die Bundesrepublik verkündete und die ersten Flüchtlingszüge Anfang Oktober über das Territorium der DDR gen Westen fuhren, kam es an der Zugstrecke und besonders an den Hauptbahnhöfen in Dresden und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) zu schweren Ausschreitungen von Sicherheitskräften gegen Demonstranten und Ausreisewillige.

Vor diesem Hintergrund der massenhaften Republikflucht und der Gewalteskalation trugen verstärkt diejenigen Bürger, die in ihrem Land bleiben und vor Ort etwas verändern wollten, ihren Unmut auf die Straße. Mit Protestbekundungen und Reformfordernissen wandte sich die Oppositionsbewegung zunehmend an die Öffentlichkeit. Durch gewaltfreien Widerstand wollten immer mehr Menschen zeigen, dass sie dazu bereit waren, sich für Veränderungen in ihrem Land aktiv zu engagieren. Die eigene Bevölkerung meldete nun ihre Ansprüche mit Lösungen wie „Wir bleiben hier“ und „Wir sind das Volk“ an und erhob die Forderung, in Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden. Als unbequemer und gefährlicher Störfaktor wahrgenommen, stellte sie bald das für die SED größte Problem dar.

Aus Sicht der Staats- und Parteiführung bedeuteten solche „feindlich-negativen Aktivitäten“ im Hinblick auf einen reibungslosen Ablauf der Feierlichkeiten des 40. Jahrestags der DDR-Gründung am 7. Oktober 1989 eine Bedrohung. Fein säuberlich hielt die Stasi jegliche kritische Äußerung, Protestbekundungen und die Entwicklung der Bürgerbewegung fest, um „öffentlichkeitswirksame Aktionen“ konsequent zu unterbinden. Dennoch bildeten sich am „Republikgeburtstag“ im ganzen Land spontane Demonstrationen, die von den Sicherheitskräften brutal aufgelöst wurden.

Das harte Durchgreifen gegen das eigene Volk löste eine immense Empörungswelle aus. Bei vielen Menschen schwanden die letzten verbliebenen Hoffnungen auf demokratische Reformen dahin. Obwohl die Parteiführung mit der dann signalisierten Bereitschaft zum Dialog versuchte, die Initiative zurückzugewinnen, hatte sie die Deutungshoheit über die Ereignisse verloren; das Vertrauen des Volkes längst verspielt. In wachsendem

Maße zweifelte die Bevölkerung die Glaubwürdigkeit und den absoluten Führungsanspruch der Partei an. Sie drängte nun auf klare Entscheidungen und einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Wandel. In den folgenden Wochen nahm eine Demonstrationswelle durch das ganze Land Fahrt auf; es häuften sich die Gründungen von unabhängigen Vereinigungen, Protestresolutionen wurden verbreitet und überall Forderungen nach Aufklärung des gewaltsgemäßen Einschreitens der Sicherheitsorgane sowie nach einem umgreifenden Dialog und Mitgestaltung am demokratischen Umbruchprozess laut. Mit ihrem gewaltfreien Protest setzten Hunderttausende ein Zeichen für Aufbruch und Neubeginn.

Diese Ereignisse im Herbst 1989 sowohl in Ost-Berlin als auch in den ehemaligen Bezirken der DDR stehen im Fokus des vorliegenden Dokumentenhefts des BStU. Anlässlich des 25. Jubiläums der Friedlichen Revolution und des politischen Umbruchs in der DDR wurden Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für den Zeitraum von Anfang Oktober bis zum 4. November 1989 aus den Archiven des BStU ausgewählt. Beispielhaft illustrieren sie den Bürgerprotest, die Situation des Umbruchs und die Reaktionen der Staats- und Parteiführung sowie ihres „Schild und Schwertes“ – des Ministeriums für Staatssicherheit und dessen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen.

Dabei werfen die Dokumente sowohl einen Blick auf Befehle der Staatsführung, Einschätzungen und Maßnahmen der Stasi als auch auf die Sicht der Bürger, die auf die Straße gingen, um ihre Rechte einzufordern. In der spannenden Zeit des Herbstanfangs von 1989 war der friedliche Ausgang der Revolution noch nicht abzusehen und der Weg zur deutschen Einheit keineswegs vorbestimmt. Diese Phase, in der die wachsende Unzufriedenheit in öffentlichen Protesten Ausdruck fand, in der radikale Veränderungen bis hin zu einem tiefgreifenden Umsturzprozess möglich wurden, vollzog sich in einem aus heutiger Sicht unglaublich rasanten Tempo. Innerhalb kürzester Zeit überschlugen sich täglich die Ereignisse und aus dem Kampf um die Öffentlichkeit entwickelte sich eine landesweite Dynamik der Bürgerproteste. Mussten die Menschen Anfang Oktober noch massenhafte Verhaftungen und ein gewaltsames Eingreifen der Sicherheitskräfte befürchten, wollten sie ihre Meinung und Kritik an der Regierung artikulieren, so konnten die Demonstranten am 4. November 1989 zum ersten Mal auf einer genehmigten Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz ihre Forderungen in aller Öffentlichkeit ausdrücken und lautstark Veränderungen einfordern.

Volksfeste „40 Jahre DDR“

Seit dem 2. Oktober 1989 fand in der Ost-Berliner Gethsemanekirche eine ununterbrochene Mahnwache für die Freilassung politischer Gefangener statt. Mit Fastenaktionen, Fürbittandachten, Protestresolutionen und der Einrichtung eines Kontakttelefons wollten die Teilnehmer ihre Solidarität mit den Inhaftierten ausdrücken, die bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig und bei Protestaktionen in anderen Städten verhaftet worden waren.

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober reagierte die Staats- und Parteiführung zunehmend nervös auf solche in ihren Augen „feindlich-negativen Aktivitäten“. Diese beobachtete die Staatssicherheit und fasste sie unter der Aktion „Störenfried“ zusammen. Trotz verstärkter Sicherheitsmaßnahmen und der Bemühungen, den hochrangigen Staatsgästen und der Weltöffentlichkeit den Anschein einer friedliebenden Demokratie zu vermitteln, kam es am 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin und anderen Städten der DDR zu gewaltsamen Auflösungen von Demonstrationen, brutalen „Zuführungen“ und tausendfachen Verhaftungen, oftmals von völlig unbeteiligten Personen.

Im Hinblick auf die nächste Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig verschärften die Vorkommnisse der vorangegangenen Tage die Befürchtungen auf eine Eskalation der Gewalt. Wider Erwarten verlief die Leipziger Demonstration jedoch friedlich. Angesichts der großen Masse an Demonstranten und verschiedener Aufrufe zu Gewaltlosigkeit hatte die Staatsmacht vor dem letzten Mittel einer gewaltsamen Niederschlagung zurückgeschreckt und mit diesem Gewaltverzicht den Weg zum Dialog frei gemacht.

1	BStU
000190	
Mahnwache für die politischen Gefangenen in der DDR	
<i>“ Ihr löscht das Feuer mit Benzin, Ihr löscht den Brand nicht mehr. ”</i> Wolf Biermann	
<p>In den letzten Wochen wurden in Leipzig, Potsdam und Berlin Menschen wegen ihres gesellschaftlichen Engagements und der Wahrnehmung grundlegender Menschenrechte kriminalisiert und inhaftiert.</p> <p>LEIPZIG: Am 11. September 1989 wurden von montäglichen Friedensgebet in der Nikolaikirche kommend, 104 Personen festgenommen. Von diesen wurden über 22 mit Strafbefehlen (Geldstrafe, 1000 bis 5000 Mark) belegt. Mindestens 18 von ihnen sind noch als inhaftiert bekannt: Kathrin Hattenhauer (Neues Forum), Udo Hartmann (IGL, Neues Forum), Karola Bornschlegel (IGL, Neues Forum), Peer Matzeit (Friedenskreis Wurzen), Günther Müller, Holger König, Frank Elsner, Jutta Getzel, Axel Gebhard, Mirco Kitzel, Jens Michalke, Jörg Müller, Ramona Ziegner, Gundula Walther, Sibylle Ulbricht, Udo Suppa, Andre Gay und Jens Kühnel.</p> <p>Von diesen sind bereits 12 per Strafbefehl ebenfalls nach § 217 StGB (Zusammenrottung) zu Haftstrafen verurteilt: Silvia Ulbricht und Jens Kühnel (6 Monate), alle weiteren 4 Monate: Carola Bornschlegel, Udo Hartmann, Holger König, Peer Matzeit, Axel Gebhard, Mirco Kitzel, Jörg Müller, Ramona Ziegner, Gundula Walther und Andre Gay.</p> <p>Auch am 18. September kam es zu über 45 Festnahmen, von denen noch 6 inhaftiert sein sollen. Bislang liegen noch keine Namen vor.</p> <p>Am 25. 9. 1989 kam es zu mindestens 12 Festnahmen, von denen sich noch Tino Karwaczky in Haft befindet.</p> <p>Am 2. Oktober fand die bisher größte Demonstration statt, bei der es zu mindestens 8 bekannten Festnahmen kam.</p> <p>POTSDAM: Am 10. September beteiligte sich die ANTIFA- Gruppe Potsdam an der offiziellen Kundgebung zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. Sie versuchten, eigene Plakate zu zeigen (" Warming! Neonazis auch in der DDR! ", " Nie wieder Krieg - Wohret den Anfangen! "). Sicherheitskräfte griffen brutal ein. Dabei wurde auch der Pädagogiestudent Matthias Schrader misshandelt und verhöhnt. Am 13. September wurde er verhaftet.</p> <p>BERLIN: Seit dem 23. September befindet sich Olaf Stabs in Haft. Er ist Mitglied der Arche-Projektgruppe Ökologie/Okonomie, die kürzlich die erste Nummer ihrer Publikation "Standpunkt" veröffentlichte, bei der er als Kontaktadresse angegeben war. Am 7. Juli bei der seit dem Wahlbetrag regelmäßig auf dem Alexanderplatz stattfindenden Demonstrationen versuchte er, das Transparent "Zu dünn zu addieren, aber ein ganzes Land regieren" zu zeigen. Das in diesem Zusammenhang eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde nach 3 Wochen eingestellt.</p> <p>BERLIN: Wie erst jetzt bekannt wurde, sind seit dem 13.Juli Torsten Röder und Henry Schulze inhaftiert. Sie waren bereits bei der unabhängigen Demonstration am 30. Juni gegen den Staatsterror gegen die Demokratiebewegung in China festgenommen worden. Ermittlungsverfahren nach § 217, Abs.1 (T.Röder) und § 217, Abs.2 (H. Schulze) sind seit Mitte September abgeschlossen. Der Prozeßtermin ist noch nicht bekannt.</p> <p><u>Wir fordern mit der Mahnwache an der Gethsemanekirche, Stargarder Straße, die seit dem 2. Oktober ununterbrochen durchgeführt wird:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Freilassung der Inhaftierten - Keine Abschiebung der Betroffenen gegen ihren Willen - Einstellung der Ermittlungsverfahren - Aufhebung aller Strafbefehle (Haft- und Geldstrafen) <p>Die gegenwärtige innenpolitische Krise kann mit polizeistaatlichen Methoden nur verschärft und in keinem Falle gelöst werden. Auch die größte Fluchtwelle seit dem Mauerbau zeigt, daß die Abschottung eines Landes von politischen Veränderungen in Europa nicht möglich ist, dann ein Land, das sein konstruktives Potential einer starren, festgefahrenen Staatsräson opfert, verspielt die eigene Zukunft.</p>	

BStU
000191

Täglich finden um 18.00 Uhr in der Gethsemanekirche aktuelle Informationsandachten statt.

Informationen können unter der Nummer des Berliner Kontakttelefons: 4484235 , täglich ab 15.00 Uhr abgerufen und gegeben werden.

Bringt bitte Kerzen, Blumen und Nahrungsmittel, Tee und Kaffee mit.

刀劍道

- * FASTENAKTION (seit 4. Oktober in der Berliner Gethsemanekirche):
EIN KONKRETES ANGEBOT ZUM GEGNLITZEN WIDERSTAND

- ich faste, um mich zu besinnen und mein Leben durch Stille und Gebet neu auszurichten.
 - ich faste, um mich reinigen zu lassen von Angst und Resignation, Hass und Gewalt, Ungeduld und Sensationalist.
 - ich faste, weil ich keine andere Ausdrucksmöglichkeit für meinen Protest sehe, gegen die Art und Weise, mit der unsere Politiker ungerührt den Schein aufrecht erhalten und den 40. Jahrestag als ihren Sieg feiern.
 - ich faste, weil ich im Gegensatz zu unseren staatlichen Medien, betroffen bin über die große Anzahl von Menschen, die unser Land verlassen.
 - ich faste, um mit Solidarität zu leben mit allen Menschen, die sich für soziale Gerechtigkeit ein setzen und deswegen leiden müssen und verfolgt werden.
 - ich faste in der Hoffnung, daß sich auch noch andere daran beteiligen - Stunden oder Tagesweise, und wir ein Zeichen unseres persönlichen Engagements für dieses Land setzen und bereit sind, dafür unsere materiellen Bedürfnisse einzuschränken.

4. Oktober 1989

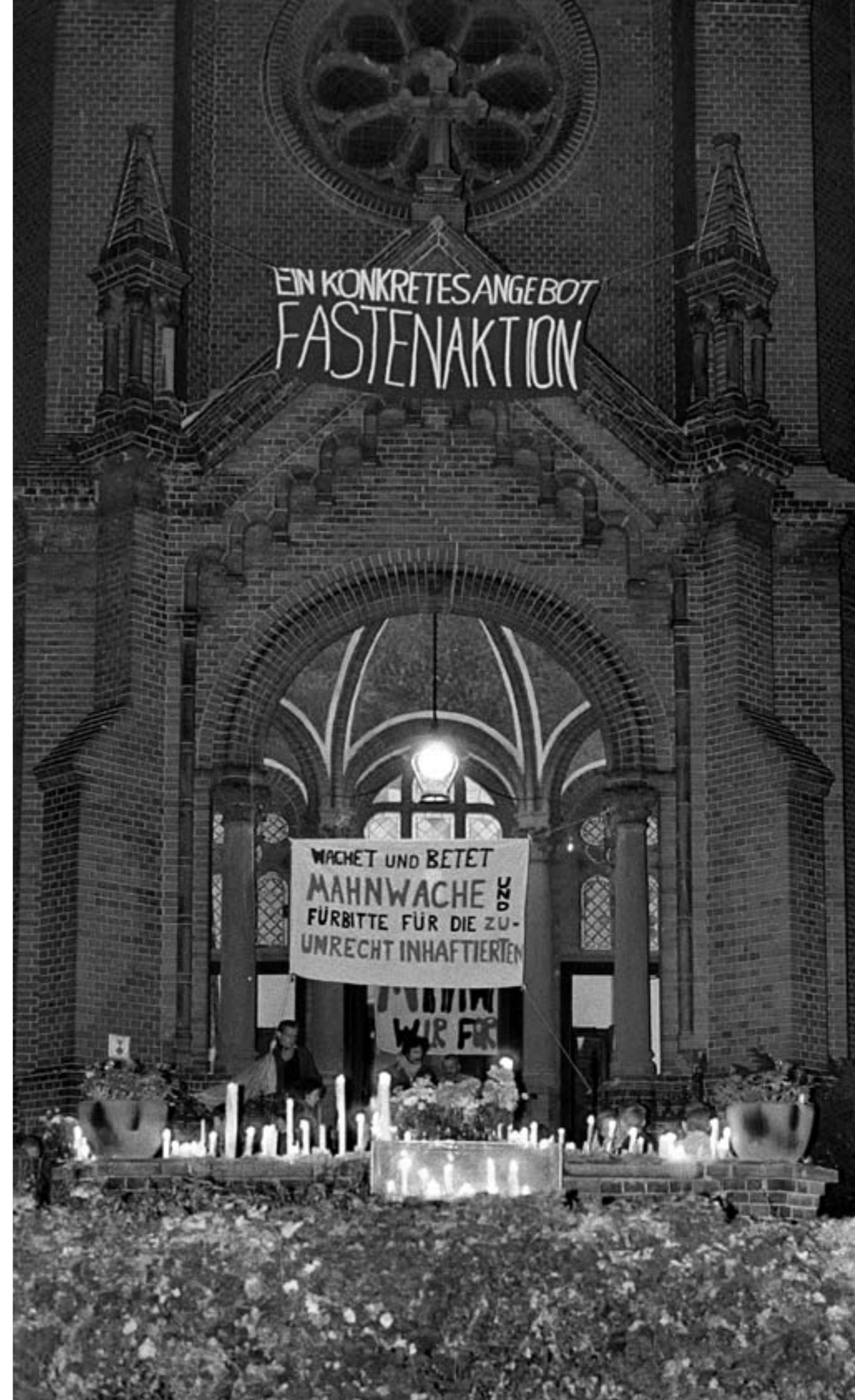
Angela Kupitz
z.Zt. Gethsemanekirche

In der Gethsemanekirche liegt auch eine Protestresolution an den Generalstaatsanwalt zur Unterschrift aus (Bisher über 3000 Unterzeichnende).

- * Am 15. Oktober findet in der Lukasgemeinde in Leipzig ein Benefizkonzert für die in der DDR politisch Inhaftierten statt. Interessierte Musiker können sich über die Berliner Mahnwache, das Berliner Kontakttelefon oder direkt in der Lukasgemeinde (Postfach 51955) melden.

- * In der Versöhnungsgemeinde in Leipzig-Gohlis findet eine Fastenstaffette statt. Täglich von 1. - 8. Oktober jeweils 18.00 Uhr. Indichten.

THE HONGKOK



BStU
000219

Hauptabteilung XX

Berlin, 4. 10. 1989

gef. 13 Exemplare
8. Exemplar



(4. AKC
AKG/895/89)

K
U6 Gf/PK 10/1
U6 Pw USBL
U6 Pw 10/1
6/18
W
Wu

Lagebericht
zur Aktion "Störenfried"

Berlin, Hauptstadt der DDR

Entsprechend der Ankündigungen im Aushang der Gethsemanekirche fanden die Veranstaltungen

"Täglich 18.00 Uhr Andacht" - Große Kirche und
"Aufgabe und Bedeutung der sozialdemokratischen
Politik im Spiegel der Ideologie" 3. 10. 1989,
20.00 Uhr, Winterkirche

statt.
Sie vollzogen sich vor dem Hintergrund der seit 1. 10. 1989 ununterbrochen durchgeführten Mahnwache. Im Verlauf des 3. 10. 1989 kam es in diesem Zusammenhang zum durchgängigen Aufenthalt von ca. 15 bis 20 Personen auf dem Kirchengelände, diesich im 2-Stundenrhythmus ablösten und mit zeitlichen Unterbrechungen bis gegen 17.00 Uhr am Eingang bzw. durch den Zaun die bekannten Handzettel "Mahnwache für die politischen Gefangenen in der DDR" an Passanten verteilten. Diese Aktion war öffentlichkeitswirksam und mit ihr wurden mehrere hundert Personen erreicht. Die Handzettel wurden interessiert gelesen und eingesteckt, und nur in Einzelfällen übergab man sie anwesenden Schutzpolizisten. Im Gegensatz zum 1. 10. und 2. 10. 1989 befand sich nur noch das Plakat mit der Aufschrift

"Wachet und Betet - Mahnwache
Fürbitte für die unrecht Inhaftierten"

am Hauptportal der Kirche.

Ein gegen 17.00 Uhr an der Außenfront der Kircheneingrenzung angebrachter Handzettel o.g. Inhalte, welcher zu Ansammlungen führte, wurde auf Forderung des stellvertretenden Stadtbezirksbürgermeisters für Inneres durch Superintendent GÖRIG entfernt.

BStU
000220
2

BStU
000221
3

Mehrfach wurden durch Personen vom Kirchengelände aus Fotoaufnahmen getätigt.

Mit Beginn der Andacht um 18.00 Uhr befanden sich ca. 450 Personen, zumeist Jungerwachsene, in der Kirche. Bei Erreichen der Kirche stellten einige der Besucher Kerzen in Höhe des Portals ab, die entzündet wurden.

Zur Eröffnung der Andacht wurden die Anwesenden davon in Kenntnis gesetzt, daß auf Grund von Einsprüchen des Rates des Stadtbezirkes gegen die am 1. 10. und 2. 10. 1989 an der Kirche angebrachten Transparente diese in die Kirche umverlagert wurden. Zu dem gegenwärtig noch über dem Haupteingang hängenden Plakat gäbe es hinsichtlich seiner Entfernung vom Gemeindekirchenrat keine Entscheidung.

Anschließend wurden Informationen über die Lage im Leipzig gegeben. Demnach sollen am 2. 10. 1989 etwa 20.000 Demonstranten von Sicherungskräften, insbesondere Kampfgruppen, durch die Straßen gejagt worden sein. Es habe Verletzte und Verhaftete gegeben. Derzeit bemühe man sich, die Personalien der betreffenden Personen in Erfahrung zu bringen.

In diesem Zusammenhang wurden die Anwesenden aufgefordert, Protestschreiben an die Staatsanwaltschaft und die Staatssicherheit in Leipzig zu senden. Als Kontaktadresse solcher Schreiben wurde die Anschrift der Bärbel BOHLEY benannt. Weiterhin bestünden Möglichkeiten, Kontaktadressen über die "Umweltbibliothek" zu erlangen bzw. Protest direkt in der Gemeinde abzugeben.

In der Folge verlas Pfarrer PAHNKE den Gründungsaufruf "Demokratischer Aufuf".

Den Abschluß der Andacht bildeten spontane Diskussionsbeiträge über die am 3. 10. 1989 erfolgten staatlichen Maßnahmen zur zeitweiligen Aussetzung des paß- und visafreien Reiseverkehrs in die CSSR. In diesen Beiträgen kam vordergründig Entrüstung zum Ausdruck.

BStU
000222
4

In der Kirche waren Resolutionen von Künstlern zu Veränderungen in der DDR ausgehängt. Darüber hinaus lagen Listen für die Mahnwachen bis einschließlich 10. 10. 1989 aus.

Abschließend wurde informiert, daß am 6. 10. 1989 in der Erlöserkirche und am 8. 10. 1989 in der Gethsemanekirche weitere Veranstaltungen stattfinden.

Gegen 18.50 Uhr verließ der Großteil der Besucher die Kirche, der Abgang vollzog sich zähflüssig.

Bis gegen 20.15 Uhr hielten sich noch viele kleine Diskussionsgruppen in bzw. vor der Kirche auf, ehe sie sich zerstreuten. Die Mahnwachen verblieben in der Kirche.

An der Andacht nahmen zwei Vertreter des Evangelischen Presse-dienstes (epd) der BRD teil, an deren Identifizierung gearbeitet wird, Sie tätigten Filmaufnahmen auf dem Kirchengelände).

Am 3. 10. 1989 in der Zeit von 20.00 bis 22.30 Uhr fand die Zusammenkunft des Friedenskreises der Gethsemanegemeinde in der Winter-Kirche mit ca. 40 Teilnehmern statt.

Zu Beginn informierte Dankwart KIRCHNER über die Mahnwache und warb für Interessenten, besonders in den Nachtstunden. Im Anschluß daran referierte Steffen REICHE (Pfarrer aus Christinendorf) ca. 1 Stunde über die Notwendigkeit zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Er kritisierte das Hervorgehen einer kommunistischen Partei aus der 1946 gebildeten Einheitspartei. Eine SPD wäre notwendig, "um die Kiste wieder aus dem Dreck zu holen". REICHE forderte die Überwindung des Stalinismus in der DDR und zitierte ausschließlich Positionen der SPD aus dem gemeinsamen Papier. REICHE rief auf, jetzt überall Veranstaltungen durchzuführen, um das Bewußtsein für die neue Partei zu stärken.

In der anschließenden Diskussion bezog die Mehrheit der Anwesenden Positionen für REICHE. Es war jedoch nicht zu übersehen, daß einzelne Diskussionsredner, u.a. ein Historiker

BStU
000223
5

(gesellschaftliche Kraft) Wirkungen hinterließen. Mit überzeugenden Argumenten wies er den REICHE als politischen Neivling zurück. Wesentliche Feststellungen der Diskussionen bildeten darüber hinaus

- nicht zu viele Positionen der SPD der BRD zu übernehmen und sich an den Bedingungen in der DDR zu orientieren
- die neue Partei bis Ende 1989 zu gründen und bei der sozialistischen Internationale um Aufnahme zu bitten
- für die nächsten Volkskammerwahlen eigene Kandidaten aufzustellen.

Gegen 22.35 Uhr war die Beratung beendet, der Großteil der Anwesenden trug sich in eine Unterschriftenliste (zur Unterstreichung des Potsdamer Briefes an Gorbatschow) für die Unterstützung der Reformkräfte ein. Gleichzeitig wurden Kopien des bekannten "Aufrufes zur Bildung einer Initiativgruppe SPD in der DDR" verteilt.

103625 186/89

BStU
0246

Ministerium für Staatssicherheit Berlin, 5. 10. 1989
Der Minister

37

Diensteinheiten
Leiter

Vertrauliche Verschlüssecke
VVS-e008
MfS-Nr. 69/89
.Ausf. Bl. 1 bis /

Ausgehend von der Entwicklung der politisch-operativen Lage, insbesondere in letzter Zeit aufgetretener provokatorisch-demonstrativer Handlungen und Vorkommnisse, fordere ich nochmals nachdrücklich, die Anreise aller Personen, von denen Gefahren ausgehen können, die bereits im Zusammenhang mit provokatorisch-demonstrativen Handlungen bzw. provokatorischen Forderungen angefallen sind, nach der Hauptstadt der DDR, Berlin, während des Aktionszeitraumes unter Nutzung aller Möglichkeiten und mit allen Mitteln konsequent zu verhindern.

Personen, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen zum Reiseverkehr nach der CSSR zurückgewiesen werden, sind weiter unter Kontrolle zu halten. Es ist zu gewährleisten, daß diese Personen tatsächlich in ihre Heimatorte zurückkehren und an weiteren feindlich-negativen Aktivitäten gehindert werden.

Die Wirksamkeit aller Vorkehrungen und Maßnahmen zur Sicherung der Veranstaltungen sind mit dem Ziel des rechtzeitigen Erkennens jeglicher provokatorisch-demonstrativer Handlungen, der Formierung und Ansammlung feindlich-negativer Kräfte nochmals gründlich zu überprüfen. Feindlich-negative Aktivitäten sind mit allen Mitteln entschlossen zu unterbinden. Es ist zu prüfen, inwieweit die bereits eingeleiteten Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der politisch-operativen Lage tatsächlich ausreichend sind. Ebenfalls ist nochmals die Bereitstellung aller Kräfte zu überprüfen. Es sind weitere Reservekräfte bereitzustellen. Sie sind gründlich - einzuweisen und zu instruieren, damit sie kurzfristig zum Einsatz gelangen können. Keine Überraschung zulassen! Dem Gegner keine Möglichkeit geben, dort aktiv zu werden, wo er annimmt, daß wir da nicht sind!

Melky
Armeegeneral



3



4

19

BERU
000106

Abb. 3/4
Am 7. Oktober 1989 bildet sich auf dem Berliner Alexanderplatz, wo offiziell das „Volksfest zum 40. Jahrestag der DDR“ gefeiert wird, eine spontane Demonstration.
Fotos: BStU, MfS, BV Berlin, Fo 0017, Bild 0010; Bild 0001

BStU
000107

Hauptabteilung IX

Berlin, 08. 10. 1989

546189

O b e r s i c h t

Über Zuführungen/Festnahmen im Rahmen der Sicherungsaktion
zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR

(Stand 08. 10. 1989, 06.00 Uhr)

ab 3. X

Insgesamt wurden 2.103 Personen zugeführt.

Die Zuführungen erfolgten hauptsächlich bei der Auflösung von teilweise mit Gewalttätigkeiten verbundenen Zusammenrottungen in:

Berlin	568 Personen
Dresden	1.042 Personen
Prenzlau	8 Personen
Karl-Marx-Stadt	46 Personen
Leipzig	210 Personen
Potsdam	108 Personen
Arnstadt	32 Personen
Rostock	23 Personen
<i>Plauen</i>	<i>mit 72 -</i>

Zu den zugeführten Personen wurden bisher in insgesamt

1.223 Fällen

Entscheidungen getroffen.

Gegen 463 Personen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, davon 417 EV mit Haft und 46 EV ohne Haft.

BStU
000108

2

Die Einleitung der Ermittlungsverfahren erfolgte auf folgender Rechtsgrundlage:

§ 217 StGB	408 Personen
§ 215 StGB	8 Personen
§ 220 StGB	16 Personen
§§ 137, 139 (3) StGB	8 Personen
sonstige Delikte	23 Personen

Darüber hinaus erfolgte die Einleitung von 200 Ordnungsstrafverfahren.

Weitere 560 Personen wurden belehrt.



5



6

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
Operativer Einsatzstab

Berlin, 7. Oktober 1989

BStU
000109

B e r i c h t zum Sicherungseinsatz anlässlich des Zentralen Volksfestes "40 Jahre DDR - Rückblicke und Ausblicke"

Planmäßig wurden die im Befehl 14/09 des Genossen Minister festgelegten Sicherungsmaßnahmen im abgestimmten Zusammenwirken mit volkspolizeilichen und gesellschaftlichen Kräften weitergeführt.

Gezielte personenbezogene Kontrollmaßnahmen ausgewählter Kräfte der PUT (182) und Antragsteller auf ständige Ausreise (30) wurden durchgehend gewährleistet.

Im Bereich Unter den Linden bis zum Brandenburger Tor wurden während des gesamten Einsatzzeitraumes durch konsequente Zurückweisung und Zuführungen demonstrativ-provokatorische Aktivitäten bzw. Angriffe auf die Staatsgrenze verhindert.

Mittels einer vom Gegner organisierten umfangreichen Ballonaktion wurden Tausende Heißluftblätter, die sich gegen den 40. Jahrestag der DDR richteten und zum Widerstand gegen die Politik der SED aufriefen, im Stadtzentrum verbreitet.

Bis in die Nachmittagstunden war auf dem Berliner Alexanderplatz eine ruhige, den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag entsprechende Atmosphäre zu verzeichnen.

Die sich ab etwa 16.30 Uhr entwickelnde, nachfolgend geschilderte Provokation hatte ihren eindeutigen Ausgangspunkt im Wirken einer größeren Zahl westlicher Hörfunk-, Fernseh- und Reporterteams, die offensichtlich gezielt und im vereinbarten Zusammenwirken mit einigen feindlichen Kräften durch Interviews, Befragungen und provozierende Verhaltensweisen aktivierend auf bestimmte Personenkreise wirkten. Dabei nutzten sie taktisch raffiniert die aus Anlaß des Volksfestes gegebene Menschenkonzentration.

Unter diesen westlichen Korrespondenten befanden sich Aufnahmegruppen von ARD, ZDF, CBS, BBC, Französisches FTV, RTL Plus, SAF 1, EINS Plus, ORF und eine größere Schar von westlichen Pressefotografen.

Abb. 5/6
Demonstranten am 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin
Fotos: BStU, MFS, BV Berlin, Fo 0017, Bild 0012;
BStU, MFS, HA XX, Fo 0350, Bild 0007

BStU
000110

2

In der Folge ihres Wirkens bildete sich relativ schnell eine größere Ansammlung jüngerer Personen zwischen Einrichtungshaus und Rat des Stadtbezirkes, die, aktiviert von einigen Kräften innerhalb der Gruppierung, begannen, Hetzlosungen und Lösungen wie "Gorbi hilf uns", "Wir bleiben hier", "Neues Forum", "Freiheit und Demokratie jetzt" und "Auf die Straßen, auf die Straßen" zu rufen.

Mehrere der besonders hetzerisch und aufwieglerisch auftretenden Personen wurden unverzüglich zugeführt.

Trotz dieser Maßnahmen und den Aufforderungen der Sicherungskräfte, die generell ignoriert wurden, nahm mit großer Schnelligkeit die Personensammlung zu, die teilweise bis zu 1.000 Personen zählte.

Weiteren Maßnahmen der Einsatzkräfte zur Auflösung dieser Ansammlungen wurde teilweise mit aktiver Gewalt Widerstand entgegengebracht.

Durch zielgerichtete Einflußnahme bestimmter negativ-feindlicher Kräfte und westlicher Journalisten setzte sich die Personensammlung vom Alexanderplatz in Richtung Palast der Republik über die Rathausstraße in Bewegung.

Die sich zu einer Art Demonstration formierte Zusammenrottung wurde von den westlichen Korrespondenten regelrecht geführt und begleitet.

Zur Verhinderung weiterer Provokationen auf dem Marx-Engels-Platz und zur Sicherung des Festempfangs wurde die Blockierung aller Zufahrtsbrücken, unter Nutzung weiterer zugeführter Sicherungskräfte, durchgesetzt.

Nach Beginn des Festempfangs wurde die personelle Zusammenrottung, die sich überwiegend im Umfeld der Liebknecht-Brücke versammelt hatte, zielgerichtet zurückgedrängt.

In Form eines Demonstrationszuges bewegte sich dieser Personstrom vom Stadtzentrum, unter flexibler Nutzung örtlicher Gegebenheiten, zur Gethsemanekirche in den Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg, wo die Beteiligten den angebotenen Zutritt verweigerten und vor der Kirche sich zu einer Art Hetzkundgebung formierten.

Vor der Kirche erfolgte durch bestimmte Personen, die überwiegend später zugeführt wurden, ein weiteres Aufputschen der versammelten Personen durch hetzerische Rufe. Dort traten u. a. Vertreter von RIAS-TV und CBS mit Aufnahmetechnik in Erscheinung, die wiederholt von herangeführten Einsatzkräften der HA II/13 zurückgewiesen wurden, den Aufforderungen kurzfristig Folge leisteten, aber immer wieder versuchten, unmittelbar an die Kirche zu gelangen.

BStU
000111

3

Von dort aus kehrte die Personensammlung, die zuvor provokatorisch, aggressiv und ronitent auftrat und aktiven Widerstand leistete, über die Schönhauser Allee, Dimitroffstraße, Croiswalder Straße zur Höhe Königstor zurück.

Ein Teil dieser Ansammlung von ca. 300 Personen verblieb in Höhe S-Bahnhof Schönhauser Allee und sperrte durch Sitzstreik diese Straße, wobei Kerzen entzündet wurden.

Unter dem Einsatz von Wasserwerfern wurde diese Personensammlung massiv zerstreut. Dabei erfolgten, ebenso wie während der gesamten Provokation, zielgerichtete Zuführungen zum Zuführungspunkt Rummelsburg, zur UHA Magdalenenstraße und zu den VP-Inspektionen Mitte, Prenzlauer Berg, Treptow, Marzahn und Köpenick.

Der Versuch des Großteils des provokatorischen Demonstrationszuges, wieder ins Stadtzentrum zu gelangen, dabei mehrfach Blockierungen von Sicherungskräften umgehend, konnte in Höhe Königstor, unter anderem mittels Einsatz von Kompanien des Wachregimentes, durch konzentrierte Auflösungsmaßnahmen unterbunden werden.

Unverkennbar war eine systematisch geplante und zielgerichtet geführte Organisation dieser Provokation, die taktisch raffiniert auf jeweilige Maßnahmen der Sicherheitsorgane reagierte.

Es wurde deutlich, daß etwa 4 - 5 Gruppen, jeweils bestehend aus ca. 10 Personen, die Sprechchöre anstimmten und nur ein kleiner Kreis, der offensichtlich abgesichert wurde, die Bewegungsrichtung der Ansammlung bestimmte.

Besonders trat in dieser Weise der

[REDACTED]

Berlin-Prenzlauer Berg

in Erscheinung, der um 22.12 Uhr unter Anwendung körperlicher Gewalt zugeführt wurde.

Nach bisherigen Feststellungen wurden 568 Personen zugeführt. Nach Klärung der Tatbeteiligung, der Zielsetzung und Hintermänner, unter Einbeziehung von Kräften der HA IX, wird ein gesonderter Bericht nachgereicht.

BStU
000113

Anlage

Nachfolgend der Text des o. g. Fernschreibens.

Im Verlauf des gestrigen Tages kam es in verschiedenen Bezirken, besonders in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt und Potsdam, zu Demonstrationen, die gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres sozialistischen Staates gerichtet waren.

Vor allem in Dresden, Plauen und Leipzig trugen sie den Charakter rowdyhafter Zusammenrottungen und gewalttätiger Ausschreitungen, die unsere Bürger in höchstem Maße beunruhigen.

Es ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Krawallen kommt.

Sie sind von vornherein zu unterbinden.

Deshalb sind folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Sofortige Zusammenkunft der Bezirkseinsatzleitungen, in der die Lage im Bezirk eingeschätzt wird und entsprechende Maßnahmen festgelegt werden;
2. Unverzügliche Information der Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Funktionäre sowie der Mitarbeiter der staatlichen Organe über die Lage im Bezirk bzw. Kreis und Erläuterung der Aufgaben zur offensiven politisch-ideologischen Arbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, damit diese Funktionäre unmittelbar vor Ort an der Unterbindung der Krawalle teilnehmen und offensiv in Erscheinung treten;
3. Veröffentlichung entsprechender Mitteilungen und sachlicher Berichte über stattgefundene Krawalle in allen Bezirkszeitungen der Partei, verbunden mit Stellungnahmen von Arbeitern und anderen Werktagigen;
4. Tägliche Information an die Abteilung Parteiorgane des ZK über die Lage und eingeleiteter Maßnahmen (jeweils bis 6.00 Uhr mit Stand von 4.00 Uhr bzw. sofort)

ERLEBNISBERICHT

BStU
000015

Ich möchte über meine Festnahme am Abend des 7. Oktober und die darauffolgenden Stunden berichten. Meine Schrift ist schlecht, da es mir noch schwerfällt, den Stift zu halten (man hatte mir bei der Festnahme die rechte Hand derart verdreht, daß der Daumen dick angeschwollen war und noch immer beim Schreiben schmerzt). Am Nachmittag des 7. 10. hatte ich mich an der Demo am Alexanderplatz beteiligt, verließ aber die Menge der Demonstrierenden später, um meine Kinder (5 und 7 Jahre alt), die bis dahin von einem Freund beaufsichtigt wurden, ins Bett zu bringen. Nachdem sie eingeschlafen waren, begab ich mich gegen 21 Uhr noch einmal in Richtung Gethsemanekirche, um eine Kerze aufzustellen und somit den bis zu diesem Tage Inhaftierten meine Solidarität zu zeigen. Ich hatte zwar während der Demo die Gewaltanwendung von Uniformierten in Form von "Einkesselungen" kleinerer, wahllos herausgegriffener Gruppen von Menschen und die Angriffe gegen Pressteams aus westlichen Ländern erlebt, bis zu diesem Zeitpunkt aber Schlagstock einsätze nicht beobachtet.

Als ich an diesem Abend also gegen 21.30 Uhr an der Ecke Lychener/ Stargarder Str. angekommen war, um dann in Richtung Gethsemanekirche zu gehen, mußte ich völlig erschüttert mit ansehen, wie gerade eine Kette von Uniformierten Menschen, die sich in Richtung Kirche bewegen wollten und andere, die von der Kirche kamen, nicht durchließen, weder die von der einen noch die von der anderen Richtung Kommanden. Ich erlebte, daß Menschen wahllos herausgegriffen und von 2 - 3 Uniformierten über die Straße geschleift und mit Schlagstöcken verprügelt wurden. Ich hörte nur noch Schmerzensschreie, die durch Befehle wie "Greifen!" durchbrochen wurden. Ich sah, wie ein älterer Mann vor meinen Augen an den Haaren gepackt und immer wieder mit dem Gesicht auf die Straße geschlagen wurde, von 3 Uniformierten. Völlig verzweifelt darüber, war ich nicht in der Lage, mich von der Stelle zu rühren. Das ganze dauerte etwa 2 - 3 Minuten, bis der Befehl "Alles festnehmen!" die Schreie übertönte. Ich wurde an der Jacke und am Handgelenk gegriffen und auf einen der bereitstehenden LKW's "geworfen". Neben mir erging es vielen Unbeteiligten genauso: Davonlaufende Bürger wurden ergriffen und aufgeladen. Vom LKW aus mußte ich zusehen, wie wahllos auf alles, was sich bewegte mit diesen Schlagstöcken eingedroschen wurde. Eine ältere Bürgerin mit einem Krückstock, die ihren Hund ausgeführt hatte, rief verzweifelt unter Tränen: "Oh Gott, was tut ihr denn (zu den Uniformierten), es könnten doch eure Brüder und Schwestern sein! Wir sind doch ein Volk. Seid doch froh, daß wir alle noch hier sind!" Die Antwort wurde von einem Uniformierten gegeben, der wohl die Befehle zu erteilen hatte (es war dieselbe Stimme, die "alles festne hmen" geschrien hatte): "Halten Sie den Mund, sonst sind Sie auch da oben!" und deutete mit seinem Schlagstock in Richtung der LKW's.

Mit mir zusammen wurde ein junger Mann [REDACTED], der beobachtet hatte, daß man mich festgenommen hatte und daraufhin mit den Worten: "Lassen Sie die Frau los, sie hat doch nichts getan!" hinter uns hurrante, ebenfalls ergriffen und auf den LKW geworfen. Obwohl er sich in keiner Weise dagegen wehrte, schlug man ihn mit dem Gummiknöppel und verletzte seine linke Hand, so daß sich auf dem Handrücken ein riesiges Hämatom in Sekundenschwelle bildete. Nachdem sich ca. 20 Personen auf dem Wagen befanden, 3 Uniformierte aufgesprungen waren, wurde gestartet, und mit uns gemeinsam bewegten sich 5 LKW's in Richtung Emanualkirchstraße, Polizeirevier. Das konnten wir nur sehen, gesagt hatte uns keiner dieser Uniformierten etwas.

BStU
000016

TELEKOM ...

2

Sie blickten stur geradeaus, und beantworteten nicht eine Frage. Auf unserem LKW kamen Gespräche zustande, die die Gründe der Menschen für den Aufenthalt im Bereich Lychener/Ecke Stargarder Str. beinhalteten. Eine Frau erzählte, daß sie in der Stargarder Str. wohnt und mit dem Auto unterwegs war. Sie wurde aufgefordert, ihr Auto abzustellen. Beim Aussteigen wurde sie sofort festgenommen und auf den LKW befördert. Einem Mann erging es ähnlich. Er wollte zu seiner Freundin in die gemeinsame Wohnung. Nachdem man ihn vertröstet hatte, "eine Weile zu warten", wurde er ebenfalls grundlos aufgeladen. Eine Mutter, die mit ihrem zwölfjährigen Mädchen unterwegs war, wurde gemeinsam mit der Tochter aufgeladen. Nur zwei von den auf unserem Wagen befindlichen Menschen waren von der Gethsemanekirche gekommen und wollten nach Hause gehen. Alle wurden einfach so, ohne Grund, aufgegriffen. Man lud uns also in Polizeirevier Emanuelkirchstraße ab. Der junge Mann ... mit der völlig geschwollenen Hand verlangte nach einem Arzt. Eine Frau, die auf den Kopf geschlagen worden war, ebenfalls. Einer der Polizisten reagierte darauf mit den Worten: "Hier gibt's kein' Arzt, das hättest Ihr Euch alle eher überlegen müssen!" In Hausflur stand ein Tisch, an dem die Personen hotiert und uns die Ausweise abgenommen wurden. Alle Festgenommenen mußten in einer Reihe hintereinander antreten und durften sich von da an nicht mehr unterhalten. Wir mußten uns im Hof in leerstehenden Garagen bzw. an den Hausmauern mit den Gesicht zur Wand stellen, Abstand zum Nachbarn ca. 1,5 m und durften uns nicht bewegen, Männer getrennt von Frauen. Die Mutter mit dem 12jährigen Mädchen wurde vom ihrem Kind getrennt. Zwei junge Männer, die unabhängig voneinander laut beteuerten, daß sie nichts getan hätten und völlig zu unrecht da seien, wurden im Hausflur bzw. im Hof des Reviers von jeweils 3 "Grünen" körperlich mishandelt. Ihnen wurden die Arme auf den Rücken gerissen, und sie wurden geschlagen. Wir drehten bei den Schreien der beiden Männer natürlich die Köpfe in Richtung dieser Prügelszenen und wurden angeschrien von den Polizisten: "Undrehen und Ruhe! Steht gefälligst gerade! Köpfe zur Wand! Gespräche unterbleiben. Ruhe!" Zwei Frauen, denen übel geworden war, wurde ein Stuhl hingestellt. Eine Juristin, Mutter von 3 Kindern (auch festgenommen), sagte laut zu uns, daß wir das Recht hätten, uns gegen diese Festnahmen und Haftbedingungen zu beschweren. Daraufhin wurde sie separat abgeführt. Wohin, weiß ich nicht. Nachdem eine ganze Zeit verstrichen war, ohne daß sich etwas ereignet hatte, bis auf die Tatsache, daß immer mehr Festgenommene gebracht wurden - es waren gegen 23.30 Uhr so ca. 100 - 120 Personen (und etwa 50 - 70 Polizisten) - wurden Namen aufgerufen, jeweils 15-20 Personen, in Abstand von 1/2 - 3/4 h, die dann abtransportiert wurden. Nach ca. 2 Stunden Stehens (als ich mich hinsetzen wollte, wurde mir das verboten) wurde auch ich aufgeladen. Man verbot uns Unterhaltung und erteilte Rauchverbot. 5 Polizisten "begleiteten" uns und "sorgten für Ordnung". Völlig durchgefroren kamen wir in der Haftanstalt Rummelsburg an (den Ort, an den man uns gebracht hatte, erfuhr ich auch erst Stunden später). Wir mußten auf den LKW's sitzen bleiben, durften uns nicht bewegen und nicht rauchen. Uns wurde immer kälter. Ein Mädchen, das zwischen den auf dem Hof der Haftanstalt abgestellten LKW's Wasser lassen "durfte", berichtete von 12 LKW's, die dort abgestellt waren, mit Menschen darauf (zwischen 15 und 30 Mann pro Wagen). Eine junge Frau neben mir auf dem Wagen, die ihre Regel hatte und bei der die Blutung schon durch die Hose drang, bat um Zellstoff oder Watte. Der auf dem Wagen verblichene Polizist (die anderen machten Verpflegungspause) antwortete: "Gibt's nicht, hättest Dir eher überlegen müssen!"

3
BStU
000017

Nachdem wir nochmals alle darum gebeten hatten, der jungen Frau zu helfen, war es nach einer 3/4 h endlich möglich, der Frau ein Verbandspäckchen aus dem Sanikasten zu bringen, und nach nochmals einer halben Stunden wurde sie auch zu einer Toilette geführt. Gegen 3.30 Uhr (8. 10.), (völlig durchgefroren., nach 3 1/2 h (!!!) Sitzens auf dem LKW, ohne erwärzende Tee, ohne die Möglichkeit, sich zu bewegen) wurde unser LKW zu einem Tor der Untersuchungshaftanstalt gefahren, die Insassen wurden namentlich aufgefordert, den Wagen zu verlassen und wurden von jeweils 2 Uniformierten abgeführt. Nachdem eine Gruppe von ca. 10 Personen zusammen war, öffnete sich das Tor der Untersuchungshaftanstalt, und die Menschen verschwanden dahinter. Was aus ihnen geworden ist, weiß ich nicht. Als ich an der Reihe war, bat ich darum, zu berücksichtigen, daß ich zwei kleine Kinder zu Hause habe, die allein sind und auf ihre Mutter am Morgen warten würden. (Dasselbe hatte ich schon bei meiner Festnahme und auf dem Polizeirevier getan, aber außer: "Hättste Dir früher überlegen müssen", keine Reaktion von Seiten der "Grünen Gewalt" bekommen.) Ich wurde danach zurückgeholt und in einen Keller zur Leibesvisitation, zur fotografischen Aufnahme (Nr. 51!) und zur Ausräumung meiner Umhängetasche mit Beschlagnahme eines Zettels, der an der Gethsemanekirche am Vormittag verteilt worden war und sich noch in meiner Tasche befand (Inhalt: Aufforderung zu besonnenen Handeln und Bitte, unbekannte Reaktionen zu unterlassen) gebracht. Danach wurde ich zum Verhör zu einer Frau (den Namen durfte ich nicht erfahren) - Hauptmann der K. - gebracht, die als erstes meine Personalien und die meiner Eltern und meines Freundes aufnahm und mich dann bat, meinen Tagesablauf bis zu meiner Festnahme zu schildern. Aus Furcht vor Inhaftierung vermied ich die Teilnahme an der Demonstration auf dem Alex (ich dachte dabei nur an meine Kinder, für die ich verantwortlich bin) in meinem Bericht. Ich mußte begründen, warum ich schwarze Kleidung trage, warum sich an meinen Sweatshirt ein Gorbatjew-Anstecker befindet, warum ich diesen Zettel in meiner Tasche habe. Ich wurde gezwungen, eine Erklärung zu schreiben, die beinhaltete, daß ich wisse, daß das "Neue Forum" verfassungsfeindlich sei und daß ich mit Ordnungswidrigkeitsbestrafung bzw. mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen hätte, wenn ich die Ideen des "Neuen Forums" verbreitete bzw. mich mit ihnen identifizierte. Ich wurde danach gefragt, ob es von Seiten der Kirche, der kirchlichen Gemeinden Aufforderungen gegeben hätte zu Aktionen in Rahmen der Ereignisse des 7. Oktobers, was ich natürlich verneinte. Nach dem Verhör, das von 4.00 - 5.15 Uhr dauerte, wurde ich in eine Zelle gesperrt für ca. 1/2 h. Danach führte man mich wieder zu der Frau, die mich verhört hatte, die mir dann sagte, daß ich aufgrund der Nichtbeteiligung an den Demonstrationen (und mit der Ernährung, mich von "Massenaufläufen" künftig fernzuhalten) entlassen wäre. Sie begleitete mich durch 3 Tore hinaus ins Freie. Fast zur gleichen Zeit wurde eine junge Frau entlassen, auch deshalb, weil sie alleinstehend ist und drei Kinder zu versorgen hat, die an diesen Morgen auch im Falle der Inhaftierung vergeblich auf sie gewartet hätten. Wir Frauen (7), die sich auf den LKW, auf dem auch ich in die Haftanstalt gebracht worden war, befanden, haben uns verabgötzt, sich vor der Fürbitte an hinteren Zaun der Gethsemanekirche am gestrigen Abend zu treffen, falls wir entlassen würden. Ich habe nur diese Frau aus Köpenick wiedergesehen, die mit mir am Morgen des 8. 10. aus der Haftanstalt kam. Von den anderen 5 Frauen habe ich nichts mehr gehört oder gesehen. Ich weiß, daß 4 von ihnen zu diesem Tor der Untersuchungshaftanstalt geführt worden waren. Der junge Mann, der mir helfen wollte, als ich festgenommen wurde, nachdem er in der Haftanstalt wegen seiner Handverletzung einen Arzt vorgestellt worden war, war auch an jenem Morgen entlassen worden.

BStU
000018

4

Alle anderen habe ich nicht wiedergesehen.

Im Anschluß an meinen Bericht möchte ich noch sagen, daß ich nach diesen Ereignissen meine in den letzten Wochen mühsam aufgebaut Hoffnung völlig verloren hatte, daß mir aber der Gottesdienst am 8. 10. (nachdem ich 2 Stunden geschlafen hatte, zog es mich so sehr hierher!) und die täglichen Fürbitten, die Infos über die Geschehnisse in so vielen Städten unseres Landes und hier in Berlin, die Unterstützung durch meinen Freund, der meine Kinder betreut und es mir so ermöglicht, hierherzukommen, die vielen, vielen Menschen, die sich in diesen Tagen so solidarisch verhalten, wieder Kraft geben.

Ich möchte mich aus ganzen Herzen bei den Pfarrern der Gethsemanekirche und allen, die es möglich machen zu jeder Zeit hierherzukommen, die so viel Zeit und Kraft aufbringen für die Tausenden von Menschen, die in diese Kirche kommen und auf irgendeine Weise Hilfe erwarten, Rat und Gottes Segen! bedanken. Vielen, vielen Dank für das alles.

(Ich bitte, meine Schrift zu entschuldigen und meinen Schreibstil, ich bin noch zu verworren, um in meinem Kopf alles klar ordnen zu können.)

Möge uns Gott beschützen und immer den rechten Weg weisen!

(Name der Redaktion bekannt)

Wir zwei Mädels aus Prenzlauer Berg waren am 7. Oktober auf der Demo vom Alex bis Schönhauser Allee. Als die Polizei versuchte, die Demo auf der Schönhauser aufzulösen, rannten wir in Todesangst in die Dänenstraße, und dort gerieten wir in einen Kessel von der Polizei, die uns mit Gummiknüppeln jaulte. Eine Freundin von uns wohnt in der Dänenstraße. Sie war nicht bei der Demo dabei, hat uns aber rennen sehen und hat uns zugerufen, daß wir nach oben kommen sollen. Als wir dort angelangt waren (wir waren ca. 10 Mann), schlossen wir uns ein und beobachteten die Sache vom Fenster aus. Wir wurden fotografiert. Nach etwa einer halben Stunde klopft es und klingelte es sturm, wir öffneten nicht. Dann bin ich mit meiner Freundin in eine Nachbarwohnung telefonieren gegangen. In den zwei Minuten, wo wir weg waren, hat die Polizei die Wohnungstür eingetreten und hat alle Leute verhaftet, darunter den Vater des Mädchens, und die Tochter auch. Sie ist 15 Jahre, und ist bis jetzt vermisst. Alle, die sich in der Wohnung aufhielten, wurden mit Gummiknüppeln runtergejagt, sie durften nicht ihre Jacken mitnehmen oder den Pa. Die Mutter mit dem 12-jährigen Sohn wollten sie auch mitnehmen, die Mutter weigerte sich aber, die Bullen ließen sie da. Bis jetzt wissen wir nicht, was mit S. ist. Sie hatte am Dienstag ein Vorstellungsgespräch für die EOS gehabt. Was sie jetzt vergessen kann. (Name und Adresse vorhanden)

BStU
000024

Der 8. Oktober

Aufgrund der entstandenen Lage kam es am 8. 10., vermittags, beim damaligen Minister Mielke zu einer Art Krisensitzung. Daran nahmen neben der Leitung des MfS Genosse Krenz und Gen. Schabowski teil. Nach der Beratung erschien Gen. Schwanitz ziemlich deprimiert. Wie ich kurze Zeit später erfuhr, wurde Gen. Schwanitz wegen der Ereignisse des Vortages kritisiert, daß er die Demonstration nicht konsequent unterbunden hat. Er hätte bereits auf dem Alexanderplatz die Zuführungen praktizieren müssen.

Auf Weisung begab er sich wieder in den Zümmögelpunkt, um dort die Beratung beim ehemaligen Minister auszuwerten und die Weisungen zu übermitteln. Wesentlicher Inhalt der Weisungen waren:

- Verhinderung von Demonstrationsgruppen
- Vorbereitung des Einsatzes von Kräften mit Spezialausrüstung
- Präsenz der Volkspolizei erhöhen (mehrere kleinere Gruppen)
- Verbot Auftritt Medien im Handlungsräum
- einheitliche Führung Gen. Schwanitz, Gen. Dietze (Vp), Gen. Heydel (BV)
- Vorbereitung technischer Mittel (Zuführungsfahrzeug-, Zuführungsobjekte, uWwssderwerfer)
- Heranführung Kräfte des Wachregiments, Vorbereitung Kräfte Armee
- stärkere Unterstützung durch die Kultur

Am Alexanderplatz kam es zu keinem Maßnahmeeo

Zu großen Ansammlungen kam es in und um die Gethsemanekirche. Zur Verhinderung einer Demonstration ins Stadtzentrum (es gab Minweise auf eine Demo zum Brandenburger Tor) wurde festgelegt, den Bereich Gethsemanekirche abzusperren. Gen. Schwanitz gab jedoch die ausdrückliche Weisung, alle Personen, die diesen Bereich verlassen wollen, aus dem Sperrkreis herauszulassen. Durch diese Maßnahme zu einer Besserung der Lage. Die folgenden Erscheinungen in der Schönhauser Allee wurden mir erst später bekannt.

Hinweis: Bei weiteren Einsätzen im Sicherungsbereich der BV Berlin verhinderte Gen. Schwanitz durch Sperrung der Spreebrücken eine Eskalation.



Abb. 7

Mahnwache in der Berliner Gethsemanekirche für die Freilassung der politisch Inhaftierten, Einstellung der Ermittlungsverfahren und Aufhebung der Strafbefehle, 7. Oktober 1989

Foto: Nikolaus Becker

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
Operativer Einsatzstab

Berlin, 9. Oktober 1989

BSTU
000114

Bericht
zur Verhinderung einer provokatorischen Demonstration im
Zusammenhang mit der Mahnwache in der Gethsemanekirche,
Berlin-Prenzlauer Berg

Die "Mahnwache" und das sogenannte Fasten einzelner Personen wurden fortgesetzt.

Bereits seit den Vormittagsstunden war in der Gethsemanekirche eine gespannte Atmosphäre zu verzeichnen. Am Vormittagsgottesdienst von 10.00 Uhr bis 11.00 Uhr nahmen 700 Personen und über 10 westliche Rundfunk- und Fernsehtteams teil.

Als diese vor dem Kirchengelände wirksam werden wollten, wurden sie konsequent von Sicherungskräften daran gehindert und leisteten schließlich der Aufforderung, sich zurückzuziehen. Folge,

Ab 18.00 Uhr fand die sogenannte Andacht statt, an der ca. 1800 Personen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren teilnahmen und in deren Rahmen Pfarrer ALBANI einerseits zur Ruhe und Gewaltlosigkeit aufforderte, andererseits in emotional ausgeprägter Weise angebliche Willkürakte und Gewalttätigkeiten der Sicherungskräfte in Leipzig, Dresden, Potsdam und am 7. 10. 1989 in der Hauptstadt schilderte. Er forderte auf, sich gegen ungerechtfertigte Verhaftungen zur Wehr zu setzen.

Zum Abschluß der "Andacht" gegen 19.00 Uhr nahm ALBANI auf ein Bibelzitat Bezug und äußerte, daß schon Jesus darauf hingewiesen habe, ein Loch in die Mauer zu schlagen. Zur Zeit würden auf dem Alexanderplatz durch die Polizei Personen kontrolliert, die auch seine Brüder seien.

Diese Äußerungen führten bei den anwesenden Personen, wie bereits vor der "Andacht" feststellbar, zu Diskussionen, ob man "gewaltfrei" oder mit "Gewalt" Veränderungen in der Gesellschaft erreichen und sich gegen Sicherungsmaßnahmen zur Wehr setzen könnte.

Unmittelbar nach ALBANIS abschließendem Auftreten strömten über 1000 Personen vor die Kirche und versammelten sich dort. Dabei wurden Sprechchöre, wie "Demokratie!", "Stasi raus" und "keine Gewalt" gerufen und die Internationale angestimmt.

BSU
000115 2

Gleichzeitig wurden durch einzelne Jugendliche Eisenstangen vom Geländer der Kirche abgerissen.

Nachfolgend vergrößerte sich die Ansammlung vor der Kirche auf ca. 1800 bis 2000 Personen, aus den umliegenden Häusern kam es zu zunehmenden Sympathiekundungen durch Außerungen und das Anzünden von Kerzen. Außerdem wurden die Sicherungskräfte beschimpft und verschiedentlich mit Gegenständen beworfen.

Aufforderungen der Sicherungskräfte, dieses Verhalten einzustellen und auseinanderzugehen, wurden generell ignoriert und es wurde mit Rufen wie "Wir wollen auf die Straße" und "Bullen raus" reagiert.

Der anwesende Generalsuperintendent KRUSCHE versuchte, diesem Verhalten entgegenzuwirken und eine Beruhigung der Situation zu erreichen. Der zwischenzeitlich eingetroffene Bischof FORCK gab den Sicherungskräften die Schuld für die Zuspitzung der Situation.

Bedingt durch das besonnene Verhalten der Sicherungskräfte und den ausgeübten Einfluß verließen gegen 20.50 Uhr ca. 200 bis 300 Personen die Ansammlung über den Bereich Pappelallee/Stargarder Straße, in dieser sich passiv verhaltenden Gruppierung wurden bereits bekannt Flugblätter der Gruppierungen "Initiative Sozialdemokratische Partei in der DDR", "Neues Forum" und "Friedenskreis Pankow" verteilt.

Zwischenzeitlich versuchte der feindlich-negative Teil der aufgeputzten Ansammlung die Blockierung der Sicherungskräfte in Richtung Schönhauser Allee zu durchbrechen. Bei dem aktiven Teil dieser Ansammlung handelte es sich um Jugendliche im Alter von 15 - 19 Jahren. In dieser Ansammlung befanden sich 2 Kamera-teams (CBS und ungarisches Fernsehen), die die Stimmung anheizten.

Ab diesem Zeitpunkt erfolgten konzentrierte Maßnahmen der gemeinsam handelnden Sicherungskräfte zur zielgerichteten und wirksamen Auflösung und Zerstreuung der Personenkonzentrationen. In dieser Phase war eine zeitweilige Einschränkung des S- und U-Bahnverkehrs erforderlich.

Gegen 00,20 Uhr war die Personenkonzentration aufgelöst; dabei wurden besonders aggressive Jugendliche und andere Personen, die Widerstand leisteten, zugeführt. Es wurden insgesamt 416 Personen zugeführt.

In der gesamten Phase der Auflösung und Zerstreuung der feindlich-negativen Ansammlung wurde ein Wirksamwerden der westlichen Kamerateams überwiegend konsequent verhindert.

Leiter OES

Verteiler
Genosse Minister
Generaloberst Mittig
Generalleutnant Neiber
Generalleutnant Schwanitz
Leiter der BV Berlin
ZAIG

Ehrhardt
Oberst

ICFS 278
AUSNAHME
MFS BERLIN,
STELLY. DES MINISTERS, GENERALOBERST MITTIG
STELLY. DES MINISTERS, GENERALLEUTNANT NEIBER
LEITER DER ZAIG, ZOS, HA ROEM 2, HA ROEM 9, HA ROEM 29
ZKG

-- INFORMATION
UEBER EINE NICHTGENEHMIGTE DEMONSTRATION IM STADTZENTRUM VON LEIPZIG AM 9.10.1989 --

AM 09.10.1989 FAND AUSGEHEND VOM VORPLATZ DER NIKOLAIKIRCHE LEIPZIG IN DER ZEIT VON 18.30 UHR BIS 20.30 UHR EINE NICHTGENEHMIGTE DEMONSTRATION VON CA 50 000 BIS 60 000 RPT 50000-160000 PERSONEN (DARUNTER EINE ERHEBLICHE ANZAL AUS ANDEREN BEZIRKEN, DIE MIT ZUG BZW. PKW ANGEREIST WAREN) STATT, DIE VON TAUSENDEN ZUSCHAUERN VERFOLGT UND BEGLEITET WURDE.

IN ZWEI VERANSTALTUNGEN AM 8.10.1989 IN DER MICHAELISKIRCHE LEIPZIG WURDE DURCH FUEHRUNGSKRAEFE DES "NEUEN FORUM" AUF EINE GEWALTLOSE DEMONSTRATION AM MONTAG, DEN 9.10.89, IM ANSCHLUSS AN DIE 'FRIEDENSGEBETE' ORIENTIERT.

IESE 'FRIEDENSGEBETE' HATTEN AM 9.10.89 VON 17.00 BIS 18.00 UHR IN DEN IM ZENTRUM DER STADT GELEGENEN 4 KIRCHEN (NIKOLAI-, THOMAS-, MICHAELIS- UND REFORMIERTE KIRCHE) STATTgefunden, AN DENEN UEBER 5000 RPT 5000 PERSONEN, DARUNTER GESELLSCHAFTLICHE KRAEFE, TEILNAHMEN. IM NIKOLAIKIRCHHOF UND IN DEN BENACHBARTEN STRASZE UND PLAEZEN HATTEN SICH ZU DIESER ZEIT WEITERE TAUSEND PERSONEN ANGESAMMELT.

DER DEMONSTRATIONSZUG FUEHRTE UEBER KARL- MARX-PLATZ, GEORGIRING, HAUPTBAHNHOF-VORPLATZ, TROENDLINGRING ZUM BITTRICHRING, NEUES RATHAUS, WILHELM-LEUSCHNER-PLATZ, ROSZPLATZ, KARL- MARX-PLATZ, WO BIS 20.30 UHR SELBSTAENDIG IM RAUM GEORGIRING- HAUPTBAHNHOF DIE AUFLÖSUNG ERFOLgte.

VON DEN TEILNEHMERN DER DEMONSTRATION ERFOLGTE SPRECHCHOERE WIE
"GORBI, GORBI"
"NEUES FORUM ZULASSEN"
"WIR SIND DAS VOLK"
"WIR SIND KEINE RONDYS"

BSU
000100



8



9

Abb. 8
LKW mit Einsatzkräften in der Leipziger Innenstadt,
9. Oktober 1989
Foto: Eckhard Otto

Abb. 9
Demonstranten auf dem Leipziger Innenstadtring,
9. Oktober 1989
Foto: Eckhard Otto

000101

I CFS 278 BLATT 2

I "KEINE GEWALT"
I "SCHLIESZT EUCH AN"
I "FREIHEIT, FREIHEIT..."
I "FREIE WAHLEN"
I "LASZT DIE GEFANGENEN FREI"
I "PRESSEFREIHEIT"
I "WIR BLEIBEN HIER"
I "WIR WOLLEN REFORMEN"

I MEHRFACH WURDE DIE "INTERNATIONALE" GEGROELT.
I ES GABE VEREINZELTE TRANSPARENTE, DIE ZUR GEWALTLOSIGKEIT
I RUFFORDERTEN.

I WAHREND DER DEMONSTRATION GAB ES KEINE ANGRIFFE GEGEN DIE IM EIN-
I SATZ BEFINDLICHEN ANGEHOERIGEN DER BEWAFFNETEN ORGANE.

I DIE VORBEREITETEN MASNAHMEN ZUR VERHINDERUNG UND AUFLÖSUNG EINER
I DEMONSTRATION KAMEN AUFGRUND DER GESAMTLAGE UND ENTSPRECHEND ZENT-
I RALTER ENTSCHEIDUNG NICHT ZUR ANWENDUNG.

„Oppositionelle Sammlungsbewegungen“

Im Herbst 1989 beobachtete die Stasi die „weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen“¹ akribisch und stellte fest, dass deren Forderungen in der Bevölkerung auf immer größeres Interesse und Zustimmung stießen.

Viele Anhaltspunkte dafür lieferte die Überwachung der sich neu gegründeten Bürgerinitiativen. Am 10. September hatte sich das *Neue Forum* mit seinem Gründungsaufruf an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR gewandt. Mit Kritik an der staatlichen Bevormundung sowie der Aufforderung zum offenen Dialog mit der Staatsführung und zur Erneuerung des Sozialismus wurde es schnell zum größten übergreifenden Sammelbecken der Proteste, auf das sich viele Bürger bei ihren Aktionen beriefen. Noch lehnte das Ministerium des Innern seine offizielle Zulassung als Vereinigung mit der Begründung ab, es verfolge „staatsfeindliche“ Absichten.

Mit anderen politischen Gruppierungen wie z.B. dem *Demokratischen Aufbruch*, *Demokratie Jetzt* oder der *SDP* (Sozialdemokratische Partei in der DDR) teilte das *Neue Forum* das gemeinsame Ziel einer demokratischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Auch durch „Zersetzungsmäßigungen“ wie Einschüchterung oder den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern konnte die Staatssicherheit die Oppositionsgruppen nicht mehr unter ihre Kontrolle bringen.

Obwohl die Stasi nach wie vor „Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung provokativer Handlungen“² einleitete, weil sie sehr wohl die Gefahr erkannte, „daß sich Demonstrationen und Provokationen ... auf weitere Städte bzw. Teile der DDR ausweiten ...“³, fanden im Oktober 1989 in allen DDR-Bezirken Protestaktionen und Versammlungen statt. Dafür stellvertretend sei hier die Resolution der Berliner Theaterschaffenden herausgegriffen, die das gewaltsame polizeiliche Vorgehen vom 7. und 8. Oktober verurteilte und eine öffentliche Untersuchung verlangte. Bei einem Treffen im Deutschen Theater am 15. Oktober einigten sich Kunst- und Kulturschaffende darauf, für den 4. November 1989 einen offiziellen Antrag auf eine erstmals genehmigte Demonstration in Berlin zu stellen.

¹ BStU, MfS, ZAIG 3756, S. 128

² BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX Nr. 37, S. 75

³ BStU, MfS, BV Halle, Medizinischer Dienst, Sach-Nr. 1287, S. 6

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000128

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den - 9. 10. 89

7
8 Blatt Anlagen
Exemplar

Nr. 451 / 89

INFORMATION

über

die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen

Bei den andauernden intensiven Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen sind folgende Entwicklungstendenzen/Handlungen beachtenswert:

1. Die Propagierung und Profilierung des "Neuen Forums" wird DDR-weit forciert.

Unterstützend und begünstigend wirken dabei

- die massierte Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners (beruht vor allem auf ein sich weiter eskalierendes abgestimmtes Zusammenwirken von Vertretern westlicher bürgerlicher Medien mit feindlichen, oppositionellen Elementen und der durchgängigen Präsenz solcher Medienvertreter an den Ausgangspunkten feindlicher bzw. provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten);

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

2 BStU
000129

- die auf das Interesse bestimmter Teile der Bevölkerung stoßenden Ziele und Inhalte des "Neuen Forums";
- die breite, demonstrative Bekundung insbesondere reaktionärer Amtsträger der evangelischen Kirchen für diese oppositionelle Bewegung.

Der sogen. Gründungsauftruf wird weiter in allen Bezirken der DDR und allen gesellschaftlichen Bereichen bekanntgemacht, verbreitet und diskutiert. Er findet unter einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung Resonanz und Zustimmung, z. T. bekundet durch Unterschriftenleistung.

Kirchliche Veranstaltungen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Es ist festzustellen, daß bei öffentlicher Ankündigung von Veranstaltungen in kirchlichen Räumen zur Thematik "Neues Forum" (auch bezogen auf andere oppositionelle Sammlungsbewegungen) eine Überdurchschnittliche Besucherresonanz erreicht wird und Teilnehmerzahlen zwischen 1 000 und 2 000 Personen nicht selten sind. So mußte z. B. eine am 4. Oktober 1989 in einer Kirche in Potsdam-Babelsberg vorgesehene Veranstaltung, zu der erfahrungsgemäß 100 bis 150 Personen erwartet wurden, wegen des Erscheinen von fast 3 000 Interessenten zweimal wiederholt werden. In einigen Fällen, so u. a. in Leipzig und Magdeburg, waren derartige themenbezogene Veranstaltungen in kirchlichen Räumen - ungeachtet wiederholter Erklärungen und Appelle von Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums", so der BOHLEY, zur Besonnenheit und Vermeidung von Gewalt - Ausgangspunkte für anschließende öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktivitäten.

(Vorliegenden Hinweisen zufolge ist einzuschätzen, daß die Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" die sich aus einer gewissen Eigendynamik der Entwicklung der Sammlungsbewegung ergebenen organisatorischen und führungsmaßigen Probleme gegenwärtig nicht beherrschen.)

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000130

Immer wieder treten kirchliche Amtsträger als Initiatoren der Sammlung von Unterschriften für das "Neue Forum" in Erscheinung. Nach intern vorliegenden Hinweisen habe der bekannte Pfarrer TSCHICHE/Magdeburg in seinem Wirkungskreis ca. 1 000 Unterschriften gesammelt. Nach Äußerungen von Führungskräften des "Neuen Forums" solle der Personenkreis, der als Mitglied/Sympathisant der "Bewegung" angesehen werde, eine Stärke von ca. 8 000 Personen ausmachen, davon etwa die Hälfte aus der Hauptstadt der DDR, Berlin.

Diese Personen repräsentieren fast alle Schichten der Bevölkerung, jedoch nur in geringem Umfang Werktätige aus produktiven Bereichen. Weiter zunehmendes Interesse findet das "Neue Forum" unter der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz, allgemein unter Jugendlichen und zunehmend unter Studenten fast aller Studieneinrichtungen. Vorliegende Hinweise lassen die Einschätzung zu, daß das Interesse dabei oftmals mehr den propagierten Inhalten/Forderungen des "Neuen Forums" gilt als der Sammlungsbewegung an sich und deren Organisierung/Profilierung.

Im kulturell-künstlerischen Bereich wirkt das "Neue Forum" besonders über die bekannte Resolution von Unterhaltungskünstlern vom 18. September 1989, die ebenfalls nach wie vor popularisiert wird und die Ausgangspunkt weitergehender Erklärungen, Appelle, Stellungnahmen usgl. ist. Die in diesem Bereich ablaufenden Prozesse des Auseinandersetzens mit aktuellen Problemen der Innenpolitik weisen jedoch deutliche Tendenzen einer relativen Eigenständigkeit auf und sind nicht mit der Profilierung des "Neuen Forums" gleichzusetzen.

Nach vorliegenden Hinweisen setzen die Führungskräfte des "Neuen Forums" ihre intensiven Bestrebungen fort, sich nach Ablehnung ihres Antrages zur Bildung einer Vereinigung als "politische Bürgerinitiative" zu formieren. (Die Versuche der Einbeziehung von Rechtsanwalt GYSI in die Durchsetzung ihrer Legalisierungsbestrebungen bekräftigen die Absicht hinsichtlich des Festhaltens an den gegen den Staat gerichteten Zielen.)

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU 4
000131

In allen Bezirken der DDR bestehen zumeist mit Kontaktadressen benannte sogen. Bezirksorganisationen des "Neuen Forums", in der Hauptstadt Berlin nehmen in den Stadtbezirken sogen. Arbeitsgruppen diese Funktion wahr; aus drei Bezirken liegen Hinweise über beantragte Zulassungen von Kreisorganisationen vor, z. T. mit anderen Bezeichnungen (u. a. Gadebusch/Schwerin - "Medium Nordwest").

Am 14. Oktober 1989 ist, nach streng intern vorliegenden Hinweisen, in Räumen der Sophienkirchengemeinde in der Hauptstadt Berlin eine zentrale Zusammenkunft von Erstunterzeichnern des sogen. Gründungsaufrufes des "Neuen Forums", von "Kontaktadressen" sowie Sympathisanten vorgesehen. Auf diesem Treffen sollen Fragen beraten und Festlegungen getroffen werden u. a. zur Beseitigung des noch bestehenden "programmatischen Defizits" (u. a. durch Erarbeitung bzw. Bestätigung weiterer Papiere konzeptionellen Charakters), zur Formierung des Führungszentrums (um die BOHLEY) sowie der territorialen "Organisationen" (u. a. Fortsetzung der Versuche der Anmeldung von Kreisorganisationen), zum künftigen Wirksamwerden in der Öffentlichkeit sowie der Erfassung der Sympathisanten (zentrale computergestützte Erfassung, u. a. nach berufsspezifischen Gesichtspunkten).

Als Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" agierende Kräfte, darunter die BOHLEY, PFLUGBEIL, Prof. REICH, stehen in fast ununterbrochenem Kontakt mit bekannten Schaltstellen subversiven Vorgehens gegen die DDR in Westberlin (u. a. HIRSCH), mit anderen ehemaligen DDR-Bürgern, mit Führungskräften der "Alternativen Liste" (AL)/Westberlin sowie mit der Mehrzahl in der DDR akkreditierter Korrespondenten bürgerlicher Medien (besonders der BRD) und zum Teil mit akkreditierten Diplomaten des westlichen Auslands.

Diese Personen werden über alle Schritte des Vorgehens des "Neuen Forums" und dabei erzielter "Ergebnisse"/Wirkungen informiert; es erfolgt eine Abstimmung zum weiteren Vorgehen, zu "Unterstützungs-handlungen" der Medien für das "Neue Forum" usw. Ausdruck und ein Ergebnis dieses Zusammenwirkens ist auch die auf Initiative führender

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000132 5

Mitglieder des Bereiches "Berlin-Politik" der "AL" am 6. Oktober 1989 in Westberlin vollzogene Konstituierung eines "Neuen Forums/West". Mit diesem Zusammenschluß wollte man seitens der dahinter stehenden Kräfte (u. a. der ehemalige DDR-Bürger HERZBERG) durch "abgestimmtes Vorgehen eine aktive Unterstützung" des "Neuen Forums" in der DDR erreichen.

Streng intern vorliegenden Hinweisen zufolge bemühen sich Kräfte von "Solidarnosc" um Kontakte zum Führungskreis des "Neuen Forums".

2. In Umsetzung der von der sogen. Initiative zur Schaffung einer sozialdemokratischen Partei verfolgten Ziele und Absichten (siehe Informationen des MfS Nr. 386/89 vom 4. September 1989 und Nr. 416/89 vom 19. September 1989) erfolgte am 7. Oktober 1989 illegal die Gründung einer "Sozialdemokratischen Partei in der DDR - SDP". Dazu liegen folgende Hinweise vor:

Am 7. Oktober 1989 fand in der Zeit von 10.30 Uhr bis gegen 20.00 Uhr im evangelischen Gemeindehaus Schwante, Kreis Oranienburg eine Zusammenkunft von über 40 Personen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, (Mehrzahl) sowie den Bezirken Dresden, Gera, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam und Rostock statt. Unter diesen befand sich eine Reihe kirchlicher Amtsträger, im kirchlichen Dienst stehender und aus religiösen Elternhäusern kommender Personen, die bekannten Unterzeichner des sogen. Aufrufes der "Initiativgruppe" vom 12. September 1989, die Pfarrer GUTZEIT/Potsdam, MECKEL/Magdeburg, NOACK/Rostock sowie das Mitglied des personellen Zusammenschlusses "Initiative Frieden und Menschenrechte" Berlin, Manfred BÖHME.

Pfarrer MECKEL hielt eine "programmatische" Rede und versuchte die Notwendigkeit der Bildung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR u. a. damit zu begründen, daß der Begriff "Sozialismus" für die Massen wertlos geworden sei und die SED keine Reformfähigkeit zeige,

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU6
000133

so daß eine sozialdemokratische Orientierung in Staat und Gesellschaft erforderlich wäre. Im Ergebnis der geführten Diskussionen - Grundlage bildete der genannte Aufruf der "Initiativgruppe" - wurden als konzeptionelle Dokumente der "SDP" fertiggestellt eine sogen. Gründungsurkunde, ein Statut und ein Anhang zum Statut, in welchem "Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogrammes" dargelegt sind (Papiere als Anlage 1 der Information beigefügt). Aufgestellt wurde ferner eine 31 Anschriften von Personen aus fast allen Bezirken der DDR umfassende Liste mit "Kontaktadressen zur Gründung von Ortsverbänden der SDP".

Mit dem Verlesen der "Gründungsurkunde" durch Pfarrer MECKEL betrachteten die Anwesenden die Gründung der "SDP" als vollzogen, was in einem Schreiben an das MdI offiziell mitgeteilt werden soll. Bei allen Personen bestand Klarheit über die Rechtslage (nichtgenehmigte Bildung einer Vereinigung) und möglichen, daraus resultierenden persönlichen Konsequenzen.

Im Anschluß daran wurden die "Leitungsgremien" gewählt wie

- Vorstand

(insgesamt 15 Personen, davon 7 Pfarrer;

Vorstandmitglieder sind u. a. GUTZEIT, MECKEL, NOACK, BÖHME),

- Geschäftsführung

(BÖHME),

- Geschäftsführender Ausschuß

(3 Sprecher),

- Schatzmeister,

- zwei Vertreter in der "Sozialistischen Internationale"

(u. a. die ██████████ Stralsund)

und Festlegungen zur Finanzierung getroffen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000134

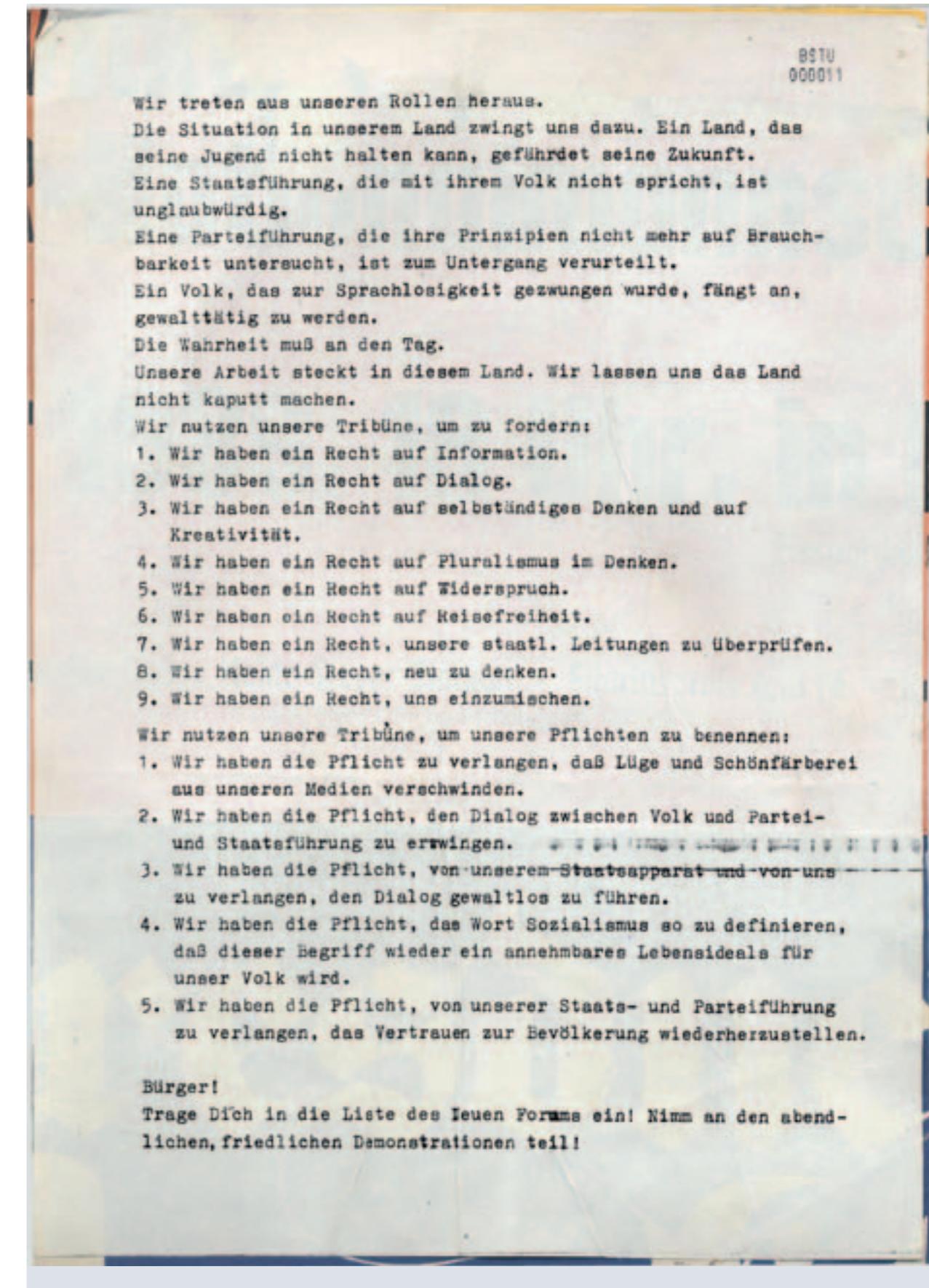
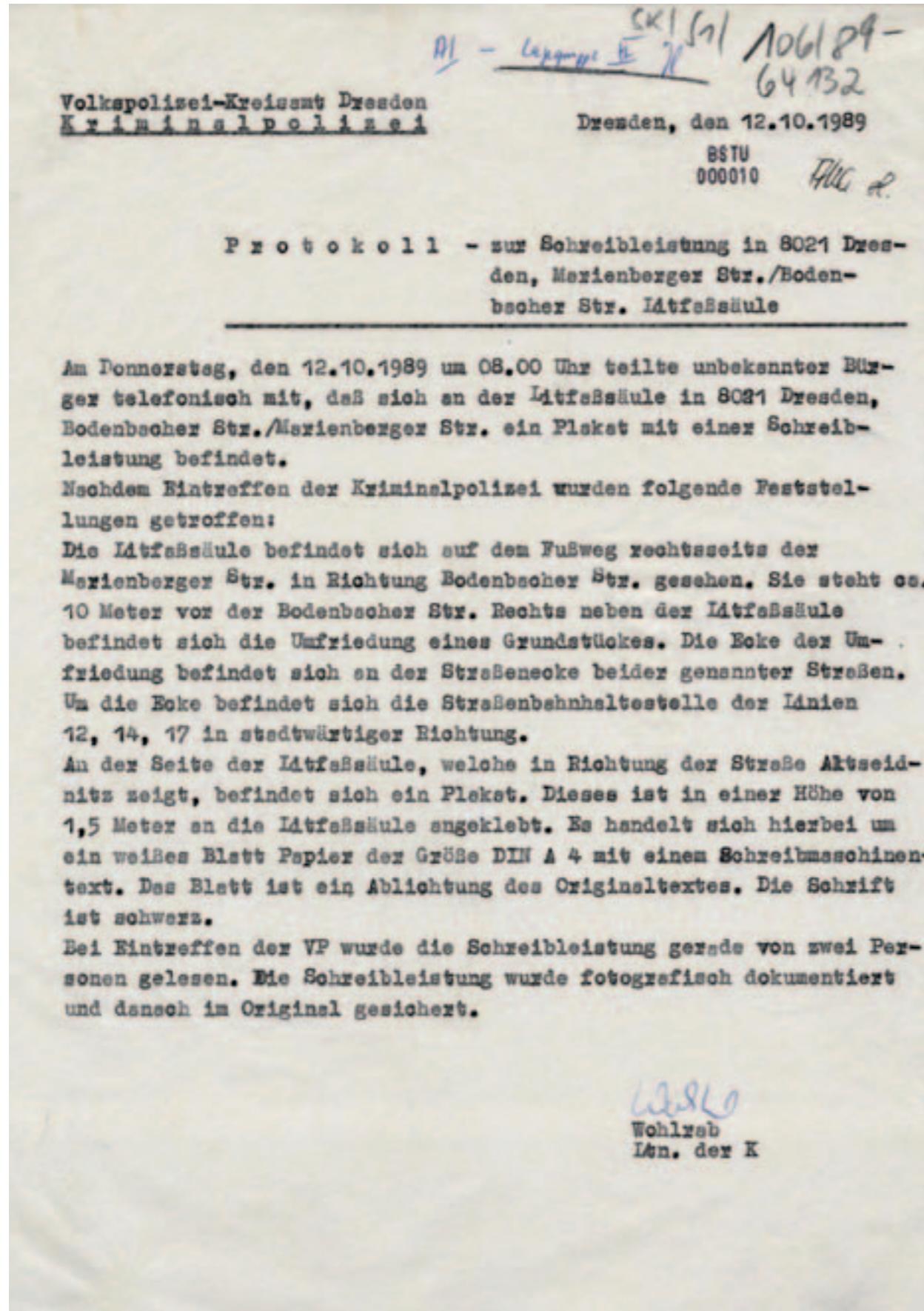
Zum Gesamtverlauf der Zusammenkunft wurde ein Tonbandmitschnitt gefertigt, zeitweise erfolgten Videoaufzeichnungen (Vertreter westlicher Medien waren nicht anwesend).

Ende des Monats Oktober 1989 beabsichtigt der "Parteivorstand", zu einer Schulung zusammenzukommen.

3. Beachtenswert für die weitere Formierung unterschiedlichster oppositioneller Sammlungsbewegungen in der DDR ist eine sogen. Gemeinsame Erklärung (Anlage 2), in der unterschriftlich Inspiratoren/ Organisatoren des "Neuen Forums" (u. a. PFLUGBEIL), des "Demokratischen Abruch" (u. a. EPPELMANN), der "SDP" (u. a. GUTZEIT und BÖHME), der "Bürgerbewegung Demokratie jetzt" sowie verschiedenster bekannter personeller Zusammenschlüsse wie der "Initiative Frieden und Menschenrechte" (u. a. Gerd POPPE) und des "Friedenskreises" Pankow ihre Bereitschaft zu gemeinsamen politischen Handeln mit dem Ziel der "demokratischen Erneuerung" der DDR bekunden. Zu diesem Zweck wird ein Zusammengehen der "Vielfalt der Initiativen" in Aussicht gestellt, das sich vor allem auf die Durchführung demokratischer Wahlen in der DDR unter UNO-Kontrolle und dem "Wahlbündnis mit eigenen Kandidaten" orientieren soll.

Nach vorliegenden internen Hinweisen wurde diese "Gemeinsame Erklärung" am 4. Oktober 1989 im Rahmen eines wesentlich von EPPELMANN mitorganisierten Treffens verfaßt. Das Papier entspricht der Absicht EPPELMANNS und weiterer feindlicher, oppositioneller Kräfte, eine "einheitliche Wahlplattform aller oppositionellen Gruppen und Initiativen" zu schaffen. Es wurde - nach vorliegenden Hinweisen - erstmalig am 6. Oktober 1989 im Rahmen einer sogen. Zukunftswerkstatt "Wie nun weiter, DDR?" in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg vor ca. 2 000 Personen im vollen Wortlaut verlesen.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.



DHE/El/1059/89
U. 19. 10. 89

BStU
000007

DEUTSCHES THEATER UND KAMMERSPIELE
STAATSTHEATER DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

An den Minister
für Staatssicherheit

Herrn Erich Mielke
Normannenstraße 22
Berlin
1130

Berlin, 16. Oktober 1989

Sehr geehrter Herr Minister!

Im Auftrag der Teilnehmer des Treffens der Berliner Theaterschaffenden am 15. Oktober 1989 übersende ich Ihnen hier eine Resolution, die von 627 Teilnehmern unterschrieben wurde.

Maik Hamburger

Maik Hamburger
Dramaturg

BStU
000007a

R e s o l u t i o n

=====

Wir, die Teilnehmer des Treffens der Berliner Theaterschaffenden, verurteilen aufs schärfste das gesetzwidrige und menschenunwürdige Vorgehen der Polizei gegenüber Hunderten von zugeführten Bürgern am 7., 8. und 9. Oktober.

Die zugeführten Bürgerinnen und Bürger wurden gezwungen, stundenlang, z.T. unbekleidet, bewegungslos mit dem Gesicht zur Wand zu stehen. Ihnen wurde unter Androhung von Gewalt der Schlaf entzogen. Sie wurden auf beleidigende Weise beschimpft. Einige trugen Verletzungen davon.

Dieses Vorgehen widerspricht völlig den Normen sozialistischer Rechtsstaatlichkeit. Es steht auch in keinem Verhältnis zur mutmaßlichen Ursache der Zuführung, die in fast allen Fällen mit einer Ordnungsstrafe bzw. straffreier Entlassung endete.

Wir fordern eine öffentliche Untersuchung dieser Vorgänge. Wir fordern eine Stellungnahme des Ministers des Innern und des Ministers für Staatssicherheit sowie die Bestrafung der Verantwortlichen.

Wir fordern die Gewerkschaft auf, sich für die Rechte der Betroffenen, unter denen sich auch Kollegen befinden, einzusetzen.

Verteiler: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik,
Ministerium des Innern, Ministerium für Staatssicherheit,
Zentralvorstand FDGB, Tribüne
Generalstaatsanwalt, Volkskammer

627 Unterschriften

Berlin, den 15. Oktober 1989

- 03 -

BStU
000007

Information über eine Veranstaltung der Berliner Theaterschaffenden am 15. 10. 1989 im Deutschen Theater

Berliner Theaterschaffende und Gäste führten am Sonntag von 11.00 bis 14.30 Uhr im Deutschen Theater – aus Platzgründen nicht wie angekündigt in den Kammerspielen – ihren am 7. Oktober in der Volksbühne begonnenen Gedankenaustausch über aktuell-politische Fragen fort. Ziel der Veranstaltung, so einführend Johanna Schall vom gastgebenden Theater, sei gewesen, sich zu informieren und zu solidarisieren. Die Theaterschaffenden hätten ihre Meinung zu den aktuellen Fragen deutlich artikulieren wollen, damit sie nicht nur als Stichwortgeber in der nun beginnenden Diskussion benutzt würden.

Die ca. 700 Teilnehmer der Veranstaltung hörten eingangs Erlebnisberichte von verhaftet gewesenen Kollegen. Dann machte Rechtsanwalt Dr. Gregor Gysi mit rechtlichen Aspekten des Vorgehens der Sicherheitsorgane bekannt. Die Teilnehmer nahmen mit ihrer Unterschrift eine von Michael Hamburger (Deutsches Theater) vorgelegte Resolution an (siehe Wortlaut des Textes).

Ein weiteres Ergebnis des Treffens ist der Aufruf zu einer „legalen“ Demonstration der Theaterschaffenden am 4. 11. 89 in Berlin und weiteren Städten der DDR. Die Berliner Demonstration, für die Rechtsanwalt Gysi, wie er mitteilte, den Antrag einreichen werde, soll von der Kreuzung Karl-Liebknecht-Straße/Mollstraße bis zum Platz der Akademie führen und dort mit einer Kundgebung enden. Vertreter des Verbandes Bildender Künstler und von Unterhaltungskünstlern schlossen sich dem Aufruf an.

Das Berliner Ensemble teilte mit, daß es für den 21. 12., den Geburtstag Stalins, zu einer großen Matinee aller Berliner Theater einlädt. Sie könne etwa 12 Stunden dauern und sollte vom Fernsehen der DDR direkt übertragen werden.

Vereinbart wurde, ohne einen Termin zu nennen, den nächsten aktuell-politischen Gedankenaustausch in diesem Kreis im Berliner Ensemble durchzuführen. Alle Theater sollten außerdem die angenommene Resolution auf Aufstellern in ihren Häusern öffentlich machen. Es wurde mitgeteilt, daß Bemühungen für einen außerordentlichen Theaterkongreß laufen.

In der Diskussion sprachen 19 Teilnehmer, darüber hinaus gab es mehrere kurze Zwischenreden.

- 04 -

BStU
000008

Eine junge Frau vom Puppentheater Berlin schilderte zu Beginn, was sie und drei ihrer Kolleginnen am 7. und 8. Oktober in der Haftanstalt Berlin-Rummelsburg erlebt hatten. Der Bericht enthielt die Feststellung, die vom ADN am 8. Oktober verbreitete Meldung über Störungen der Volksfeste sei ein Lüge. Es gab weitere derartige Berichte.

Rechtsanwalt Dr. Gysi plädierte dann für eine breite Öffentlichkeit und ein starkes Engagement für Rechtsstaatlichkeit. Was er hier und aus vielen anderen Berichten über die Sicherheitsorgane habe entnehmen können, sei alles rechtswidrig gewesen. Es müsse durchgesetzt werden, daß Entscheidungen der Macht nur auf der Grundlage des Rechts gefällt werden. „Wir brauchen eine Polizei, die voller Überzeugung friedliche Demonstranten schützt und Gewalttäter festnimmt.“ Er verwies darauf, daß es seit dem 1. Juli neue Bestimmungen gebe, nach denen Demonstrationen anmeld- und damit einklagbar seien. Er stehe wie viele seiner Kollegen für die Verteidigung unschuldig inhaftierter gewesener Bürger zur Verfügung. Nachdem der Antrag auf eine „legale Demonstration“ am 4. 11. gestellt und mit Beifall angenommen wurde, erklärte er sich bereit, den Rechtsweg dafür zu beschreiten.

Anschließend wurde ein offener Brief von ██████████ an den ADN vom 10. Oktober 1989 verlesen.

Intendant Dieter Mann teilte mit, daß er zur Vertretung der von Verhaftungen betroffenen Mitarbeiter seines Theaters Rechtsanwalt Dr. Ullmann verpflichtet habe.

Wolfgang Engel vom Staatsschauspiel Dresden berichtete über Ereignisse in seiner Heimatstadt. Dort seien einzige die Kirche und die Theater Plattformen für das offene Gespräch der Bürger. Ein Gespräch der Theaterschaffenden mit Hans Modrow sei für die Künstler und Mitarbeiter der Theater deprimierend verlaufen und habe die Schlangen vor dem Dresdner „Ausreisebüro“, wo man „sich täglich seine Ausreise abholen“ könne, um Mitarbeiter der Theater verlängert. Hans Modrow habe mit Sätzen wie „Es muß alles getan werden, das Ganze wieder zum Funktionieren zu bringen“ seine eigene Legende zerstört. Die Theater würden weiterhin ihre Foyers für Gesprächsrunden offenhalten. Er regte an nachzudenken, wie ein außerordentlicher Theaterkongreß noch bis Jahresende zu organisieren sei, und rief auf, eine ständige Information aller Theater der DDR untereinander zu sichern.

Der FDJ-Sekretär und ein Arbeiter von Bergmann-Borsig Berlin

- 05 -

BStU
000009

gaben über das Entstehen und den Weg zur Veröffentlichung ihres Briefes in der "Berliner Zeitung" Auskunft. Sie bekräftigten, daß die Werktätigen ihres Betriebes fest zum Sozialismus stehen. Jetzt seien sie jedoch mutiger als zuvor und machten Probleme und Mißstände offen deutlich. Mit großem Interesse verfolgten sie diese Versammlung der Künstler und stellten viele übereinstimmende Interessen zur Verbesserung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR fest. Für ihre Kollegen würden sie gern eine genaue Antwort auf die Frage mitnehmen, warum sich die Künstler so für deren Aktivitäten interessierten.

Dieter Mann erklärte, daß es für die Theaterschaffenden wichtig sei zu wissen, daß sie nicht neben und über den Arbeitern, sondern mit ihnen gehen. Arbeiter bezahlten durch ihre Arbeit das Theater und hätten damit das Recht, dort nicht belogen zu werden. Er könne für die meisten seiner Kollegen versichern, daß sie hart und ehrlich arbeiten und keineswegs "Unruhestifter" seien, als die sie oft diffamiert würden. Eine solche Diffamierung verberge sich seiner Meinung nach zum Beispiel hinter dem Abdruck des "Plathe-Interviews" in der BZA. Durch solches Beispiel werde der Eindruck erweckt, Künstler der DDR verdienten unmäßig Geld und lebten leicht. Das in der DDR über Intellektuelle vermittelte Bild entspreche nicht im entferntesten der Wahrheit.

Heiner Müller sagte, er würde nach 40 Jahren DDR lieber schweigen. Brecht habe vieles, was heute zu sagen sei, schon Anfang der 50er Jahre gesagt, sei damals in der Presse nicht gedruckt worden und würde es heute auch nicht. Ihn bewege folgendes:

- Wir schimpften auf die Obhutspflicht der BRD für DDR-Bürger. Warum gebe es keine Obhutspflicht der DDR für Leute, die zurückkommen wollen.
- Es habe den Anschein, die DDR produziere mehr Kreativität, als sie gebrauchen könne. Zwei Drittel der Gedankenkraft in diesem Lande werde genutzt, diese Kreativität zu knebeln, und treibe sie in den Westen.
- Zur Ökonomie habe ihm ein italienischer Kommunist gesagt: "Speise-eis vom Staat ist einfach Wahnsinn."
- Er habe nach 40 Jahren Angst vor Leuten, die nie Fehler machen und Fehler gemacht haben.
- Ich stelle die Frage, geht neue Politik mit alten Namen."
- Die Diskrepanzen zwischen Macht und Information müssen überwunden werden."
- Wir müssen zurück zum Marxismus, der konkrete Analyse der konkreten Situation bedeutet."

Auswertungs- und Kontrollgruppe

Neubrandenburg, 17. Oktober 1989

BStU
000027Zusammengefaßte Lageentwicklung seit dem 13. 10. 89

- Anhaltende Angriffe gegen die Staatsgrenze Ost. Im Durchschnitt werden täglich von 20 Personen Angriffe auf die Staatsgrenze Ost im Verantwortungsbereich Neubrandenburg unternommen.

Bei den betreffenden Personen handelt es sich vorrangig um Bürger anderer Bezirke.
(Bürger aus dem Bezirk Neubrandenburg mit einem Anteil von ca. 15 % beteiligt.)

- Insgesamt weiter anhaltende Tendenz der Verbreitung des "Neuen Forums" insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Handlungen der mündlichen Verbreitung und durch Schmierereien (Neubrandenburg und Strasburg).

Aktivitäten zur Verbreitung/Propagierung des "Neuen Forums" und analogen Positionspapieren in allen Kreisen (außer Pösewitz) des Bezirkes bisher festgestellt.

Neu:

- Durchführung von wöchentlichen Friedensgebeten/Fürbittgottesdiensten in Neubrandenburg (mittwochs), Neustrelitz (sonnabends) und Waren (montags)
- Durchführung eines Schweigemarsches unter Beteiligung von ca. 300 Personen im Anschluß an den Fürbittgottesdienst in Waren (16. 10. 89).
- Zunehmende Solidarisierung und Identifikation von Theaterschaffenden (Friedrich-Wolf-Theater) und kirchlichen Amtsträgern/Mitgliedern mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen oppositioneller Kräfte in Berlin und Leipzig durch beabsichtigter Organisierung gleichlaufender bzw. ähnlicher Veranstaltungen in Neustrelitz, Neubrandenburg und Röbel.

Ersten Informationen zufolge sollen

- am 19. 10. 89, 20.00 Uhr, in der St. Nikoleikirche in Röbel eine Versammlung für "demokratische Erneuerung" durch Dr. Seitz und Pastor Timm durchgeführt werden,

HD BSTU 0006

EINGANG	<input type="checkbox"/> chiffriert	<input checked="" type="checkbox"/> offen	TELEGRAMM (Nichtzutreffendes streichen)	AUSGANG
Dringlichkeit	Flugzeug		Fu/FS-Nr.:	003026
Absender:	BV Halle Leiter	VVS Hle o049- 352/89	29	Ex.-Nr.
Empfänger:	1. Stellv. Leiter BV, Stellv.Operativ, Stellv.Aufklärung, Stellv.DI/S alle Leiter der DE der BV, KD/DO BdL/Dok. Halle den 16.10. 1989			
<p>Heute Abend finden in der Nicolaikirche in Leipzig wieder das sogenannte "Montagsgebet" und in diesem Zusammenhang ähnliche Veranstaltungen in 4 weiteren Kirchen statt. Erneut ist mit der Teilnahme einer großen Personenzahl an diesen Veranstaltungen zu rechnen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der gewonnen Erfahrungen über das Zustandekommen und den Verlauf der Demonstration am 9.10.89 in Leipzig ist nicht auszuschließen, daß es auch heute Abend wieder zu einer Demonstration ähnlichen Ausmaßes kommt.</p> <p>Trotz eingelegter vorbeugender Maßnahmen besteht die Gefahr, daß es dennoch zu gewalttätigen Ausschreitungen bzw. zu Gewalthandlungen kommt.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß ein direkter Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel nur dann erfolgt, wenn Personen oder Objekte angegriffen bzw. andere schwere Gewalthandlungen inszeniert werden.</p> <p>Es liegen auch Hinweise vor, daß ähnliche Veranstaltungen wie in Leipzig vor allem an der Marktkirche in Halle sowie "Montägliche Friedensgebete" im Magdeburger Dom sowie in der Zwickauer Kirche stattfinden sollen.</p> <p>Außerdem ist beabsichtigt, eine "Informationsandacht" in der Gethsemanekirchgemeinde von Berlin abzuhalten.</p> <p>Es ist davon auszugehen, daß das Geschehen in Leipzig sowie in Halle, Berlin und in den anderen genannten Städten auch von oppositionellen, bzw. feindlich-negativen Kräften weiterer Städte genau verfolgt wird, um evtl. kurzfristig anderswo stattfindende Veranstaltungen für Provokationen zu mißbrauchen oder Veranstaltungen zu organisieren mit dem Ziel, zur "Solidarischen Aktion" aufzurufen.</p> <p>Ich weise die Leiter aller DE an:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zu prüfen, welche Veranstaltungen in Ihrem Verantwortungsbereich stattfinden und vorbeugende Maßnahmen einzuleiten. 2. Personen, von denen aus operativen Erfahrungen bekannt ist, daß sie solche Veranstaltungen in Leipzig, Halle oder anderen Städten besuchen, sind geeignete Kontrollmaßnahmen, Mittel und Methoden einzusetzen, die ein Wirksamwerden solcher Absichten ausschließen. 3. Im Hinblick auf die Gefahr, daß sich Demonstrationen und Provokationen von Leipzig, aber auch von Halle, Berlin, Magdeburg bzw. Zwickau aus, auf weitere Städte bzw. Teile der DDR ausweiten, sind durch die Leiter der DE weitere Vorbereitungen zum vorbeugenden Einsatz geeigneter Kräfte und Mittel zu treffen. 4. Auf Grund dieser Lage ist am heutigen Tage von allen Angehörigen Dienst bis auf Widerruf zu verrichten. <p>Durchschläge/Durchschriften: Stk. Geschrieben: Gesehen: </p> <p>Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____</p>				

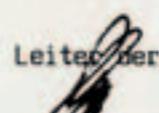
BSTU 0007

VVS Hle o049- /89 2

Im Hinblick auf Probleme bei einigen Angehörigen z.B. Kinderbetreuung u.ä. können die Leiter der DE selbst differenziert und individuell entscheiden.

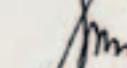
5. Weiterhin weise ich darauf hin, die eigenen Dienstobjekte strengstens zu sichern. Es darf feindlich-negativen Kräften nicht gelingen, in irgend einer Form das Dienstobjekt anzugreifen.

6. Mit Eindringlichkeit verweise ich auf den Schutz der eigenen Kräfte. Die Pistole am Mann ist verstärkt durchzusetzen.


Leiter der Bezirksverwaltung

Schmidt
Generalmajor

Kreisdienststelle Erfurt Erfurt, 17. 10. 1989
 bri-il

bestätigt:
Leiter der Bezirksverwaltung

 Schwarz
 Generalmajor

BStU
000001

Maßnahmeplan
zur operativen Durchdringung und Bearbeitung der sog.
Bürgerinitiative "Neues Forum" der Stadt Erfurt

Mit der operativen Bearbeitung des OV "Dokument" liegt die Hauptverantwortung der Bearbeitung des "Neuen Forums" bei der Kreisdienststelle Erfurt.

Abstimmung, Koordinierung und Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen und den Kreisdienststellen obliegt der Abt. XX.

Ausgehend von der operativen Lage werden folgende Zielstellungen festgelegt:

1. Die operative Durchdringung der sog. Strukturgruppe und der sich gebildeten Arbeitsgruppen (siehe Anlage).
2. Bestimmung von Maßnahmen zur Weiterführung des eingeleiteten Prozesses der Differenzierung, Disziplinierung, Verunsicherung und Zersetzung unter Einbeziehung der Partner des POZW, Leiter von Betrieben und Einrichtungen und anderen gesellschaftlichen Kräften.
3. Erarbeitung offizieller Informationen als Grundlage der Informationstätigkeit an die 1. Sekretäre der SED BL und Stadtleitung.
4. Ständige analytische Aufbereitung der erreichten Arbeitsergebnisse zur politisch-operativen Lagebeherrechung, zur Führung aktueller Übersichten zu Mitglieder und Sympathisanten, einschließlich ihrer eindeutigen Personenidentifizierung zur Führung des Prozesses "Wer ist wer?" zur Bestimmung von Maßnahmen der Rückgewinnung und der Führung der politisch-operativen Dossierarbeit.
5. Rechtzeitiges Erkennen von Plänen, Absichten, Mittel und Methoden von feindlich-negativen Personen insbesondere aus sogenannten Führungsgruppen zur Koordinierung ihrer Aktivitäten innerhalb des "Neuen Forums", des "Demokratischen Aufbruchs" und SDP sowie anderer Zusammenschlüsse.

2

Zur Realisierung der Zielstellungen werden folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Ausgehend von der aktuellen Stärke der sg. Strukturgruppe bestehend aus 9 - 13 operativ bekannten Personen wird der vorhandene Bestand der

IMB "Schubert" KD Erfurt
 IMB "Andre Wagner" KD Erfurt
 IMD "Stephan" Abt. XX
 IMS "M. Schmidt" KD Erfurt
 op. Kontakt "Carsten" Abt. XX

zur operativen Lagebeherrschung, der Herausarbeitung von Plänen, Absichten, Mittel und Methoden als ausreichend beurteilt.

Die vorliegenden erarbeiteten inoffiziellen Informationen lassen den operativen Schluß zu, daß der Leiter der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum" und Leiter der Strukturgruppe [REDACTED]

(erf. KD Erfurt, OV "Dokument")

eine Reihe Maßnahmen darauf ausgerichtet hat, die zum Ziel haben, evtl. Quellen der Sicherheitsorgane zu enttarnen, deshalb steht im Vordergrund:

- exakte Instruierung der IN zur Behauptung ihrer Rolle und Stellung in der Strukturgruppe unter strengster Einhaltung der Regeln der Konspiration,
- Instruierung mit dem Ziel, ein echtes dauerhaftes Vertrauensverhältnis zu den Inspiratoren/Organisatoren [REDACTED] und [REDACTED] herzustellen,
- die erarbeiteten Informationen zu Plänen, Absichten, Mittel und Methoden stets unter dem Aspekt der Offizialisierung, zur Ableitung weiterer disziplinierender, verunsichernder und weiterer Einflußmaßnahmen zu erarbeiten,
- ableitend mit den zu erreichenden Vertrauensverhältnis besteht die Zielstellung darin, IN in das Verbindungssystem nach Berlin und in die Überregionalen Vernetzungsbestrebungen einzubauen.

Termin: sofort
 Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

3

BSIU

000003

2. Auf der Grundlage der vom Leiter BV Erfurt angewiesenen Maßnahmen zur Erarbeitung von Ausgangsdokumenten zu den erkannten Inspizienten/Organisatoren ist der Prozeß der Differenzierung, Disziplinierung, Verunsicherung und Zersetzung zu führen. Dazu liegen seitens der KD Erfurt zu 25 Personen und seitens der Abt. XX Personen entsprechende Dokumente vor.

Seitens der KD Erfurt und Abt. XX wurden weiterhin bisher Personen als Sympatisanten bzw. Mitglieder der sg. Bürgerinitiative bekannt. Diese Personen sind eindeutig zu identifizieren, ihre Aktivitäten zu dokumentieren, in den Speichern des MfS zu überprüfen und bei entsprechender operativer Notwendigkeit operative Ausgangsdokumente zu erarbeiten und über die Partei entsprechende Disziplinierungsmaßnahmen einzuleiten. Grundsatz ist dabei die Objekt- bzw. terr. Zuständigkeit in Federführung der Abt. XX.

3. Auf der Grundlage des Lagefortschreibeverfahrens sind täglich offiziellisierbare Lageeinschätzungen über Pläne, Absichten, Aktivitäten, Mittel und Methoden der Bürgerinitiative "Neues Forum" aufzubereiten.

Verantwortlich: für Stadtleitung KD Erfurt
für Bezirksleitung Abt. XX/AKG

In Vorbereitung, während und nach öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen (Vollversammlung) der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum" sind die geeigneten Informationen sofort aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.

Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

Die ständige Schaffung von Grundlagenmaterialien für die Partei zur Entwicklung politischer Aktivitäten im Sinne der Erklärung des Politbüros vom 11. 10. 1989.

4. Alle operativ relevanten anfallenden Informationen zur sg. Bürgerinitiative "Neues Forum" sind der KD Erfurt zur Verfügung zu stellen, in der Lagefortschreibung exakt zu erfassen, zu verdichten und sich daraus ableitende Maßnahmen einzuleiten.

Verantwortlich: KD Erfurt für Lagefortschreibung
Abt. XX für Informationsfluß innerhalb der BV Erfurt und zu anderen DE der Abt. XX

4

BSIU

000004

Die Sofortinformationen sind auf der Grundlage der Meldeordnung zu realisieren und die Operativinformation entsprechend der operativen Notwendigkeit zur Ableitung operativer Schlussfolgerungen und Maßnahmen zu erarbeiten.

Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

Entsprechend der operativen Notwendigkeit sind zusammengefaßte Lageeinschätzungen zu erarbeiten.

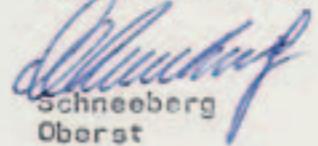
Verantwortlich: KD Erfurt/Abt. XX

Zu allen Mitgliedern/Sympatisanten der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum" ist die Dossierarbeit durchzusetzen und alle erarbeiteten Informationen der dossierführenden DE der KD Erfurt zuzuleiten. Darüber hinaus sind zu den sg. Arbeitsgruppen gesonderte Dossier zu führen.

Bezogen auf die sg. Arbeitsgruppen einschließlich der sg. Strukturgruppe sind nach Zusammenführung der Informationen der Abt. XX und KD Erfurt sowie deren analytischen Aufbereitung bis zum 20. 10. 1989 sachverhaltsbezogene Maßnahmenpläne zu erarbeiten.

Der Maßnahmenplan wurde mit dem Stellv. Leiter der Abt. XX, Gen. Moser, erarbeitet und mit ihm erfolgt eine ständige Abstimmung.

Leiter der Kreisdienststelle



Schneeberg
Oberst

Anlage

BStU
000005

Obersicht über die eingesetzten IM der Abt. XX und KD Erfurt in den einzelnen sg. Arbeitsgruppen der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum"

Arbeitsgruppe "Umweltreform"

IMS "Menzel" Abt. XX/7
IMS "Neubauer" Abt. XX/1
IMS "Dieter" Abt. XX/1

Arbeitsgruppe "Wehrdienstreform"

IMB "Otto" Abt. XX/8
IMS "Held" Abt. XX/2

Arbeitsgruppe "Volksbildungereform"

GMS "Astor" Abt. XX/8
IMS "Jochen" KD Erfurt

Arbeitsgruppe "Ausländerrecht"

IMS "Julia" Abt. XX/1

Arbeitsgruppe "Wirtschaftsreform"

IM "Gerhard" Abt. XVIII/5 Gen. König

Arbeitsgruppe "Verfassungsreform"

IMS "Zuber" KD Erfurt

Arbeitsgruppe "Pressoreform"

IMB "Konrad" Abt. XX/7
IMS "Heinz Lange" Abt. XX/2
IMB "Peter Leitner" KD Erfurt
IMS "Jojo" KD Erfurt

Arbeitsgruppe "Gesundheitsreform"

IMS "Heike" Abt. II
IMS "Heinz" Abt. XX/1
GMS "Mediziner" Abt. XX/1

BStU
000006

Arbeitsgruppe "Strafrechtsreform"

IMB "Dietmar" Abt. XX/4

Arbeitsgruppe "Denkmalschutzreform"

IMS "Margit" Abt. XX/8

Arbeitsgruppe "Kulturreform"

KP "Carsten" Abt. XX
IMS "Gutenberg" KD Erfurt

Der Schwerpunkt der Instruierung der eingesetzten IM liegt darin:

- Pläne, Absichten, Aktivitäten, Mittel und Methoden zu erkennen und herauszuarbeiten,
- Ansatzpunkte zur Zersetzung von innen heraus erarbeiten (Kriminalisierung),
- Ansatzpunkte der weiteren Disziplinierung einzelner Mitglieder durch Partner des POZW, staatliche Leiter von Betrieben und Einrichtungen, gesellschaftlichen Kräften bis hin zu den einzelnen Arbeitskollektiven herausarbeiten,
- Herausarbeitung von konzeptionellen Vorstellungen in den sg. Arbeitsgruppen,
- eindeutige Identifizierung von Organisatoren/Inspiratoren und Sympathisanten der sg. Bürgerinitiative "Neues Forum".

Abteilung XX

Rostock, 20. 10. 1989

BSU
000075

I n f o r m a t i o n

Über den Verlauf der Gebetsandachten in den Rostocker Kirchen St. Petri und St. Marien und anschließender Demonstration am 19. 10. 1989

Ausgehend von vorliegenden Erkenntnissen und Gerichten, wonach im Anschluß an die z. g. Gebetsandachten am 19.10.89 eine Demonstration erfolgen soll, wurden durch die Bezirksleitstelle Rostock folgende Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung provokativer Handlungen eingeleitet:

1. Durchführung eines Gesprächs mit verantwortlichen Pfarrern des Kirchenkreises Rostock-Stadt, um ihnen die staatliche Erwartungshaltung in Bezug auf ihre Verantwortung zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit deutlich zu machen.
2. Den verantwortlichen Pfarrern wurde ein Gesprächsangebot des Rates der Stadt Rostock unterbreitet, welches im gegenseitigen Einvernehmen während der Gebetsandachten durch je einen Vertreter des Rates der Stadt bekanntgegeben werden soll.
3. Einsatz von 150 Schülern der Bezirksparteischule und weiteren gesellschaftlichen Kräften, die in die zu erwartende Demonstration mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung von Provokationen einsickern sollen.
4. Leitung des Sicherungseinsatzes aus einem gemeinsamen Führungspunkt.

An den Gebetsandachten beteiligten sich insgesamt ca. 5000 Personen (4000 in der St. Marienkirche, 1000 in der St. Petrikirche). In der Mehrzahl handelte es sich um Jugendliche und Jungerwachsene, darunter viele Rostocker Studenten. Beide Kirchen waren überfüllt. Vor der Marienkirche hielten sich etwa 300 Personen auf. Die thematische Gestaltung war in beiden Gebetsandachten gleich. Die Durchführenden waren in der St. Marienkirche - Pastor Gauck, Joachim und in der St. Petrikirche der Theologiestudent des 3. Studienjahres an der W.-Pieck-Universität Rostock, [REDACTED]

Zu öffneten wurden die Ansichten mit einem Bibelsitat und einem Zitat von Rosa Luxemburg, welches als eine prophetische Charakterisierung der Entwicklung des Sozialismus bezeichnet wurde (wenn solche Fehler durch die Arbeiterpartei gemacht werden, wie sie sich das in der DDR gegenwärtig zeigen, verlaufe die Entwicklung negativ).

BSU

000076

2

Anschließend erfolgte die Darstellung des Verlaufes von Demonstrationen in Plauen und Leipzig. In Bezug auf Plauen wurde über eine Erklärung der dortigen Freiwilligen Feuerwehr informiert, die sich angeblich gegen den Mißbrauch von Löschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten richtete.

Bezogen auf Leipzig wurde die Freilassung aller Inhaftierten und der Inhalt bei der Leipziger Demonstration benutzter Lösungen bekanntgegeben. Im Anschluß daran traten die jeweiligen Vertreter des Rates der Stadt Rostock auf und verlasen das vorbereitete Gesprächsangebot. Dies wurde als Angebot in den von der Regierung angestrebten Dialog eingeordnet, wobei es durch einzelne Veranstaltungsteilnehmer Zwischenrufe und Pfiffe gab, insbesondere bei Bezugnahme auf den Genossen Egon Krenz. Das Angebot wurde jedoch generell positiv aufgenommen.

Die Gebetsandachten wurden erneut genutzt, um in breitem Umfang die oppositionelle Sammlungsbewegung "Neues Forum" zu propagieren. Angekündigt wurde die Einrichtung eines Kontaktbüros im Evangelischen Jugendpfarramt Rostock, Bei der Petrikirche 9.

Verlesen wurde des weiteren eine Erklärung der Philharmoniker des Rostocker Volkstheaters, die an Chefredakteure der im Bezirk Rostock herausgegebenen Tageszeitungen mit der Forderung nach Veröffentlichung übergeben wurde. Diese Erklärung beinhaltet gleiche Forderungen, wie sie durch die bekannten oppositionellen Sammlungsbewegungen erhoben werden. Der Text liegt der Abt. XX vor.

Abgeschlossen wurden beide Gebetsandachten mit Fürbitten für noch Inhaftierte.

Entgegen den Orientierungen im Gespräch des Staatsapparates mit den verantwortlichen Pastoren und den gegebenen Zusicherungen wurden die Veranstaltungen inhaltlich so gestaltet, daß sie zum Aufputschen der Anwesenden beitrugen. Dies zeigte vor allem in der Herabwürdigung der Politik der SED und in Angriffen gegen das Ministerium für Staatssicherheit, wobei Pastor Gauck in der St. Marienkirche konkret dazu aufgeforderte, auf die Straße zu gehen und miteinander zu diskutieren. Die jetzige Regierung lehnte er als Diskussionspartner ab, da sie kein Vertrauen mehr genießen könne.

Die Gebetsandachten dauerten von ca. 20.15 - 21.15 Uhr. Nach Abschluß begab sich ein Großteil der Teilnehmer von der St. Petrikirche zur St. Marienkirche. Hier formierte sich unter maßgeblicher Initiativierung einer männlichen Person namens [REDACTED] aus Berlin sowie Personen aus Leipzig und Karl-Marx-Stadt ein Demonstrationzug von ca. 2000 Personen. Als weitere maßgebliche Initiatoren wurde nach bisher vorliegenden Erkenntnissen ein Gebrüderpaar [REDACTED] aus Rostock erkannt. Mehreres ist zu diesen Personen zur Zeit noch nicht bekannt.



10



11

Abb. 10/11
Vor dem Dienstgebäude der Rostocker Bezirksverwaltung für Staatssicherheit stellen Teilnehmer der Demonstration am 19. Oktober 1989 Kerzen auf und bewegen sich in Richtung August-Bebel-Straße.
Fotos: BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 615, S. 16; S. 21

BStU
000077 3

Der Demonstrationzug bewegte sich durch die Kröpeliner Straße (Innenstadt) ~~genießt zur Bezirksverwaltung für Staatssicherheit~~ in die August-Bebel-Straße. Dabei kam es zu einem zeitweiligen Halten vor dem Haupteingang der Bezirksverwaltung. Es wurden, erneut initiiert durch Personen aus Leipzig und Karl-Marx-Stadt, folgende Losungen gerufen:

- "Stasi raus!"
- "BStasi in die Produktion!"
- "Wir sind das Volk"
- "Freiheit!"

Die Masse der Demonstranten verblieb auf der Straße. Ca. 30 Personen begaben sich direkt zum Haupteingang der Bezirksverwaltung und stellten ungefähr 60 brennende Kerzen auf die Eingangsstufen.

Nach dem Aufenthalt, ohne Angriffe auf das Gebäude der Bezirksverwaltung, bewegte sich der Demonstrationzug, der ständig Zu- und Abgänge verzeichnete, in Richtung Rathaus. Dort wurde erneut ca. 10 Minuten gehalten und folgende Losungen gerufen:

- "Neues Forum"
- "Stasi ~~und~~ Demokratie!"
- "Freiheit und Demokratie!"
- "Wir sind das Volk"
- "Freie Wahlen"

Es erfolgte das Singen der Internationalen. Vor dem Rathaus wanderte ein Großteil der Demonstranten ab. Der Demonstrationzug bewegte sich gegen 22.55 Uhr weiter in Richtung Schröderplatz und ließ sich dort gegen 23.30 Uhr auf.

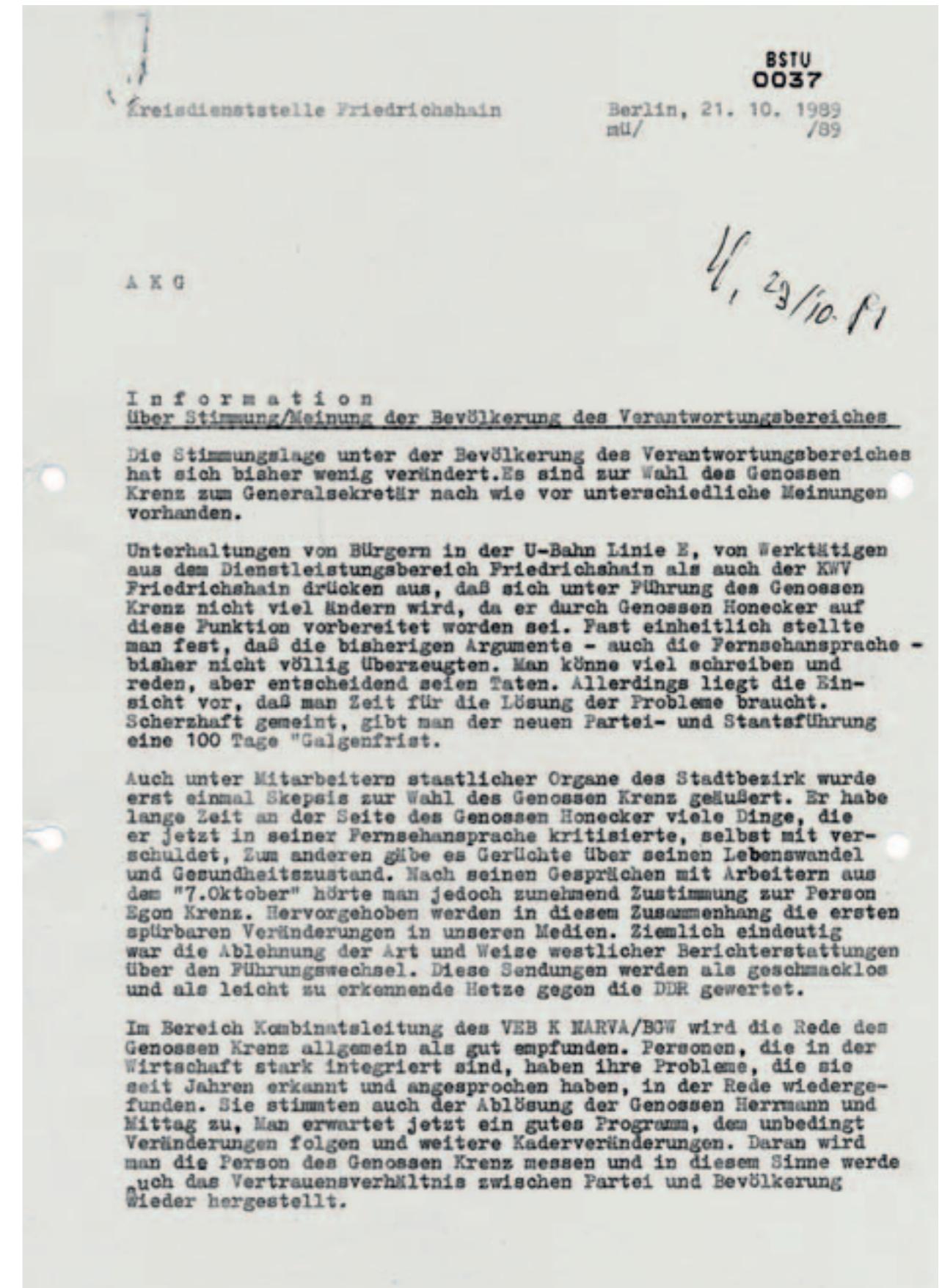
In und vor der Marienkirche ~~kommt es zur Verteilung von Handzetteln mit dem Aufruf zur Beteiligung an einem stillen Protest jeden Sonnabend um 20.00 Uhr vor dem Rathaus. Aus dem Demonstrationzug heraus wurde eine weitere Demonstration für Donnerstag, den 26.10.89, angekündigt. Die Initiatoren aus Berlin und Leipzig wollen erneut nach Rostock kommen. Festgestellt wurde, daß sich unter den Teilnehmern der Ansichten und der Demonstration eine Reihe sogenannter Personen befanden. Der Einsatz der von der Partei~~ formierten gesellschaftlichen Kräfte hat sich bewährt.

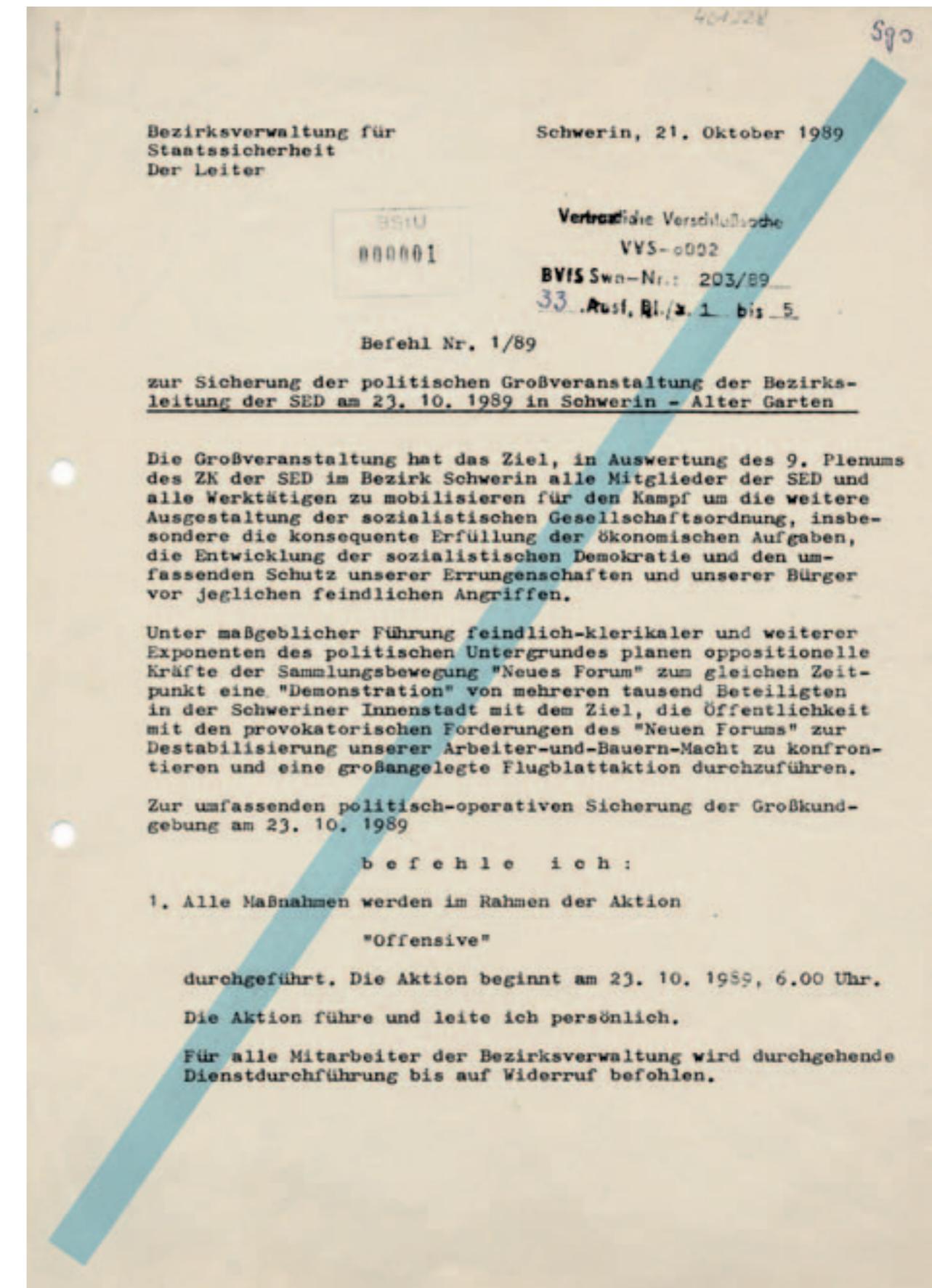
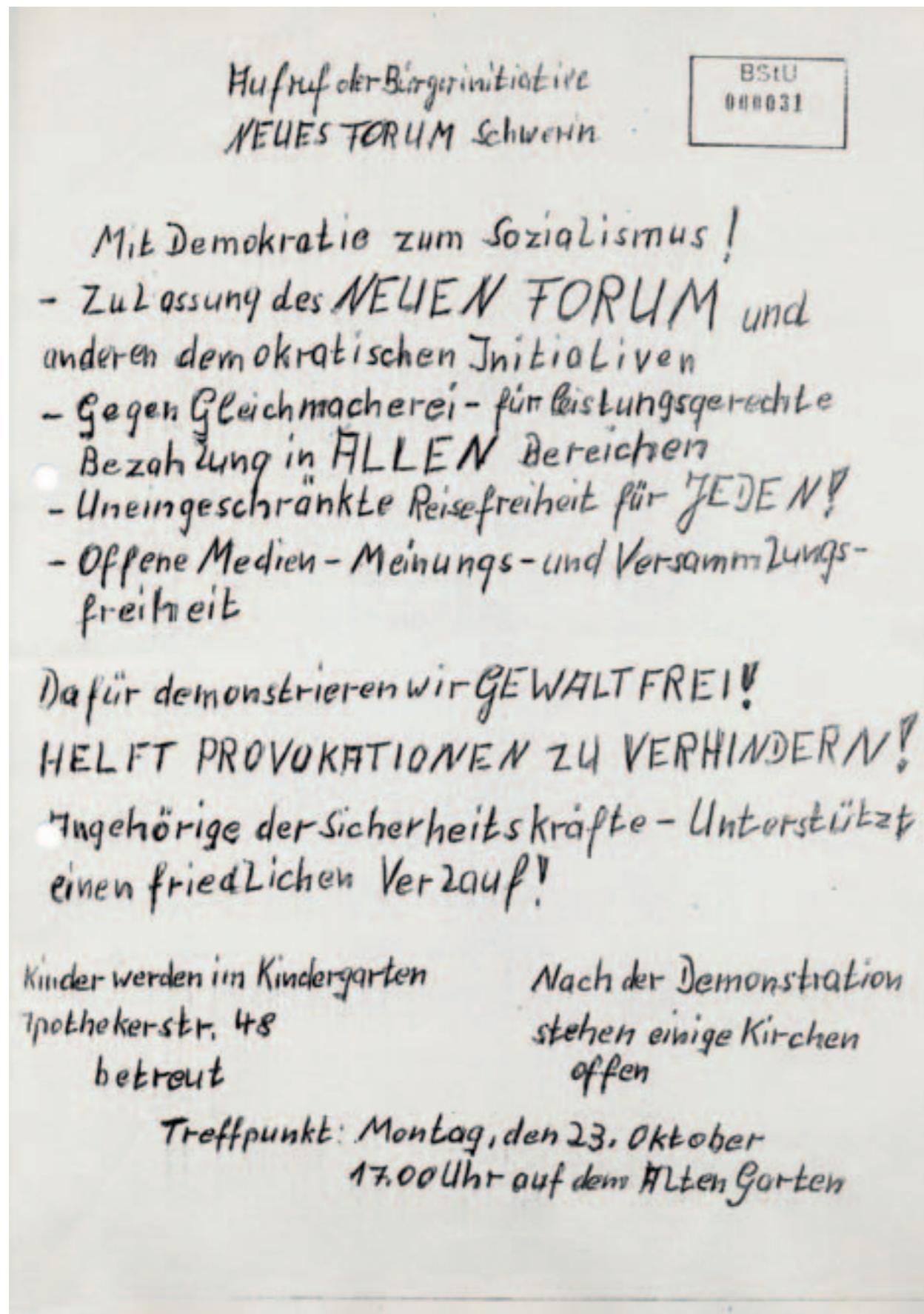
Demonstrationen überall

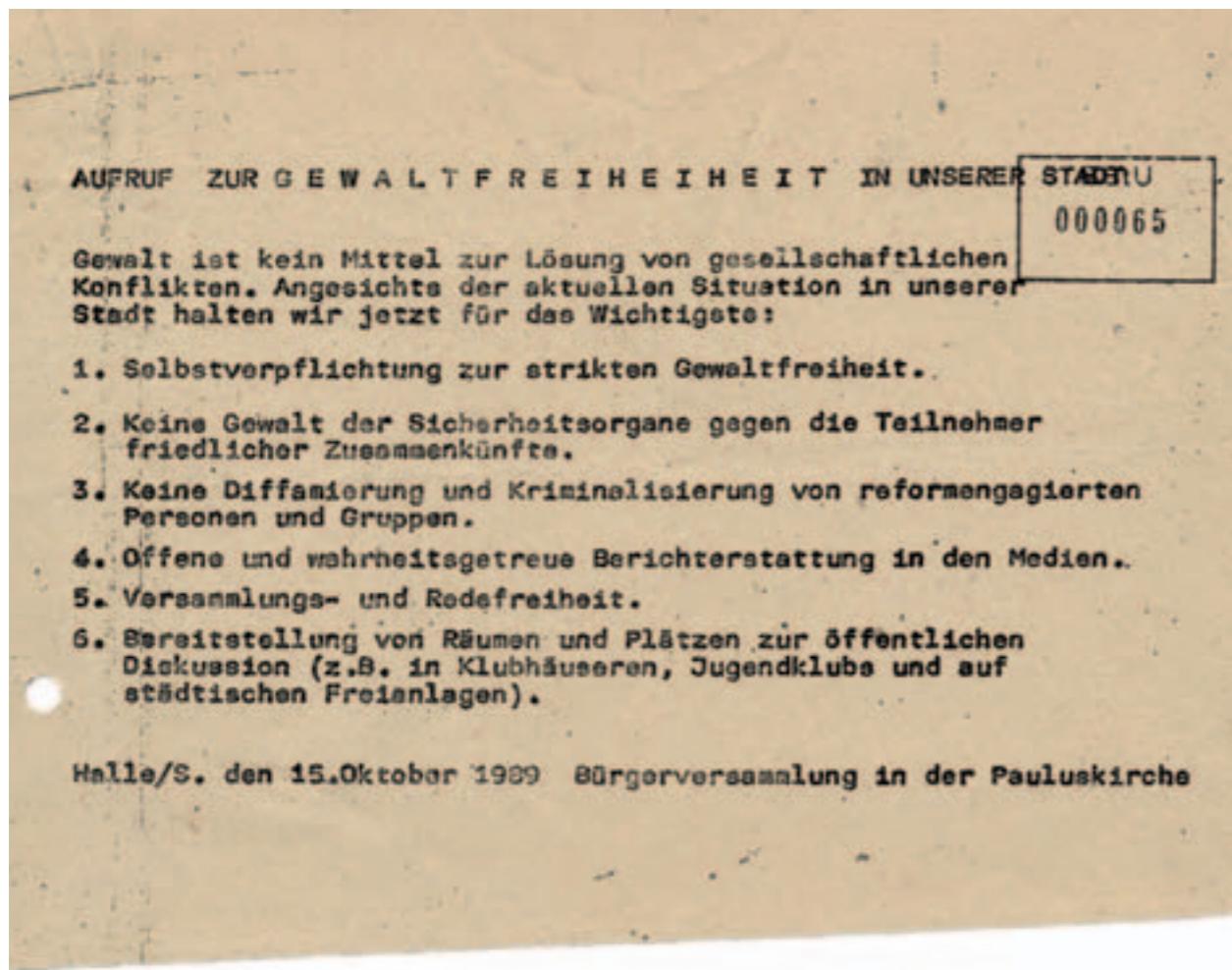
Die Demonstrationen fanden im Oktober 1989 immer größeren Zulauf und wurden zu einer Massenbewegung. Sie zeigten den tiefen Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in die DDR-Führung, den die Herrschenden nicht mehr ignorieren konnten.

Skepsis und Kritik an der SED-Führung griffen auch innerhalb des Parteiapparates um sich. Viele Menschen vermissten klare Schuldeingeständnisse für die Fehler der Vergangenheit und nahmen den Erneuerungsprozess der Staatspartei SED als unglaublich wahr. So gingen die Demonstrationen auch nach der Ablösung von Erich Honecker und dem „Kurswechsel“ im Politbüro weiter. Nachdem der neue Generalsekretär Egon Krenz am 24. Oktober 1989 auch noch zum Staatsratsvorsitzenden gewählt wurde, protestierten die Menschen in Berlin und anderen Städten gegen diese Machtfülle, gegen die Politik der „alten Köpfe“, gegen die Gewalt der Sicherheitsorgane und gegen die Stasi. Auch die von Krenz propagierte „Politik der Wende“ sowie die Verkündung einer Amnestie für alle Flüchtlinge und Demonstrationsteilnehmer konnten die Bevölkerung nicht mehr davon abhalten, auf klare Entscheidungen und einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Wandel zu drängen. Bürgerinitiativen riefen dazu auf, die Demonstrationen nicht einzustellen, bevor tiefgreifende Reformen in die Tat umgesetzt und es spürbare Veränderungen geben würde.

Die Staatsführung hatte die Situation auf der Straße nicht mehr unter Kontrolle. Die Stasi dokumentierte die „fortgesetzte Popularisierung“¹ des Neuen Forums und die Forderungen und Lösungen der Demonstrationen, die sich jetzt überall in der DDR glichen.







Kreisdienststelle Halle
Abschrift/schre

Halle, den 23. 10. 1989

BStU

000068

Tonbandschrift

entgegengenommen: Oltm. Konrad

Heute war ich ca. 17.30 h am Leipziger Turm. Auf dem Weg von dort zum Markt über den Boulevard erlebte ich mehrere demonstreirende Gruppen mit Plakaten, auf denen Lösungen wie z.B. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit standen. Es war eine friedliche Demonstration. Ich schätze, daß alles zusammen max. 18000 Leute waren, wobei das sehr schwer zu schätzen ist. Zerstreut dazwischen waren Aktivitäten von Gedenken der SED zu spüren. Sie richteten sich mit hinein in Gespräche. Diese Gespräche verliefen friedlich, aber durch die Bürger ziemlich hektisch. Ich hatte den Eindruck, daß es eine ehrliche Diskussion beider Seiten war. Soweit ich es mitbekam wurden diese Gespräche eigentlich positiv aufgenommen. Es wurden Fragen diskutiert, die die Bürger bewegt haben. Die Leute hatten Partner gefunden zum Gespräch. Die Leute von der SED haben Fragen konkret beantwortet und auch versucht auf jede Frage einzugehen. Mir ist aber auch aufgefallen, daß Menschen durch die Reihen gingen und laut klatschten, um die Demonstration zu unterstützen. Weiterhin standen auch mehrere Gruppen im Bereich Boulevard mit Kerzen, die keine weiteren Aktivitäten entwickelten. Ich bin dann weiter zur Moritzkirche und Probsteikirche gegangen. Da dort noch nichts los war ging ich in die Georgengemeinde. Bei der "Nahmwsche" war ich kurz nach 18.00 Uhr. Es waren gute 100 Personen dort. Veränderungen zum Wochenende stellte ich nicht fest. 18.15 Uhr war ich in der Probsteikirche. Es waren etwa 200 Personen dann anwesend. Vormeigend waren diese 25-30 Jahre in etwa. Der Abend wurde 18.30 Uhr von [REDACTED] mit einer Gedankenminute für alle verstorbenen der Gewalttätigkeiten der letzten Jahre eröffnet. Dann meldete sich eine männliche Person zu Wort. Er gehörte der kath. Gemeinden an, war mir aber unbekannt. Er begrüßte die Leute zu diesem Abend, der dem Frieden in der Stadt dienen sollte. Es wurde auch das "Vater unser" gebetet. Eine zweite Person (weiblich) meldete sich dannzu Wort. Sie war um die 30 Jahre, mittelgroß, schwarze längere Haare zum Zopf gebunden. Sie war Vertreterin der Georgengemeinde. Sie gab einen kurzen Kommentar über die Aufgaben der "Nahmwsche", daß eben die Georgengemeinde die Aufgabe übernommen hat, hier in der Stadt Halle mit anderen Gemeinden, Inhaftierten, Unschuldigen Leute wieder entlassen zu können. Oder anderen, die verhaftet

wurden Beistand zu leisten.
Sie sagte, daß von seiten der kath. Kirche leider wenig Unterstützung für diese Aktivitäten gegeben werden. Es wurde aber auch gedankt der kath. Kirche, daß sie ~~an~~ die Kirche für diese Abende zur Verfügung stellt. Sie ging dann darauf ein, daß durch diese "Mahnwache" ihrerseits viele Leute wieder die Freiheit erlangten. Die Mahnwache soll solange existieren, bis der letzte frei kommt. Sie ging auf den Dialog mit dem Staat ein. Der Staat hat das Vertrauen verloren. Es ist das Anliegen der ev. und kath. Kirche insgesamt, den Dialog und das Vertrauen zu dem Staat wiederzugewinnen. Sie begrüßte auch das stattgefundene Gespräch mit dem OB, kritisierte aber, daß in den öffentlichen Medien nicht konkret wiedergegeben wurde, um was es inhaltlich ging. Dann wurden 7 oder 8 Farbitten gehalten, z.B.

- Christus, du bist unser Wegbereiter, führe uns durch den Wirrwarr der Zeit
 - Christus, du bist der Anfang und das Ende, zeig uns den Weg, der uns in die glückliche Zukunft führt (██████████)
 - Herr erberne dich derer, die unschuldig verhaftet sind, die in einer Gesellschaft aufgenommen werden können, die es ermöglicht wieder alle aufzunehmen
 - Zeug uns diese Wege ohnHerr, die du prohpezt hast von Anfang bis Ende

Neben ██████████ konnte ich einen ██████████ der auch eine Fürbitte hielt. Es war so, daß die Personen vorgingen und die Fürbitten sprachen. Ich möchte einschätzen, daß es Kath. waren, die die Fürbitten hielten. Ich glaube, daß Protestenten die Fürbitten anders formuliert hätten, vielleicht mit mehr politischem Inhalt. Ca. 19.00 Uhr war Ende mit einem "Vater unser" für die Leute, die inhaftiert sind. Ich stellte nicht fest, daß etwas vorlesen wurde. Alle sprachen frei. Keine Hinweise auf weitere Aktivitäten oder Termine.

gez. IN der Kd



12



13

Abb. 12/

Abt. 12/13
Demonstration am 23. Oktober 1989 in Halle. Auf ihren Transparenten fordern die Teilnehmer die Legalisierung des Neuen Forums, freie Wahlen, „Bananen statt Reformen“ und die Rehabilitation der politisch Inhaftierten.
Fotos: BSTU, MfS, BV Halle, Abt. VIII, Fo 0017, Bild 0023; Bild 0017

400487

EINGANG	<input type="checkbox"/> chiffriert	TELEGRAMM (Nichtzutreffendes streichen)	<input type="checkbox"/> offen	BSIU 000601	AUSGANG
Dringlichkeit	Flugzeug	Fu/FS-Nr.:	Vertrauliche Verschlusssache	VVS-0028	
Absender:	Leiter	BVfS Gra-Nr.:	243/89		
Empfänger:	alle SE, KD, OD		34	Ausf. Bl./S. 1 bis 2	
Gera, den 20. Okt. 1989					
<u>Öffentliche Demonstration oppositioneller Kräfte im Bezirk Gera</u>					
<p>Durch die angestrenzte Arbeit aller Mitarbeiter wurde bisher die Lage im Bezirk Gera beherrscht und es kam nicht zu gewalt- samen Ausschreitungen feindlicher Kräfte. Dafür spreche ich allen Angehörigen unserer Bezirksverwaltung meinen Dank aus und beauf- trage Sie, diesen Ihren Unterstellten zu übermitteln.</p>					
<p>Trotzdem erfordert die gegenwärtige Situation höchste Wachsamkeit, Einsatzbereitschaft und Ideenreichtum jedes einzelnen Angehörigen, um die vor uns liegenden Aufgaben erfolgreich zu realisieren.</p>					
<p>So kam es am 19. 10. 1989 zur ersten öffentlichen Demonstration oppositioneller Kräfte im Bezirk Gera. Im Anschluß an eine Veranstaltung in der "Dreieinigkeitskirche" Zeulenroda formierte sich gegen 21.30 Uhr aus rund 2000 Personen, die sich zuvor innerhalb und außerhalb der Kirche aufgehalten hatten, ein Marschblock. Dieser zog in der Folge durch das Stadtgebiet von Zeulenroda und bewegte sich dabei an der Kreisdienststelle des MfS, dem VPKA und der Kreisleitung der SED vorbei. Vor dem Gelände unserer Dienststelle wurden Kerzen angezündet und auf der Umzäunung angebracht. Außerdem wurden neben Buh- und Pfuirufen folgende Sprechchöre gerufen:</p>					
<p>"Stasi in die Volkswirtschaft" "Wir sind keine Fans von Egon Krenz".</p>					
<p>Weitere Sprechchöre vor dem VPKA bzw. der Kreisleitung der SED waren</p>					
<p>"Visa frei für CSSR" "Schließt Euch an" "Neues Forum" "Gorbi, Gorbi" "Mehr Demokratie".</p>					
<p>Durch das besonnene Verhalten der eingesetzten Sicherungskräfte kam es zu keinen gewaltlosen Ausschreitungen.</p>					
<p>I c h w e i s e a n :</p>					
<p>1. Auf der Grundlage der Weisungen des Genossen Minister (VVS 71/89) und meiner Dienstkonferenz vom 8. 10. 89 sind alle Maßnahmen zum zuverlässigen Schutz und der Sicherheit der Dienstobjekte des MfS konsequent durchzusetzen. Insbesondere sind die Pläne zur Objektverteidigung unverzüglich auf ihre</p>					
<p>Durchschläge/Durhschriften: Stk. Geschrieben: Gesehen:</p>					
<p>Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:</p>					

EINGANG	<input type="checkbox"/> chiffriert	TELEGRAMM (Nichtzutreffendes streichen)	<input type="checkbox"/> offen	BSIU 000602	AUSGANG
Dringlichkeit		Fu/FS-Nr.:			
Absender:		VVS Gra 0028 = 243/89			
Empfänger:					
den 19. 10. 1989					
<p>Aktualität zu überprüfen und im erforderlichen Umfang zu präzisieren. Der gesamte Mitarbeiterbestand der KD/OD, Abt. III, IX, XIV, XXII, WSE und PKE's ist nochmals einzuweisen und über die geltenden Wachvorschriften zu belehren.</p>					
<p>2. Die inoffizielle Arbeit ist weiter zu qualifizieren, um Pläne und Absichten zur Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, anderen Gewaltakten, Angriffen auf Mitarbeiter der Schutz- und Sicherheitsorgane, Funktionäre und Mitglieder der SED sowie anderer progressiver Bürger rechtzeitig zu erkennen, aufzuklären. Auf dieser Grundlage sind schnellstmöglich Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Aktivitäten einzuleiten.</p>					
<p>3. In Vorbereitung kirchlicher Veranstaltungen sind durch die zuständigen Abteilungen für Innere Angelegenheiten Gespräche mit den verantwortlichen Pfarrern und Superintendenten zu führen. Ich verweise dazu auf die Darlegungen im heutigen ND zum Zusammentreffen des Generalsekretärs unserer Partei, Genossen Egon Krenz, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Leich. Dessen dort gemachten Äußerungen sind zitierfähig und können zur weiteren Beruhigung und Stabilisierung der Lage genutzt werden.</p>					
<p>4. Alle kirchlichen Veranstaltungen sind mit inoffiziellen und gesellschaftlichen Kräften so zu sichern, daß Pläne zur Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erkannt und verhindert werden können.</p>					
<p>5. Es sind alle offiziellen, inoffiziellen und operativ-technischen Potenzen und Möglichkeiten zu nutzen, um eine kurzfristige Identifizierung der Teilnehmer von Veranstaltungen oppositioneller Gruppierungen zu realisieren. Der Einsatz operativ-technischer Mittel hat grundsätzlich so zu erfolgen, daß dadurch keine Provokationen ausgelöst werden.</p>					
<p>Ich verweise nochmals mit Nachdruck darauf, daß gegen friedlich verlaufende Demonstrationen keine restriktiven Maßnahmen durchzuführen sind. Die Anwendung der Schußwaffe ist grundsätzlich untersagt.</p>					
<p><i>Meißner J.</i> Dangrieß Generalmajor</p>					
<p>Durchschläge/Durhschriften: Stk. Geschrieben: Gesehen:</p>					
<p>Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:</p>					



14



15-17

Abb. 14
Vor dem Volkspolizeirevier in Gera stellen
Demonstranten brennende Kerzen auf,
26. Oktober 1989.
Foto: BStU, MfS, BV Gera, KD Gera, 2902n,
Bild 0161

Abb. 15-17
Nach dem Friedensgebet in der Johanniskirche
führt ein Demonstrationszug durch Gera,
26. Oktober 1989.
Foto: BStU, MfS, BV Gera, KD Gera, 2902n,
Bild 0163; Bild 0178; Bild 0251

Hauptabteilung XX

Berlin, 28. Oktober 1989

BSU
000002

Einschätzung

zu aktuellen Entwicklungen im Prozeß der Formierung antisozialistischer Sammlungsbewegungen

In allen Bezirken der DDR setzt sich die Etablierung sogenannter Basisstrukturen des "Neuen Forums" (Wohngebietsgruppen, Kreisorganisationen, spezifische Arbeitsgruppen) fort. Es wird an der Absicht festgehalten, im Zusammenhang mit der Konstituierung auf Stadt- bzw. Kreisebene erneute Zulassungsanträge zu stellen. Eine derartige Entwicklung ist auch in den Nordbezirken festzustellen, für die seitens der Führungskräfte des "Neuen Forums" bisher ein "Nachholebedarf" konstatiert worden war.

Vorgesehen ist, nunmehr über die Bildung territorialer Sprecherräte auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene auch Voraussetzungen zu schaffen, um die angestrebte "basisdemokratische" Herausbildung eines zentralen Leitungskreises (auf Delegierungsbasis) zu forcieren.

Während der Veranstaltung "Gebet für gesellschaftliche Erneuerung" vom 23. 10. 1989 im Dom von Magdeburg wurde eine "Sonderausgabe Bezirksinfoblatt Magdeburg" vorgestellt, in dem über Zielstellungen und Standpunkte des "Neuen Forums" informiert wird. Hingewiesen wird auf das ab November regelmäßige Erscheinen dieses "Infoblaßtes", für dessen Herstellung eine "Redaktionsgruppe im Kontaktbüro Magdeburg" verantwortlich sei. Die aktiven Gruppen in den Städten und Kreisen des Bezirkes werden aufgefordert, über das "Zeitgeschehen und vor allem zu Aktivitäten auf allen Ebenen" Beiträge zuzusenden.

Auch weiterhin erfolgt insbesondere in kirchlichen Einrichtungen eine fortgesetzte Popularisierung der Tätigkeit des "Neuen Forums", verbunden mit der Verbreitung von Dokumenten und mit Unterschriftensammlungen für die Zulassung des "Neuen Forums". Zum Teil werden auch Geldsammlungen für die Unterstützung der Tätigkeit des "Neuen Forums" durchgeführt. So wies z. B. der als Bezirksverantwortlicher des "Neuen Forums" Karl-Marx-Stadt fungierende BUTTGER, Martin darauf hin, daß allein in der Lutherkirche/Karl-Marx-Stadt ein Beitrag von 17 000,- M für das "Neue Forum" gesammelt worden sei.

Zum weiteren Vorgehen der Personenkreise des "Neuen Forums" ist insgesamt einzuschätzen, daß sich eine Polarisierung der Kräfte dahingehend abzeichnet,

- sich der Organisation von Demonstrationen zuzuwenden;
 - sich inhaltlich auf die Hauptforderungen,
 - Zulassung oppositioneller Gruppen,
 - Demonstrationsfreiheit/Pressefreiheit (Zugang zu den Medien),
 - Veränderung des Wahlrechtes,
 - umfassende Aufklärung angeblicher Gewaltakte der Schutz- und Sicherheitsorgane und Bestrafung der Verantwortlichen
 - zu konzentrieren, verbunden mit fortgesetzten Angriffen gegen Genossen Egon KRENZ, besonders gegendessen Wahl als Vorsitzenden des Staatsrates der DDR;
 - neue Wirkungsfelder innerhalb befreundeter Parteien (vorrangig LDPD, CDU) und auch in den Gewerkschaften zu erschließen und gemeinsam mit Kulturschaffenden zu handeln.

Zugleich besteht nach wie vor eine Differenziertheit unter den Akteuren des "Neuen Forums" hinsichtlich ihrer Auffassungen über die Ziele und Wege des weiteren Vorgehens.

So äußerte z. B. PFLUGBEIL mehrfach intern sowie öffentlich, daß er ebenfalls für ein Demonstrationsrecht, jedoch zugleich für besonnenes Handeln eintrete und gegen das Erheben "radikaler Forderungen" wäre. Er sprach sich auch für die Notwendigkeit aus, Grundwerte des Sozialismus, wie das sozialistische Eigentum, Bildungschancen für jeden, Recht auf Arbeit und Wohnung, unbedingt zu erhalten.

Prof. REICH, zusammen mit PFLUGBEIL Teilnehmer des Gespräches mit Genossen SCHABOWSKI vom 26. 10. 1989, äußerte zur Bewertung dieses Gesprächs während der Veranstaltung vom 26. 10. 1989 "Gespräch mit Erstunterzeichnern des Neuen Forums" in der Christusgemeinde/Berlin-Köpenick, es habe einen hohen informativen Inhalt gehabt, jedoch wären zu wenig Festlegungen getroffen worden. REICH betonte die Notwendigkeit, beabsichtigte Demonstrationen anzumelden und über Zielstellungen, Demonstrationswege und vorgesehene Kundgebungsorte zu informieren, damit durch die VP geeignete Maßnahmen zur ruhigen und ungehinderten Demonstrationsdurchführung eingeleitet werden können. Konfrontative Kräfte müßten durch Teilnehmer von Demonstrationen am Agieren gehindert werden. REICH sprach sich für eine Beteiligung an den in Berlin stattfindenden Bürgergesprächen aus.

BSU
000003

BStU
000004
3

Die zur gleichen Veranstaltung anwesende BOHLEY trug im wesentlichen die Positionen des Gründungsaufrufes des "Neuen Forums" vor. Sie informierte, daß sie sich mit Vertretern der "Charta 77" verständigen wolle und forderte erneut die Einreise für BIERMANN sowie auch für weitere Künstler/Kulturschaffende.

Zu beachten sind auch Hinweise zum Auftreten von BOHLEY zusammen mit dem operativ bekannten WEIBHUHN während einer Veranstaltung der CDU-Ortsgruppe Berlin-Lichtenberg vom 25. 10. 1989 (auf Einladung der CDU-Ortsgruppe). Die BOHLEY ließ auf entsprechende Anfrage erkennen, daß sie die führende Rolle der SED nicht grundsätzlich ablehne. Sie betonte, es müsse "nur erkennbar sein, daß sie allen dienen und sichtbar erlebbar ist".

Nachdem WEIBHUHN das angesprochene Fehlen des Wortes Sozialismus im Gründungsaufruf als Fehler bezeichnete, erklärten beide übereinstimmend, daß es in der DDR genügend Möglichkeiten in den vorhandenen Parteien und Organisationen zur aktiven Mitarbeit gäbe.

Zur weiteren Entwicklung des "Neuen Forums" äußerte die BOHLEY, daß sich das "Neue Forum" auflösen würde, wenn sich in der DDR eine Wende und Entwicklung vollziehe, die ihren Vorstellungen entspreche. (Eine gleichartige Erklärung war bereits durch PFLUGBEIL in einer früheren Gesprächsveranstaltung abgegeben worden.) Die BOHLEY gab zu erkennen, weitere Gespräche mit der CDU führen und künftig auch mit Fragen und Problemen an die Parteileitung der CDU herantreten zu wollen.

Dem vorgenannten gemäßigten Auftreten stehen neben dem aggressiven Stil eines anonymen Aufrufes zur Demonstration am 4. 11. 1989 in Berlin erneut bekanntgewordene massive negative, z. T. provokatorische Erklärungen und Verhaltensweisen von Kräften des "Neuen Forums" gegenüber, insbesondere von solchen Personen, die bereits in der Vergangenheit als Organisatoren und Unterstützer provokativ-demonstrativer Aktivitäten in Erscheinung traten. In besonderem Maße wider-spiegelt sich dies in dem verstärkten Wirksamwerden zur Initiierung und Organisierung von Demonstrationen.

So wurden die Teilnehmer an der Demonstration vom 23.10.1989 in Magdeburg maßgeblich durch den Auftritt des TSCHICHE, Hans-Jochen/Magdeburg (Erstunterzeichner) im Rahmen der Veranstaltung "Gebet für gesellschaftliche Erneuerung" zur Formierung des Demonstrationszuges im Anschluß an die Gebetsveranstaltung veranlaßt. TSCHICHE hatte hierbei u. a. erklärt, jetzt sei die Zeit gekommen, wo das Unzufriedenheitspotential auf die Straße gehen müsse. Die erreichte Qualität des "Neuen Forums" ermögliche es, mittels gewaltfreier Demonstrationen "die staatlichen Machthaber zum Dialog zu zwingen". (Im An-

BStU
000005
4

schluß an die Demonstration, an der sich ca. 7 500 Personen beteiligt hatten, wurde im Magdeburger Dom eine "Siegesfeier" veranstaltet.)

Erneut bestätigte der operativ bekannte BUTTGER, Martin/ Karl-Marx-Stadt (Anmelder und Bezirksverantwortlicher) seine Rolle als Verfechter extremer, aktionistischer Positionen, indem er mit seinen Forderungen während des Podiumsgesprächs zur "Friedensandacht" in der Zwickauer Lutherkirche - man müsse mittels Demonstrationen den Druck verstärken - im Zusammenwirken mit dem [redacted] maßgeblich zur anschließenden Formierung eines Demonstrationszuges (1 700 Personen) beitrug.

Auch der "Sprecherrat" des "Neuen Forums" Halberstadt trat als Organisator einer Demonstration (für die Zulassung des "Neuen Forums") am 25. 10. 1989 in Halberstadt im Anschluß an eine Gebetsveranstaltung in Erscheinung.

Hinzuweisen ist auch auf:

- [redacted] Pfarrer der evangelischen Erlöserkirchgemeinde Potsdam,
der erklärte, Einzelaktionen, wie am 21. 10. 1989 (Demonstration mit geringer Beteiligung in Potsdam) seien ungeeignet. Es müßten nunmehr durch das "Neue Forum" größere Aktionen vorbereitet werden. [redacted] meldete für den 4. 11. 1989 in Potsdam eine Demonstration an. Intern äußerte er, die Anmeldung sei lediglich als Test, keinesfalls als Bitte zu bewerten.

- [redacted] Leiter der "Arbeitsgruppe Wahlrecht des Neuen Forums" Karl-Marx-Stadt,
der während der Gründungsveranstaltung am 24. 10. 1989 in der Johanniskirche Karl-Marx-Stadt mit der Forderung in Erscheinung trat, die führende Rolle der SED müsse bestätigt und die Zulassung des "Neuen Forums" als "Dachorganisation" aller Oppositionsgruppen erreicht werden. [redacted] forderte dazu auf, weniger zu diskutieren und statt dessen mehr Forderungen zu stellen.

BSTU
0006

Information über die Demonstration am 30. 10. 1989

Am 30. 10. 1989 kam es erneut zu einer Demonstration im Stadtzentrum von Leipzig, an der ca. 200.000 Personen teilnahmen, darunter wiederum eine beachtliche Zahl aus anderen Bezirken, die mit Pkw bzw. Reichsbahn angereist waren.

Die montäglichen Friedensgebete am 30. 10. 1989 fanden in den wiederum vollbesetzten 6 Leipziger Kirchen (ca. 7.500 Personen) sowie erstmalig in der kurzfristig einbezogenen Friedenskirche Leipzig-Gohlis (nur 50 Personen) in der Zeit von 17.00 bis 18.00 Uhr statt.

Die in allen Kirchen von den Pfarrern getroffenen Aussagen (u. a. zum Gespräch des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes mit kirchlichen Amtsträgern am 26. 10. 1989; Aufforderung zu weiterer Gewaltlosigkeit und Besonnenheit; weitere Sammlung von "Zeugnissen der Betroffenheit" zu Handlungen der VP) waren ohne besondere operative Relevanz.

Der Verlauf des Friedensgebetes in der Nikolaikirche wurde auf dem Vorplatz vor ca. 6.000 Personen mit Lautsprechern übertragen.

BSTU
0007

2

18.08 Uhr begann die Demonstration aus dem Raum Grimmaische Straße/Karl-Marx-Platz, von wo aus sie sich über den Leipziger Promenadenring bewegte.

19.25 Uhr erreichte die Spitze des Demonstrationszuges wieder den Karl-Marx-Platz und traf auf dessen Ende; zu diesem Zeitpunkt begann die Auflösung, die 20.30 Uhr beendet war.

Die zahlreich mitgeführten Transparente und Plakate (laut Angaben der VP ca. 500) beinhalteten vor allem:

- Angriffe gegen die SED (in z. T. aggressiv angelegten Texten wurde die Aufgabe des Führungsanspruches der Partei und der Rücktritt von Parteifunktionären gefordert; das kam u. a. in solchen Lösungen zum Ausdruck wie "Demokratie statt SED - Machtmonopol", "Gegen Wahrheitsmonopol - Führungsanspruch - SED", "Wir stellen die Machtfrage", "Kein Dialog mit Parteibürgen, weg mit der ganzen Bande");
- Forderungen nach sog. "Freien Wahlen" - Angriffe auf die Ergebnisse der 10. Volkskammertagung, wie "Freie Wahlen - wahre Zahlen", "Wir fordern freie Wahlen - keine erneute Machtanballung", "Das Volk will selbst wählen - Egon, nein danke", "Volksentscheid zu Führungsanspruch und Machtkonzentration sofort";
- Forderungen nach Zulassung des "Neuen Forum", wie "Krenz't das Neue Forum nicht aus", "Zulassung des Neuen Forum", "Testfall der Demokratie: Zulassen des Neuen Forum", "Wer zu spät kommt, den straft das Leben - deshalb Neues Forum jetzt!";

BSTU
0008

3

- Verschiedene Forderungen, wie sie sich derzeit in den Dialogveranstaltungen widerspiegeln (Reise-, Meinungs-, Pressefreiheit; Abschaffung von "Privilegien", Reformen in Wirtschaft, Volksbildung u. a.);
- Angriffe gegen das MFS (geringe Anzahl - Texte: "Staasi in die Volkswirtschaft, das schafft Wirtschaftskraft", "Mielke, wir sind dein Tod", "Mielke, deine Tage sind gezählt".

Darüber hinaus beinhalteten Texte von Transparenten/Plakaten Forderungen nach

- Beseitigung der "Mauer".
- Schaffung eines zivilen Wehrersatzdienstes,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt,
- Schaffung "Freier Gewerkschaften" u. a.

Ein Teil beinhaltete Ablehnung bisher tätiger Funktionäre der Partei und des Staates ("Neue Politik mit alten Leuten?", "Alte Köpfe - Neuer Hut, das geht bestimmt nicht gut", "Bongen nehmst das Mäntelchen aus dem Wind" u. a.).

Skandierte Sprechchöre beinhalteten u. a.

- "Gorbi, Gorbi"
- "Freie Wahlen"
- "Wir sind das Volk"
- "Neues Forum zulassen" (mehrfach und abgewandelt)
- "Für das Politbüro die Mindestrente".

Die Atmosphäre unter den Demonstranten war durch eine höhere Aggressivität gekennzeichnet.

BSTU
0009

4

x zeitweilig bis zu 4.000 Personen

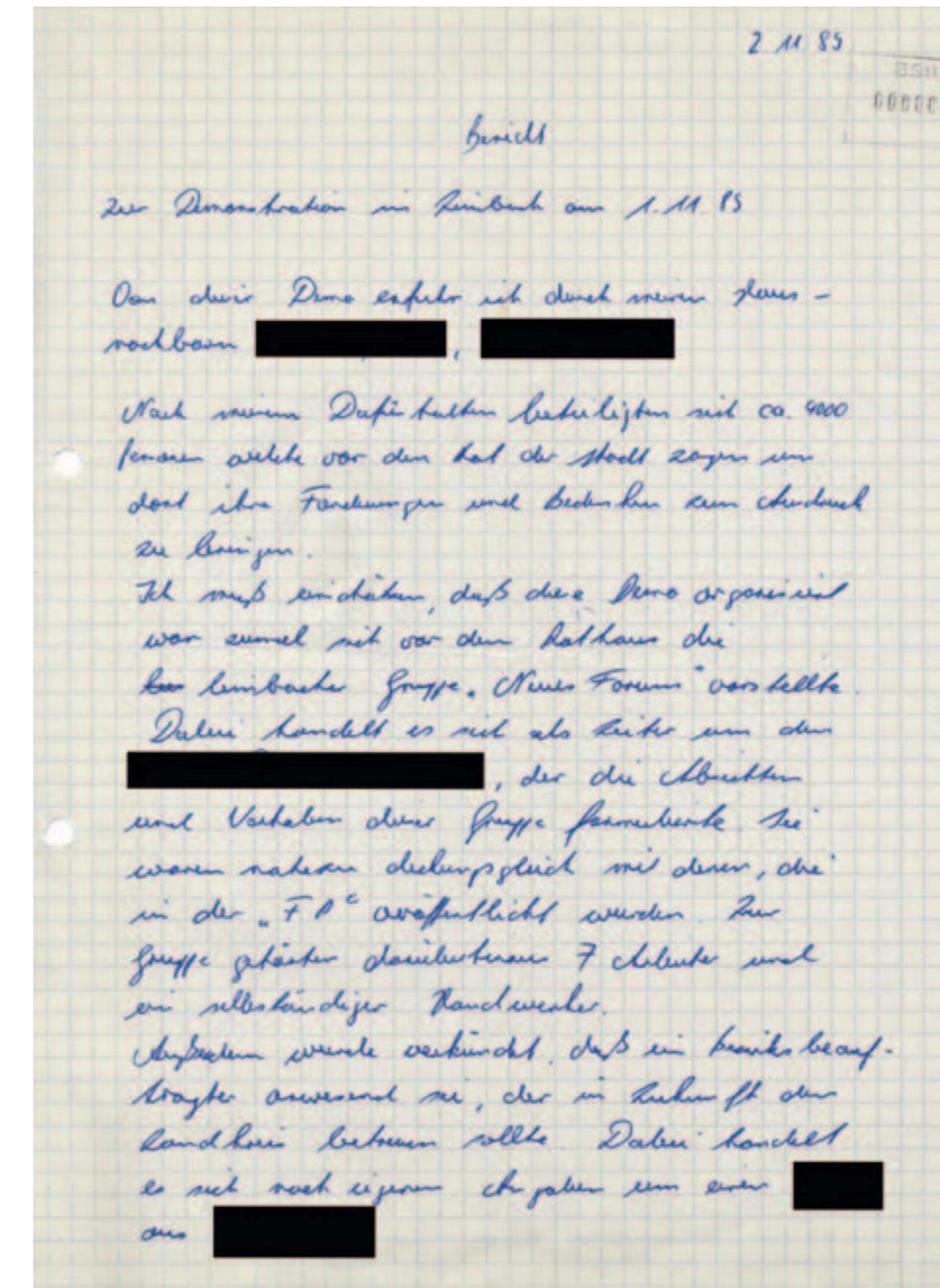
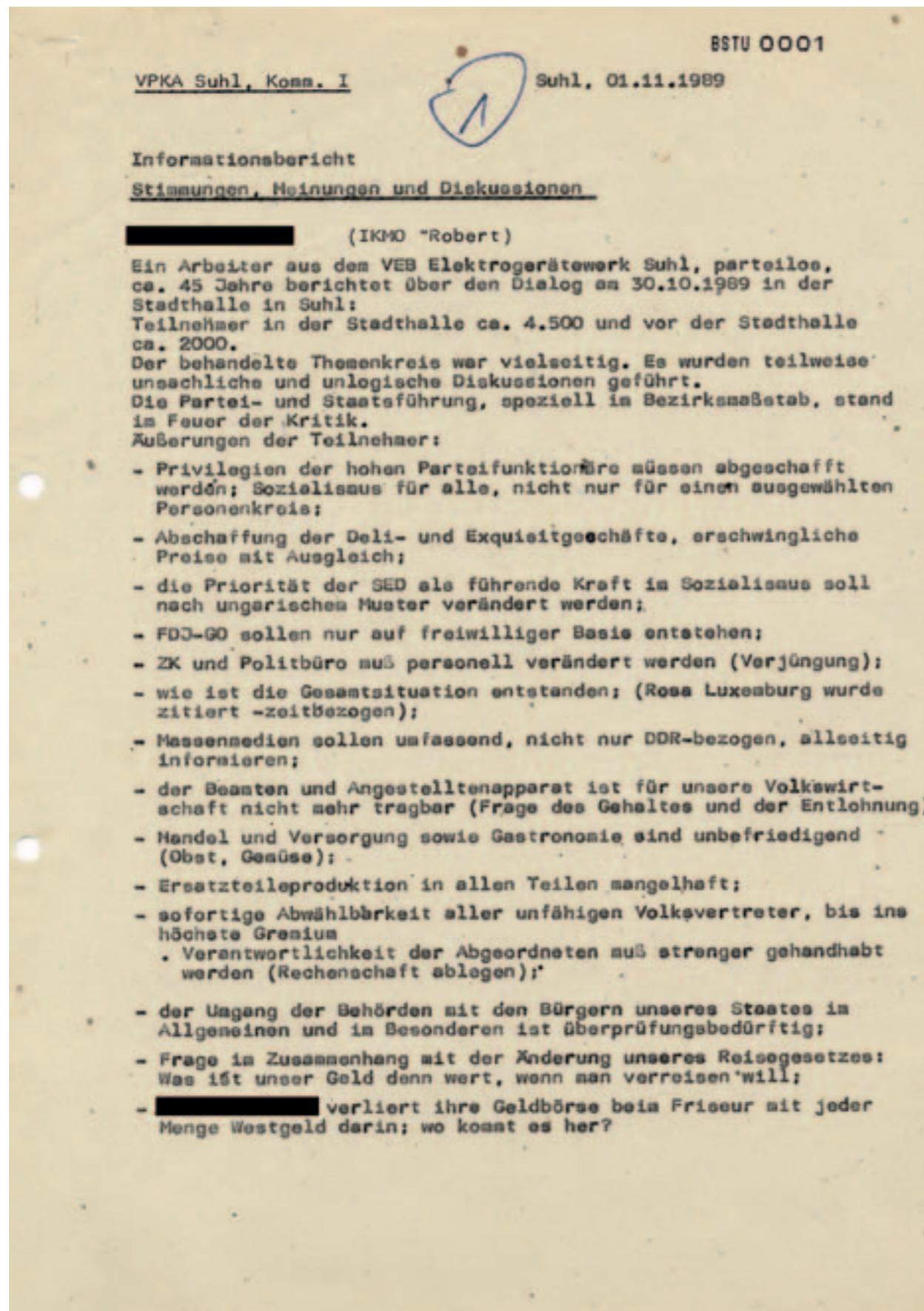
Am Dienstgebäude der Bezirksverwaltung kam es zu mehrfachem Verharren eines Teils der Demonstrationsteilnehmer und lautstarkem Rufen von Sprechchören ("Staasi in die Volkswirtschaft", "Staasi raus", "Wir verdienen Euer Geld", "Staasi aus der Demo raus", "Schämt Euch was", "Faulenzer", "Aufwiedersehen, wir kommen wieder").

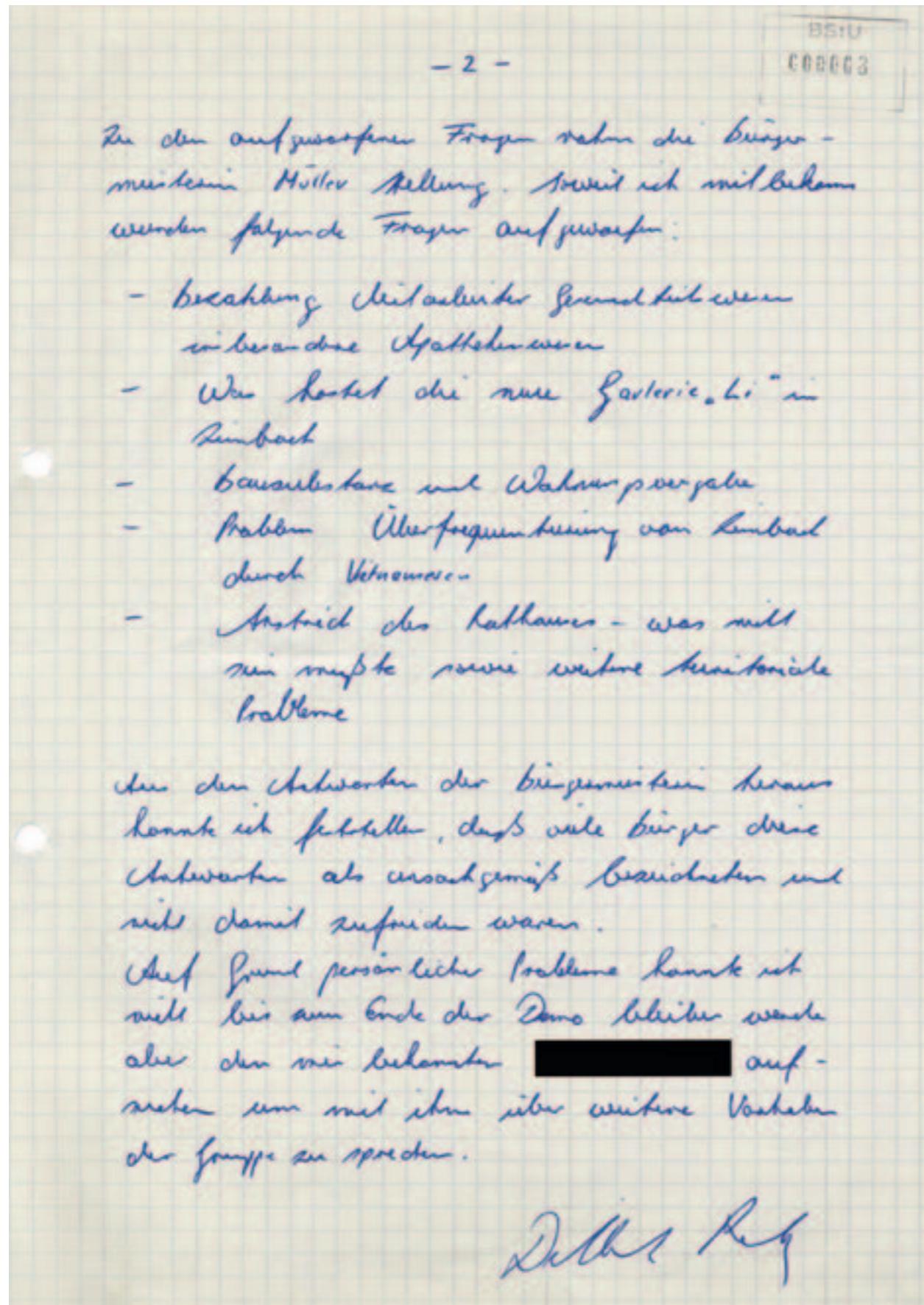
Versuche von Demonstrationsteilnehmern, sich mit brennenden Kerzen dem Gebäude zu nähern und diese abzustellen, wurden durch Personen aus dem Kreis der Demonstranten (kirchliche Kreise und Vertreter des "Neuen Forum"), die eine "Sperrkette" vor dem Gebäude gebildet hatten, unverzüglich verhindert bzw. unterbunden. Dazu wurde ein Transparent mit der Lösung "Neues Forum, es geht nur ohne Gewalt" gut sichtbar gehalten.

Während der Demonstration kam es zu keinen Gewalttätigkeiten. Die Atmosphäre war außerordentlich gespannt.

Vor dem Neuen Rathaus hielten sich zeitweilig mehrere tausend Personen auf, die den Oberbürgermeister zum Gespräch forderten. Der Oberbürgermeister stellte sich dem Gespräch nicht, obwohl er sich am Rathaus aufhielt; die Ansammlung löste sich gegen 21.00 Uhr auf.

Der 1. Sekretär der SED-Stadtleitung Leipzig sowie Mitglieder des Sekretariats und der Oberbürgermeister sowie Ratsmitglieder hielten sich auf dem Karl-Marx-Platz ab 17.00 Uhr auf und führten mit einem geringen Teil von Anwesenden bis 18.15 Uhr Gespräche.





18



19

Abb. 18/19
Demonstration durch die Stadt Limbach-Oberfrohna
zum Rathaus, 1. November 1989
Fotos: Karl-Heinz Neuhaus

cfs 3018
ausnahme

BStU
000038

GVS	VHS	CFS-Nr:	3018
Datum	Zeit	Sig.	
1.11.88	13 ³⁰	a.	

Leiter kd und struktureinheiten

dok. L/1 - 326/89, Ex. 39
dokumentenstelle

im auftrage des leiters der bezirksverwaltung teile ich ihnen mit, dasz es angehoerigen ihrer diensteinheit untersagt ist, weder als angehoeriger unseres organs noch als buerger an foren, gleichgultig wer dabei als organisator in erscheinung tritt, in der gegenwaertigen zeit teilzunehmen.

durch die Leiter der kreisdienststellen ist bei bitten der
1. sekretaere und anderer Leitender funktionaere, aus gruenden
des personenschutzes mitarbeiter bereitzustellen, so zu ver-
fahren, dasz den 1. sekretaeren empfohlen wird, dafuer ihre
mitarbeiter fuer sicherheitsfragen zum einsatz zu bringen.
durch die Leiter der kd ist der Leiter der bezirksverwaltung
ueber derartige absichten in jedem falle zu informieren.

by Frankfurt (O)

Letter

i.v. radziey/oberst

verteiler L/1-326/89

angermuende 38 ex.
beeskow 39. "

Jan. 20th 1906.

BSTU
0052

...ag N E U E F O R U M ruft auf zur Demonstration!

Akfurter Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Vergammelt Euch am Mittwoch , dem 1. 11. um 19.00 Uhr
vor dem Hotel Stadt Frankfurt!

Zieht mit über Karl-Marx-Str., Rosa-Luxemburg-Str., Mehringstr.
zu unserem Rathaus!

Demonstriert für die Zulassung des NEUEN FORUM
Meinungsfreiheit

Versammlungsfreiheit Pressefreiheit

Beteiligt auch mit Transparenten und Plakaten
mit brennenden Kerzen
mit zündenden Lösungen

Beachtet wichtig: keine Gewalt
keine Provokationen
Gesprächsbereitschaft
(vielleicht kommt es zu Kontakten
mit Andersdenkenden,
mit Funktionären,
mit Polizisten...)

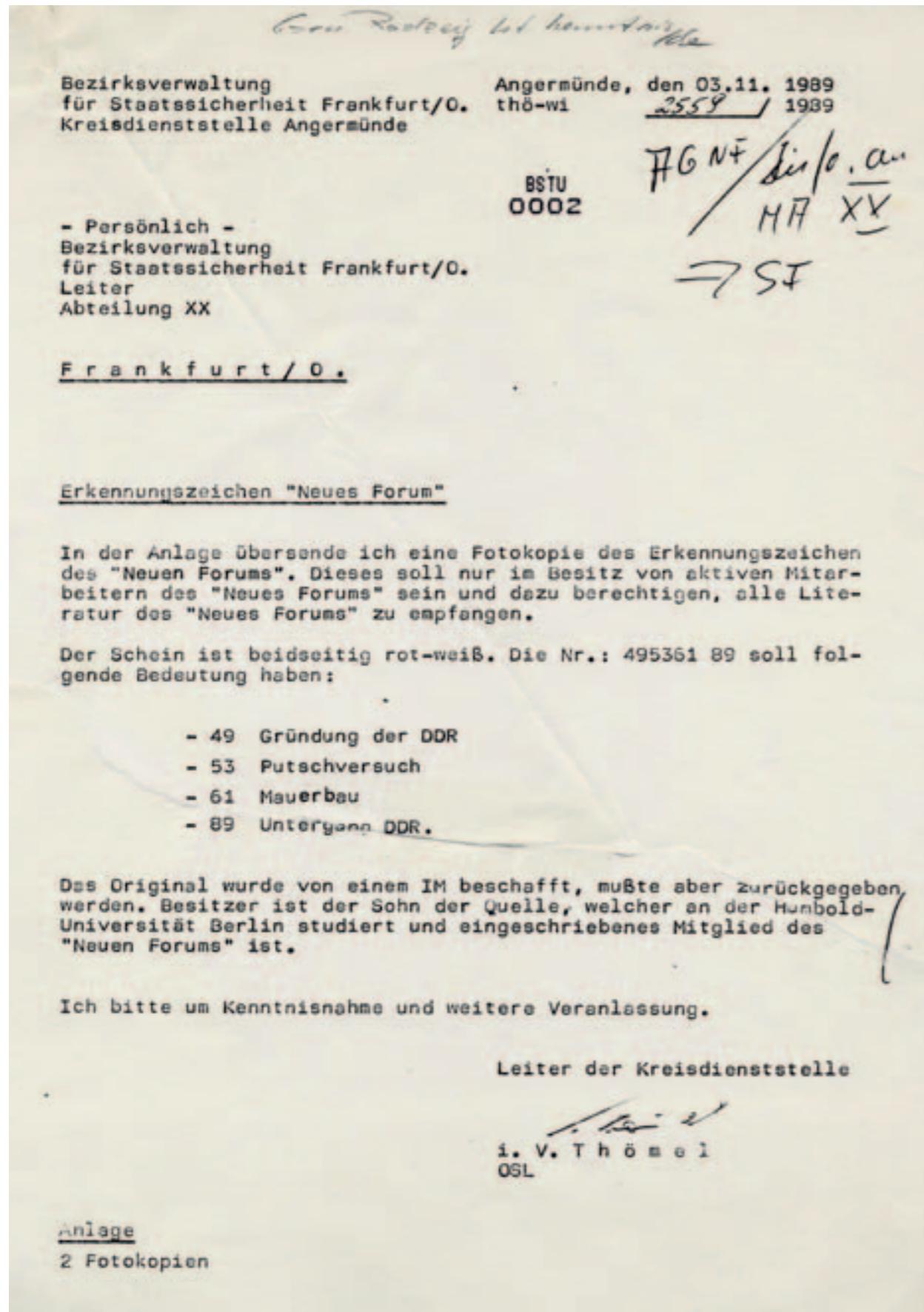
WUR SAND DIALOGBEREIT

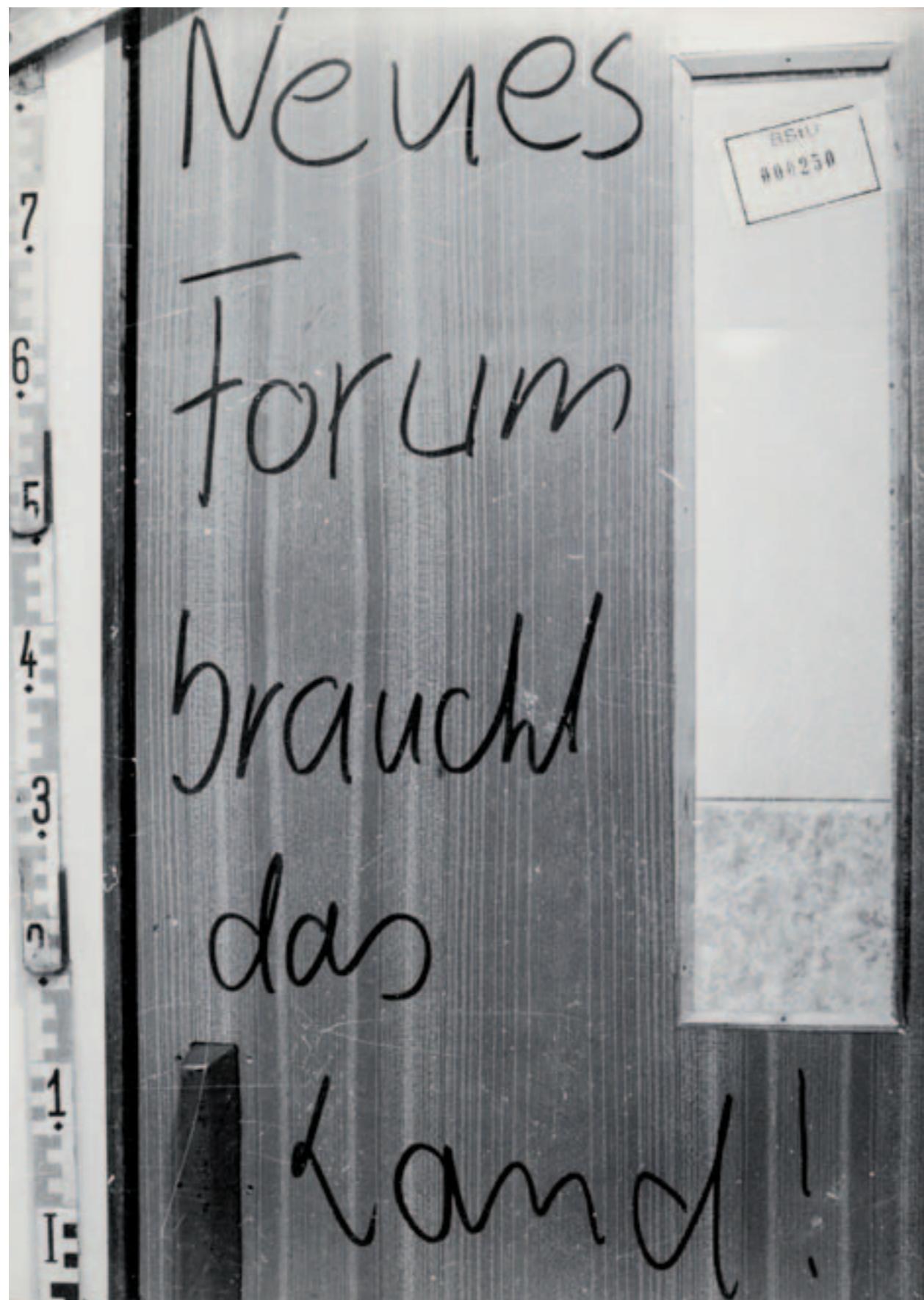
Kontakt mit

Letsellte sijn!

Geht diesen Aufruf weiter!

Der Sprecherrat des P E U E N V O R U M Frankfurt / Oder





20

Abb. 20

„Neues Forum braucht das Land“ – eine Lösung, die an die Innenwände eines Magdeburger Fahrstuhls geschrieben und von der Stasi protokolliert wurde.
Foto: BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Magdeburg Nr. 13389, S. 250

BStU	000032
LGD 00010	
Dresden, 6.11.1989	
<p><i>11 Akt, - mit Tag aus 8. 11. ZPjG, aufschluss.</i></p>	
<p><i>XX XX Tage</i></p>	
<p><i>XX 17</i></p>	
<p><i>Wir brauchen mehr Info, Machraum.</i></p>	
<p><i>GJ.</i></p>	

BV Dresden
Pers. MA d. Ltr.

Information

Am 3.11.1989, 19 Uhr fand im Staatstheater Dresden "Meines Haus" eine Festveranstaltung aus Anlaß des 72. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt, zu der die Bezirksleitung Dresden der SED, der Rat des Bezirkes Dresden und der Bezirksausschuß der Nationalen Front der DDR eingeladen hatte.

Es war aus meiner Sicht – und viele eingeladene Genossen empfanden das ebenso – empörend, in welchem Zustand sich die Empfangshalle und die Vorräume zum Theatersaal präsentierten.

Auf Packpapier aufgeklebt fand man überall an den Wänden Protestresolutionen der Theaterschaffenden aus allen Bezirken der DDR, gerichtet gegen Partei und Regierung, es wurden Erläuterungen zum "Neuen Forum" gegeben und ein Auszug aus der Protestresolution der Berliner Theaterschaffenden mit Forderungen an den Minister des Innern und den Minister für Staatssicherheit, endlich in der Öffentlichkeit zu den Übergriffen Stellung zu nehmen und die Schuldigen zu bestrafen, raged als Plakat von der Decke herab. Auch an den Wänden der Theatervorräume in der 1. Etage konnte man nur Beschimpfungen der Partei und Regierung lesen, das Wort "Sozialismus" war allerdings nicht zu lesen.

Es war m. E. beschämend, auch vor allem gegenüber unseren Freunden, daß ca. 120 bis 150 Plätze in diesem kleinen Theater frei blieben, allein auf den ersten 6 Reihen habe ich 50 freie Plätze gezählt.

Auf einer Liste waren Namen von Psychologen aufgeführt, an die sich alle Personen wenden könnten, die durch die Übergriffe der Sicherheitsorgane vom 3. bis 8. 10. 1989 in Dresden psychische Schäden erlitten haben.

Die Festrede wurde von der Genn. Fink, Sekretär für Kultur der BL der SED, gut verlesen, war aber angelegt wie eine Buchlesung mit vielen Zitaten über die GSOR wie z. B.

"Größtes gesellschaftliches Ereignis seit Christi-Geburt".

Auf die aktuelle Lage eingehend, machte sie die Bemerkung, daß die bisherigen gesellschaftlichen Strukturen nicht ausreichen würden, um die derzeitigen Probleme zu lösen.

Das anschließende Kulturprogramm wurde vom Staatlichen Ensemble für sorbische Volkskultur Bautzen gestaltet, es kam bei den Teilnehmern gut an.

*Jehmlich
Oberstleutnant*

Der 4. November 1989

Für den 4. November 1989 hatten Theaterschaffende eine Demonstration gegen Gewalt und für verfassungsmäßige Rechte im Stadtzentrum Ost-Berlins angemeldet. Sie beriefen sich dabei auf Artikel 27 und 28 der Verfassung der DDR, die – zumindest in der Theorie – allen Bürgern Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit gewährten, und forderten damit deren tatsächliche Umsetzung ein.

Zum ersten Mal genehmigten die Machthaber eine solche öffentliche Veranstaltung, die auch in den Medien angekündigt wurde. Dennoch wollten SED und Stasi nach wie vor mögliche Provokationen verhindern und leiteten „Sicherungsmaßnahmen“ ein, die sich am Tage der Veranstaltung v. a. auf die Beobachtung des Geschehens konzentrierten. Zur Absicherung des Großereignisses wurde eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei, Grenztruppen und dem Veranstalter vereinbart. Zivile Ordnungskräfte, die an einer Schärpe mit der Aufschrift „Keine Gewalt“ zu erkennen waren, trugen dazu bei, einen gewaltfreien Ablauf von Demonstration und Kundgebung zu gewährleisten.

Aus Sicht der Stasi berichten die folgenden Dokumente über den Verlauf der Demonstration und über die Ansprachen von bekannten Intellektuellen und Künstlern sowie von einigen Partei-funktionären auf der anschließenden Kundgebung auf dem Alexanderplatz.

Der 4. November 1989



21

Abb. 21
Aufruf vom Verband der Theaterschaffenden
zur offiziell angemeldeten Demonstration gegen
Gewalt und für verfassungsmäßige Rechte am
4. November 1989
BStU, MfS, BV Potsdam, KD Brandenburg 692, S. 92

BSTU
0157

Verwaltung Bezirk. für Schule

30. 70. 4

Vaderley, d. 14/5 auf Deino. 4-11.
10⁴⁵ bis 15⁰⁰ Befinn, Ende gegen 14 - 15⁰⁰
Treppen: ADN (Tiefe plattfeld beachten)
emotional aufgeladen -
tributare werden Alex- u. Kampfbälle - Strauß, Pfeile
Heckenschläger.
18 Redner / Kritze / Stoll, Gyszi, Wolf, Söder, MfK
Reichs, Janka, Zehn, Zyski,
Voraustr.-Uhr. Stoller -
Art. 27/28 d. Verfass.

Ruffy - Konzeption für Inhalt u. Ablauf

- geheimsinnliche Ordens (Pappmaché)
 Verdeckt,
- ? Klarer Inhalten öffentl. Verabs -

1. geschichtliche Voraussetzung im Offizialat -
zahlreiche reale Objekte / Stadtgeräte -
Log. Reize u. Reiben Durch ausüben führt zu den
Reformen (Angriffe gegen Sibellausgau) -
man will Gesellschaft demokratisieren -
jetzt könnte Dialog aufkommen -
(Opposition, Radikalfaktor erwidert, die werden
aktiv - sonst aggressiv)

! Rechnung erneut rechnen!
Falle d. Korrespondenzen - unendliche Menge möglicher Komb.

14.11. inspektif, da Plausur am 8.11.

Stab ins BL gebüdet - by. Gen. Miller - 015
Einer geliebte Kräfte - eine Verbindung d. Kavallerie-
föderz zu Kampfaktionen!

Uhr. BV Bls werden.
Einsatzbeginn 6⁰⁰ Uhr - Führungspkt. VP-Trägerdienst -

Hf. sofar erhalten - zentrales Informationsplattform für
die kontinenteale ZOS -
Mit den HfS kommen wir gefordert neuen Chancen / Dokumente

Alle 76. 25 Verboten. u. während Aktionen der revolutionären
Friedensparteien -

base

altissimodistis Form. duxit fibrosa
Nets unicolor latus -

Störung Objekt II auswirkend Kräfte bewirken -
Klar., wo Kräfte stationieren -
Jedoch Organ drückt seine Verantwortung -

Sieger Dullas für Havarium Rot-Kreuz - Fallzugs -
nicht Marktall. Journalist süd des Demokraten geht!
Exterg. zur zur zur zur und zur zur zur zur
(für alle DE)

- spezif. Maßn. des MFS gilt geltend -

Überf. get Reute mol raus -

~~Maßnahmenplane über 20 erlauben über 205~~

BV Befh. I, II, VII, VIII, XVII, XIX, XI, PS

Es ist alles offen! null unbekannten freigeordnet, reden -
Stellplatz kann in Freizeit geben -
SP: Stadt Skantzenvorze / Guest
" Objekte 145

spät geplante Verbesserungen aufzuheben, sofern sie nicht
schwierig zuformen seien.

BSTU
0159

Kräfte national aussetzen -
Waffe nur bei ganz speziellen Situationen einzuführen -

Opposition der DDR will sie abhindern
4. 11. in Haupt. voll. festzuhalten in Rostock !!

- Legale Kräfte müssen sich aufklären - kritisch, kritikfähig sein -
- Zugang für Qualitätswahlen - Recht finden -
- aufzulösen - // - 7b. nicht Brüder und Freunde im Bedarf abdrücken -

Folg. Videoteknik dass HGS die MA gefordert - wird willig gegeben -

R

Kräfte aufmarschieren wollen auf Bahnstrecke Beelitzungen -
im Zoll Stabs / Stiere -

Berndl - gen. Silberwitz 3. 11. 89
Gest. Einsatz beginn. 4. 11. 89

Befehl Ver. Nat. Verteidigung
4. Vors. BEL u. KEL haben alle für offizielle Verpflicht. abzusagen - alle sterben,
Mord. u. Tod -

5. das additive Gesetz polit. nicht erfüllt wird
bei Gewaltanwendung gegen Gewaltverhinderung
Silberwitz u. Objekt der Ur. BEL

6. Demonstranten dürfen nicht in Gewalt eingeschlagen werden.
Im Falle des Einsatzes der Gewalt Körper. Gewalt zu verhindern

7. Anwesenheit des Regierungsschefs ist gewünscht
vorgetragen

Ad 7 - Gewaltschutz. fehlt - im DFB fügt hinzu.
BEL den. Frieden + Frieden u. Raum?

BSTU
0160

- Zeit: *zur Feier der Revolution*
Alle P.-Hilf. aufzufordern, mit aus 4. 11. zu beteiligen und
eigene Lösungen - Pöhl soll ebenfalls selbst sein -

- für MA keine Testnahme

- P. Hilf. mit eigenen Lösungen
- 15 000 - 20 000 P.-Hilf. bei den Kundgebungspunkten,
was mit Demo. mitzutun u. bei Kundgebung vorweg
- Personen d. Pöhl der PdR - unterstehen Blockaden Sprechzettel
- Versammlungen bitte nur 200 oder zusammen -

In Rostock möglichst viele Dialogversammlungen, um Kräfte
zu binden -

sh.
Pöhl's

Langsam will wieder ein
Gastronomische Betriebe, das 3. CIA in Hauptstadt plant,
eine Sonderaktion durchzuführen -

Straßenkämpfe kann Gauleiter provozieren, mit Propaganda
u. Theatralische Konfrontation zu bringen

Wol.: Reaktion von silberwitz
Aktion des Silberwitztrios aufzuklären
Silberwitz will glauben, dass sehr anstrengende
Konfrontationen und Spione auslösen -

aus.
CIA -
MA

Mitnahmen d. Demonstrationsbiß zum Sterz d. Pöhl +
- Arbeit mit Gewalt
- Anwesenheit von Gasgranaten, Pelegas -

- Demonstrat. Team WB wird zeitgleich mit Demo
aus einer Gläser in Hauptstadt Demo durchführen -

- Kundgebung soll direkt über Rostock Kundgebung übergehen
Zu schon keine Gewalt. v. Friedenskundgebung - *Viertag*
SDP will sie bei Miettag, darstellen - Frieden & Frieden.
(Treffpunkt, Paulskirche *8. 11. 89*
Jannowitzbrücke, Neuer Raum)

BSTU
0161 Bohley / Hauermann wollen, müssen großes Blumenwesen
u. Hirsch aufplanen.

- Kleinen 1-4 der Städte in der Mitte u. Neudorf Besj.
u. Friedhofslinie müssen sorgen.

Republik USA-Politik hat alle Reisen am 4.15.89 abgesetzt -
Hauptverträge
80 zulässige Startpunkte

Zpo.-Flug-Schall/abfall -
- alle op. Melde. an Leopoldine PW Neu
alle and. " " 205

X X prüfen, wo sind Reserven untergebracht - wie erstellt -
Welche Transportmittel
müssen sie beschaffen um Transport!

Welche Führungskräfte d. Opposition sind auszusondern - Ihre
Rückfrage

140 Verantwortliche d. Journalisten
28 Teams FS
Dafür allein - Grundstücke nur bei polizeil.
Mappe.

07.60 Zufu.
00.11.0000
01.00.0000
01.00.0000
Redaktionsschreiber des Hauses des Reisens

Reserve: darüber rufen Sie HA!

Verschluß-
sache!

VME/GKS/12 189
2. NOV 1989

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
NATIONALER VERTeidigungsrat
DER SEKRETÄR
BSTU
0002

Berlin, den 09. 11. 1989
Tgb.-Nr.: 132 /89

Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED
und Minister für Staatssicherheit

Genossen Armeegeneral Mielke

Werter Genosse Minister!

Beilegend gestatte ich mir, Ihnen einen Befehl des Generalsekretärs
des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und
Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen
Egon Krenz, mit der Bitte um Kenntnisnahme zu übersenden.

Mit sozialistischem Gruß
Streletz
Generaloberst

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT
DER VORSITZENDE

B E F E H L Nr.: 10 / 89

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates
 der Deutschen Demokratischen Republik

Über

Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung
 in der Hauptstadt der DDR, BERLIN

vom 01. 11. 1989

Im Zusammenhang mit der weiterbestehenden komplizierten sicherheits-politischen Lage und zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, sind auf der Grundlage

- meiner Ausführungen auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED und vor den Abgeordneten der Volkskammer der DDR sowie
- der Ergebnisse der Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED am 27. 10. 1989

die erforderlichen politisch-ideologischen, führungsähnigen und organisatorisch-technischen Maßnahmen einzuleiten, um jederzeit und kurzfristig der sicherheitspolitischen Lage in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, allseitig Rechnung tragen zu können.

**BSTU
0003**

**BSTU
0004**

- 2

Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung**B E F E H L E I C H :**

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben
 - die Bezirkseinsatzleitung BERLIN und
 - die Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke
 mit sofortiger Wirkung die erhöhte Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten ständig aufrechtzuerhalten.
2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder dieser Einsatzleitungen sind weiterhin ständig durch leitende Kader zu besetzen.
 Die bisher gesammelten Erfahrungen sind in den Einsatzleitungen durch die jeweiligen Vorsitzenden gründlich auszuwerten und in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.
3. Die politisch-ideologische Arbeit ist darauf zu konzentrieren, bei allen Kommunisten feste politische Standpunkte herauszubilden und die kämpferische Haltung unserer Genossen auszuprägen mit dem Ziel, unsere Partei wieder in die politische und ideologische Offensive zu führen.
 Der begonnene, offene und freimütige Dialog ist auf allen Ebenen weiterzuführen. Dabei ist zu sichern, daß durch sachliche und offensive Diskussionen unserer Genossen sozialismusfeindlichen Auffassungen entschieden entgegengewirkt wird.
4. Der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung und die Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen der Hauptstadt der DDR, BERLIN, haben alle für ein offensives Reagieren auf provokatorische Aktionen vorzusehenden Handlungen vorausschauend abzustimmen und ein ununterbrochenes enges Zusammenwirken zu sichern.
 Dabei sind die politische Lage in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, bzw. in den Stadtbezirken unablässig zu analysieren sowie die erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit festzulegen.

- 3

BSTU
0005

5. Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung.

6. Durch die Bezirkseinsatzleitung sind die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen, damit Demonstranten nicht in das Grenzgebiet eindringen. Im Falle eines solchen Eindringens sind die Demonstranten durch Anwendung körperlicher Gewalt daran zu hindern, daß es in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, zu Grenzdurchbrüchen nach BERLIN (West) kommt. In besonders gefährdeten Abschnitten sind zusätzlich zu den eingesetzten Grenzposten Diensthundeführer einzusetzen.

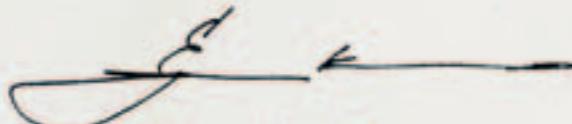
7. Die Anwendung der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

8. Meldungen an den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates sind zu erstatten:

- bei Gefährdung der staatlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der Hauptstadt der DDR, BERLIN,
- bei schwerwiegenden besonderen Vorkommnissen bzw. Zusammenstößen.

9. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

10. Der Befehl Nr. 8/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR wird aufgehoben.



Berlin, den 2. 11. 1989

Egon Krenz
Generalsekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands und Vorsitzender des
Nationalen Verteidigungsrates der
Deutschen Demokratischen Republik

Führungsstab
des Sicherungseinsatzes

Berlin, o4. 11. 1989

BSTU
000039*Werner*
4.11.89

Bericht
zum Sicherungseinsatz am 04. November 1989

Auf der Grundlage des Schreibens des Genossen Minister vom 31. 10. 1989 (VVS MfS o008-85/89) wurden im Zusammenhang mit der von einer Initiativgruppe Berliner Künstlerverbände beantragten und zentral genehmigten Demonstration im Stadtzentrum weisungsgemäß streng konspirative und gedeckte Sicherungsmaßnahmen eingeleitet.

Das Zusammenwirken mit den unter Führung der Bezirksleitung der SED Berlin eingesetzten gesellschaftlichen Kräften, den Führungsstäben der Volkspolizei und des Grenzkommandos Mitte sowie die Zusammenarbeit mit zentralen Diensteinheiten des MfS wurde planmäßig gewährleistet.

Im Verlauf des Sicherungseinsatzes wurden folgende Feststellungen getroffen:

Bereits ab 6.30 Uhr kam es im gesamten Gebiet des Stadtzentrums zu Aufklärungshandlungen von Angehörigen der Militärinspektionen der USA, Frankreichs und Großbritanniens.

Gegen 8.30 Uhr begannen sich auf dem Alexanderplatz, vor dem ADN-Gebäude und angrenzenden Straßen kleine Gruppierungen zu versammeln, die fortwährend Zulauf, u.a. auch durch mit Pkw und mit der Eisenbahn aus anderen Bezirken angereisten Personen erhielten.

Die ausgehend von der vielfältigen Propaganda in anderen Städten eingeschätzte massenhafte Teilnahme aus anderen Bezirken blieb unter den Erwartungen, wobei keine repräsentativen Angaben zum Anreiseverkehr möglich sind.

Bis etwa 9.30 Uhr hatten sich im Bereich Senefelder Platz, Leninplatz, Strausberger Platz bis zur Marienkirche schätzungsweise 250.000 Personen versammelt.

Auf Hunderten mitgeführten Plakaten und Transparenten wurden teilweise massiv grundlegende Prinzipien und Verhältnisse der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung angegriffen sowie anderweitige Forderungen erhoben.

2

Die Lösungen beinhalteten überwiegend ablehnende Standpunkte

- zur führenden Rolle der SED
- zum sozialistischen Staatsapparat
- zu der bisher praktizierten sozialistischen Gesetzlichkeit, vor allem die Wahl- und Strafgesetzgebung
- zum sozialistischen Bildungswesen.

Ein Teil der Lösungen bezog sich auf die angeblich dominierende und unrechtmäßige Rolle des MfS in der sozialistischen Gesellschaft. Weitere Lösungen brachten Mißtrauen bzw. abwertende Haltungen gegenüber den unter Führung der SED eingeleiteten Erneuerungsprozeß zum Ausdruck. Vielfältig wurde die Zulassung des "Neuen Forums", der "SDP" und des "Demokratischen Aufbruchs" gefordert. Konkrete Lösungen sind der beiliegenden Anlage zu entnehmen.

Gegen 09.30 Uhr setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung.

An der Spitze wurden zwei 6 m lange Transparente mit den Aufschriften

"Protestdemonstration-Solidarität mit Vaclav Havel!"

und

"Freie Medien!"

sowie eine große Kabeltrommel mit der Beschriftung

"Volkswalze" und "Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen!"

mitgeführt.

Vom überwiegenden Teil der Demonstranten war ein diszipliniertes, den Auflagen entsprechendes Verhalten zu verzeichnen.

Der bestätigte Marschweg, Karl-Liebknecht-Straße, Marx-Engels-Platz, Breite Straße, Molkenmarkt und Grunerstraße wurde von fast allen Teilnehmern der Demonstration eingehalten. Lediglich zum Schluß kürzten einige Teil der Demonstranten den Weg über die Spandauer- sowie Rathausstraße ab.

Festgestellt wurde, daß versuchte provokatorische Handlungen von Anhängern der sogenannten "Skinhead- und Grufti-Bewegung" von Teilnehmern des Demonstrationszuges selbstständig

BStU
000040

BStU
000041

3

unterbunden sowie ein Mitdemonstrieren solcher Personenkreise teilweise verhindert wurde.

Im Verlauf der Demonstration kam es zu kurzen Aufenthalten vor dem Eingang der Volkskammer sowie am Besuchereingang des Staatrates, wo einige Plakate und Transparente angeklebt bzw. abgelegt wurden.

Gegen 10.45 Uhr erreichte der Demonstrationszug den Alexanderplatz, wo um 11.25 Uhr die genehmigte Kundgebung begann.

In deren Verlauf kam es zu keinen besonderen Vorkommnissen.

Bei der weiteren Klärung von Sachverhalten besonders provokatorischen Verhaltens einiger Teilnehmer wird die politisch-operative Bearbeitung fortgesetzt.

Die Kundgebung wurde um 14.20 Uhr von den Organisatoren beendet, nachdem bereits ab 13.15 Uhr eine stärker werdende Personenabwanderung feststellbar war. Auf den Ablauf und den Inhalt des Meetings wird nicht weiter eingegangen.

Die akkreditierten 221 Korrespondenten und weitere Journalistenteams, die ohne spezielle Akkreditierung für die Demonstration wirksam wurden, traten mit einer Vielzahl journalistischer Aktivitäten in Erscheinung, ohne daß es dabei zu Vorkommnissen kam.

Nach Abschluß der Kundgebung bildeten sich im Bereich des Alexanderplatzes 5 Diskussionsgruppen von durchschnittlich 50 Personen, auf deren Auflösung durch die Organisatoren versucht wurde, Einfluß zu nehmen.

Das Zusammenwirken von Angehörigen der Volkspolizei mit den Ordnungskräften des Veranstalters hat sich bewährt und trug während der Demonstration und des Meetings zur Durchsetzung des ordnungsgemäßen Ablaufs bei.

Im Verlauf des Sicherungseinsatzes kam es im Bereich der Staatsgrenze sowie in deren westlichen Vorfeld zu mehreren provokatorischen Handlungen.

Darunter von 09.00 Uhr bis 10.00 Uhr eine Ansammlung von ca. 50 Personen mit gegen die DDR gerichteten Plakaten vor der Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße sowie das Besteigen der Panzermauer durch eine männliche Person aus Westberlin im Bereich Brandenburger Tor.

ohne

Diese Person wurde/Anwendung von Zwangsmitteln festgenommen und zur weiteren Klärung der Abt. IX zugeführt. Die Festnahme wurde von Westberlin aus durch Kamerateams dokumentiert.

Der 4. November 1989

BStU
000042

Um 16.00 Uhr noch festzustellende Diskussionsgruppen unter anderem von Mitgliedern der CDU und LDPD mit Anhängern der sogenannten SDP auf dem Alexanderplatz sowie weitere kleinere Personenansammlungen stehen weiterhin unter operativer Kontrolle.

Die im Rahmen des gesamten Sicherungseinsatzes angewiesenen politisch-operativen Maßnahmen werden planmäßig fortgesetzt.

1. Stellvertreter
des Leiters der BV

Herrn

Anlage

Ehrhardt
Oberst

Verteiler:

Generalleutnant Schwanitz
Generalleutnant Neiber
ZAIG
ZOS
Leiter der BV
1. Stellvertreter

Der 4. November 1989

ZAIG

Berlin, 6. November 1989

Gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane und gegen das Strafrecht gerichtete Angriffe und Forderungen auf der genehmigten Demonstration und dem Meeting der Künstlerverbände für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit am 4. November 1989 in Berlin

Während der Demonstration mitgeführte Transparente beinhalteten u. a. die Forderungen:

- "Staatssicherheit durch Öffentlichkeit"
- "Von Demagogie, Bespitzelung, Entmündigung und auch Verbrechen war und ist diese Gesellschaft gekennzeichnet"
- "Rechtssicherheit statt Staatssicherheit"
- "Wir fordern Kontrolle der Staatssicherheit"
- "Besser dem Volk vertrauen, als dem Stasi trauen"
- "Stasi an die Stange"
- "Für ein Leben ohne Stasi-Terror".

BStU
090155

In den Ansprachen enthaltene Angriffe und Forderungen beinhalteten:

Johanna SCHALL

Zitat aus Verfassungsvorschlag für die französische Republik von 1793: Jede Verfassung muß den Schutz der öffentlichen und der individuellen Freiheit vor der Regierung selbst zum Ziel haben. Nur dies allein diene als Mittel "gegen die öffentliche Gewalt der Regierenden als Geißel der Freiheit".

Im Anschluß an die durch den Schauspieler Ulrich MÜHE erfolgte Verlesung der Artikel 27 und 28 der Verfassung der DDR von 1974 forderte Johanna SCHALL folgende, "diese Artikel einschränkende Paragraphen

BSU
090156

des Strafgesetzbuches zu streichen oder zu modifizieren", die sie im Wortlaut vortrug: Die Paragraphen 99 "Landesverräterische Nachrichtenübermittlung", 106 "Staatsfeindliche Hetze", 107 "Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß" sowie 217 "Zusammenrottung".

Rechtsanwalt Dr. Gregor GYSL erinnerte unter Hinweis auf die zitierten Paragraphen des Strafgesetzbuches, daß die Rechtsanwälte in ihrer, von ADN nicht vollständig aber in wesentlichen Teilen veröffentlichten Erklärung ein neues Strafrecht und die Überarbeitung von Kapiteln des Strafgesetzbuches gefordert hätten. Die Verfassung selbst sei "gut, obwohl auch sie entwickelt werden kann". Gebraucht würden der Staat und Staatsautorität, ebenso aber die "Kontrolle des Volkes über den Staat und seine Sicherheitsbereiche" wie auch ein "neues Verhältnis von Politik und Recht".

Marianne BIRTHLER von der "Berliner Kontakt-Telefon-Gruppe" erklärte, sie habe Gelegenheit gehabt, in mehr als 200 Berichten zu lesen, wie Menschen gejagt, geschlagen, gedemütigt und verurteilt worden seien. Dabei habe es sich nicht um die Übergriffe Einzelner gehandelt. Dieses Unrecht sei geplant, vorbereitet und befohlen worden. Noch immer sei nicht geklärt, wer die Befehle gegeben und politische Verantwortung getragen habe, auch dafür, daß den Volkspolizisten gesagt worden sei, sie würden am Alex aufgehängt. Die Gründung einer zeitweiligen Untersuchungskommission beim Berliner Magistrat, die weder nach Zusammensetzung noch nach Zielen wirklich unabhängig sei, befriedige sie nicht.

Eine unabhängige, von Künstlerverbänden, demokratischen Initiativen, der Kirche, von Ärzten, Anwälten und Psychologen gebildete Untersuchungskommission werde mit dem Magistrats-Ausschuß zusammenarbeiten.

Der Liedermacher Kurt DEMMLER sang gegen Bespitzelung und Überwachung das Lied von der "ganz leisen Polizei", von der immer irgendwer dabei sei, und rezitierte daran anschließend, man braucht, um was zu schaffen, Sicherheit, doch auch "Sicherheit vor der Sicherheit".

BSU
090157

Prof. Jens REICH vom "NEUEN FORUM" forderte, Verfassungsrecht müsse nicht nur auf dieser "Freiheitsdemonstration", sondern überall wahrgenommen werden, und rief zu Solidarität auf mit den Bürgern und Verhafteten, mit den "Alten, die das Land aus den Trümmern geholt haben", mit den Ossietzky-Schülern aus Pankow.

Stefan HEYM verlangte:

"Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, einiger weniger, eines Apparates oder einer Partei". Alle müßten teilhaben an dieser Macht; wer sie ausübe, müsse unterworfen sein der Kontrolle der Bürger. Denn Macht korrumptiere, und absolute Macht, das könne man heute noch sehen, korrumptiere absolut.

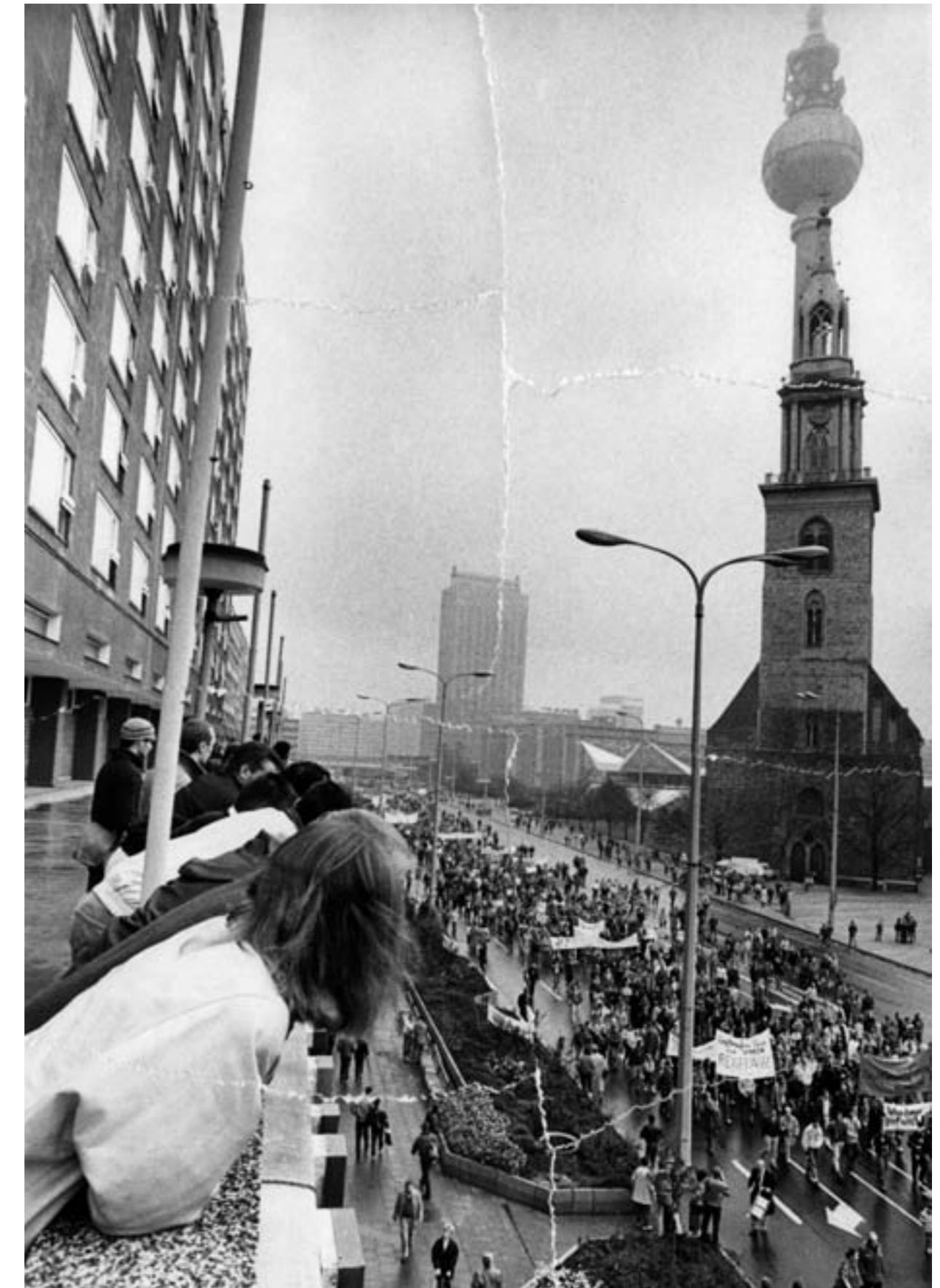
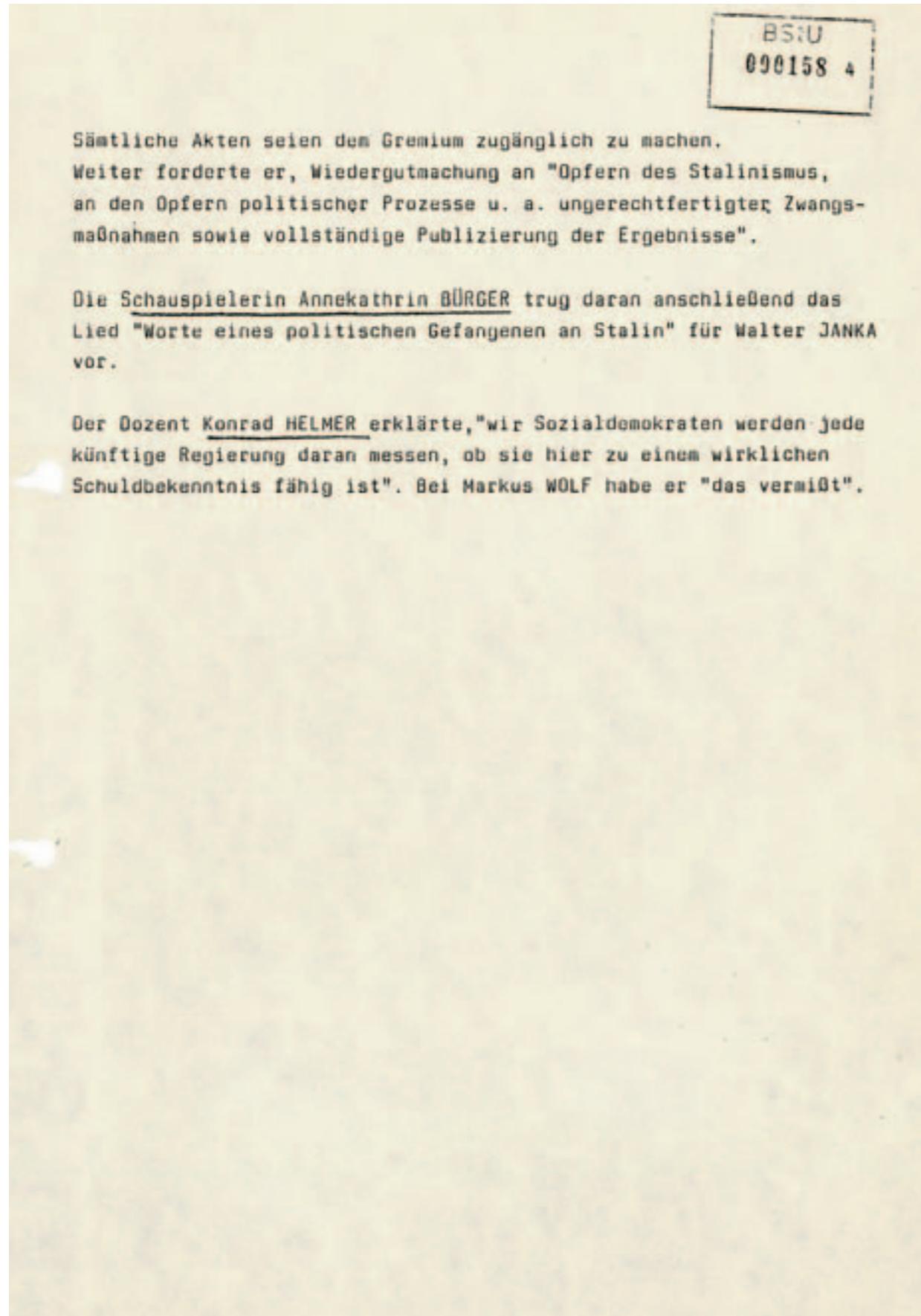
Der Schauspieler Ekkehard SCHALL erklärte, er danke "den mutigen und, ich betone, den friedlichen Demonstranten in vielen Städten der DDR". Es hätte auch Rowdys auf beiden Seiten gegeben. Die Brutalität von Sicherheitskräften wiegt allerdings schwerer und wecke schlimme Erinnerungen".

Pfarrer SCHORLEMMER aus Wittenberg erklärte:

Die Regierung habe auf das Volk zu hören, nicht umgekehrt. Eine Atmosphäre des Vertrauens werde erst dann entstehen, wenn das "größte innenpolitische Sicherheitsrisiko, die Staatssicherheit, radikal abgebaut und vom Volke kontrolliert" werde. Fehler müßten als Fehler zugegeben werden. Aber es dürften keine neuen Gräben aufgerissen werden, Stimmen der Vergeltung aufkommen.

Thomas LANGHOFF sagte:

Wären die Worte "frei" und "öffentliche" aus den beiden heute zur Diskussion stehenden Verfassungsartikeln immer ernst genommen worden, gebe es keine Notwendigkeit für die heutige Demonstration und die von ihm verlesene Erklärung. Darin fordert er zur Offenlegung der Biografie dieses Landes die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission von Historikern, Rechtswissenschaftlern und interessierten Bürgern, die alle in der DDR eingeleiteten Verfahren wegen angeblicher Straftaten gegen Staat und öffentliche Ordnung prüfen sollten.



22

Abb. 22
Blick auf den Demonstrationszug durch die Karl-Liebknecht-
Straße in Ost-Berlin, 4. November 1989
Foto: BStU, MFS, HA XX, Fo 1379, Bild 0001

Abb. 23 (S. 116/117)
Massenkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz
am 4. November 1989
Foto: BStU, MFS, HA XX, Fo 1379, Bild 0009



NEUES
FORUM

WIR LEGEN
WEG!
WIR SIND
DAS

Nachwort

Auch nach der ersten genehmigten Großdemonstration am 4. November 1989 hielten die Massendemonstrationen, politischen Kundgebungen, Friedensgebete und die Formierung von Oppositionsgruppen und unabhängigen Vereinigungen überall in der DDR an. Gemeinsame Forderungen all dieser Bewegungen waren ein Dialog mit der Regierung, der eine grundsätzliche Diskussion über Veränderungen in der DDR zuließ, der Verzicht der SED auf ihren Führungsanspruch, eine demokratische Umgestaltung der Verhältnisse sowie Meinungs- und Reisefreiheit. Am 8. November wurde das Neue Forum offiziell von der SED-Führung als politische Gruppierung anerkannt. Die SED und damit auch ihre Geheimpolizei, die Stasi, verloren zunehmend die Fähigkeit zur Lenkung der Ereignisse. Mit neuen Regelungen zur ständigen Ausreise versuchte die Regierung noch einmal, die Bürger zu beschwichtigen und ihre Macht zu erhalten. Doch der Fall der Mauer am 9. November 1989 beschleunigte das Bestreben der Menschen nach einem schnellen Ende der Mangelwirtschaft und der Bevormundung. Die Forderung nach der Einheit Deutschlands rückte in der Debatte um Veränderungen mehr und mehr auf die Tagesordnung. Nicht nur die SED, sondern auch ihr „Schild und Schwert“, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), unterlagen in der Folgezeit Auflösungserscheinungen. Auf Beschluss des Ministerrates wurde das MfS am 17. November in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannt. Das SED-Politbüro erklärte sich am 22. November zu Gesprächen mit Bürgervertretern am Zentralen Runden Tisch bereit. Am 1. Dezember strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

Ihrer Empörung über jahrzehntelange Überwachung und Kontrolle machten Bürgerinnen und Bürger bei der Besetzung des nunmehr umbenannten Bezirksamts für Nationale Sicherheit in Erfurt am 4. Dezember 1989 Luft. Damit begann eine Besetzungs潮e von zahlreichen weiteren Stasi-Dienststellen, bei der spontan gebildete Bürgerkomitees mit Hilfe von Militärstaatsanwälten und Volkspolizei die Aktenräume versiegelten. Sie verhinderten damit weitgehend die weitere unkontrollierte Vernichtung des Aktenmaterials durch die Staatssicherheit und ermöglichen so die Öffnung der verbliebenen Unterlagen, die wir heute als zeithistorische Dokumente nutzen können. Am 15. Januar 1990 schließen erstürmten einige tausend Menschen auch die Berliner Stasi-Zentrale in der Normannenstraße.

Auf Druck von Oppositionsvertretern, die Staatssicherheit ersatzlos aufzulösen, wurde neben den regionalen Bürgerkomitees und der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches am 8. Februar 1990 auch ein staatliches „Komitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS“ gebildet. Bis Ende März sollten alle Mitarbeiter der Stasi – bis auf die der Auslandsespionage – aus dem Dienst entlassen sein. Mit den ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR am 18. März 1990 hatte sich eine wesentliche Forderung der Demonstrationen vom Herbst 1989 erfüllt. Eine weitere wurde am 3. Oktober 1990 mit der Wiedervereinigung Deutschlands Wirklichkeit.



24

Abb. 24
Am 9. November 1989 öffnet die DDR ihre Grenze nach Westberlin und zur Bundesrepublik; nach 28 Jahren fällt die Mauer. Bewohner aus West- und Ostberlin sind an der Mauer am Brandenburger Tor zusammengekommen und auf die Mauerkrone geklettert.
Bundesarchiv, B 145 Bild-00046833, Foto: Lehnartz, Klaus, 9. November 1989

Abb. 25 (S. 120/121)
Blick ins Stasi-Archiv nach der Besetzung in Gera, Januar 1990
Foto: BStU/A. Bley



Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Abt. I	Militärabwehr
Abt. II	Spionageabwehr
Abt. III	Funkaufklärung
Abt. VII	Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. XIV	Untersuchungshaft, Strafvollzug
Abt. XVIII	Volkswirtschaft
Abt. XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
Abt. XXII	Terrorabwehr
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
Ausf.	Ausführung
BBC	British Broadcasting Corporation
BdL	Büro der Leitung/des Leiters
BEL	Bezirkseinsatzleitung
BGW	Berliner Glühlampenwerk
Bl.	Blatt
BL	Bezirksleitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
BZA	Berliner Zeitung am Abend
CBS	Cottbus
CDU	Christlich Demokratische Union
cfs	chiffriertes Fernschreiben
CIA	Central Intelligence Agency
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diensteinheit
Dok	Dokument
erf.	erfasst
EV	Ermittlungsverfahren
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FTV	France Télévisions
gef.	gefertigt
Gen.	Genosse
gez.	gezeichnet

GKS	Geheime Kommandosache
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganisation
GSOR	Große Sozialistische Oktoberrevolution
Güst	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
HA II	Spionageabwehr
HA IX	Untersuchungsorgan
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche
HA roem. 2	hier gemeint HA II
HA roem. 9	hier gemeint HA IX
HA roem. 20	hier gemeint HA XX
Hle	Halle
IGL	Initiativgruppe Leben
IKMO	Inoffizieller Kriminalpolizeilicher Mitarbeiter für operative Aufgaben
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbündung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Person
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung
i. V.	in Vertretung
K	Kriminalpolizei
kath.	katholisch
KD	Kreisdienststelle
KEL	Kreiseinsatzleitung
KP	Kontaktperson
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKW	Lastkraftwagen
Lpz.	Leipzig
Ltr.	Leiter
MA	Mitarbeiter
Mdl	Ministerium des Inneren
Mfs	Ministerium für Staatssicherheit
Nachr.	Nachricht
ND	Neues Deutschland
OD	Objektdienststelle
OES	Operativer Einsatzstab
o. g.	oben genannt
Oltn.	Oberleutnant
op.	operativ
ORF	Österreichischer Rundfunk
OSL	Oberstleutnant
OT	Operative Technik
OV	Operativer Vorgang
PdPB	Präsidium der Polizei Berlin
PdR	Palast der Republik
Pers. MA d. Ltr.	Persönlicher Mitarbeiter des Leiters
PKE	Passkontrolleinheit
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken

PS	Personenschutz
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
Sachbearb.	Sachbearbeiter
SDP	Sozialdemokratische Partei
SE	sozialistisches Eigentum
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sg.	sogenannt
SP	Sicherungsposten
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stck.	Stück
Swn.	Schwerin
terr.	territorial
Tgb.-Nr.	Tagebuchnummer
u. a.	unter anderem
UHA	Untersuchungshaftanstalten
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VEB	Volkseigener Betrieb
VME	Vorzimmer Minister (Post-)Eingang
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WB	Westberlin
WSE	Wach- und Sicherungseinheit
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOS	Zentraler Operativstab
z. T.	zum Teil
StGB	Strafgesetzbuch der DDR
§ 137 StGB	Beleidigung
§ 139 StGB	Verfolgung von Beleidigungen und Verleumdungen
§ 215 StGB	Rowdyismus
§ 217 StGB	Zusammenrottung
§ 220 StGB	Staatsverleumdung



26



27

Abb. 26/27
Fotos: BStU/Dresen

Der BStU und seine Außenstellen

Seinen Hauptsitz hat der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Berlin. Zudem gibt es Außenstellen in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Potsdam und Cottbus gibt es Beratungsstellen.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen, die eigene Akte lesen oder Veranstaltungen und Ausstellungen besuchen.

Ausführliche Informationen zur Arbeit des BStU finden Sie im Internet unter www.bstu.de.

Kontaktdaten Berlin/Brandenburg**Zentralstelle Berlin**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin-Mitte
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 2324-50
post@bstu.bund.de

Pressestelle/Stabsstelle Kommunikation

Tel.: 030 2324-7171
Fax: 030 2324-7179
presse@bstu.bund.de

Bürgerberatung

Persönliche Beratung ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo–Do 08:00–12:00 und 13:00–17:00

Fr 08:00–14:00
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
030 2324-7000

Archiv der Zentralstelle

Ruschestraße 103
Eingang Haus 7
10365 Berlin
Tel.: 030 2324-6699
Fax: 030 2324-6619
archivfuehrungen@bstu.bund.de

Anfragen von Forschern und Medienvertretern

AU 5 | AU 6
Tel.: 030 2324-9050 / -9061
Fax: 030 2324-9059 / -9069
GZ.AU5@bstu.bund.de
GZ.AU6@bstu.bund.de

Abteilung Bildung und Forschung

Tel.: 030 2324-8801
Fax: 030 2324-8809
GZ.BF@bstu.bund.de

Fachbibliothek

Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do 08:30–16:30
Mi 10:00–18:00
Fr 08:30–14:30

Tel.: 030 2324-8862
Fax: 030 2324-8819
bibliothek@bstu.bund.de

Historisch-politische Bildung und Ausstellungen

Tel.: 030 2324-8831
Fax: 030 2324-8839
GZ.BF3@bstu.bund.de

Außenstelle Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 0335 6068-0
astfrankfurt@bstu.bund.de

Beratungsstelle Cottbus

Karl-Marx-Straße 67
03044 Cottbus
Jeden letzten Dienstag im Monat 09:00–17:00

Beratungsstelle Potsdam

Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert
Lindenstraße 54
14467 Potsdam
Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat 10:00–18:00

Kontaktdaten Mecklenburg-Vorpommern**Außenstelle Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 7774-0
astneubrandenburg@bstu.bund.de

Außenstelle Rostock

18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 038208 826-0
astrostock@bstu.bund.de

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock/DuG

Hermannstraße 34b
(Eingang gegenüber Supermarkt)
18055 Rostock
Tel.: 0381 4985651
dug-rostock@bstu.bund.de

Außenstelle Schwerin

19065 Görslow
Tel.: 03860 503-0
astschwerin@bstu.bund.de

Kontaktdaten Sachsen-Anhalt

Außenstelle Halle
Blücherstr. 2
06122 Halle
Tel.: 0345 6141-0
asthalle@bstu.bund.de

Außenstelle Magdeburg

Georg-Kaiser-Str. 7
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 6271-0
astmagdeburg@bstu.bund.de

Kontaktdaten Sachsen

Außenstelle Chemnitz
Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Tel.: 0371 8082-0
astchemnitz@bstu.bund.de

Außenstelle Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 0351 2508-0
astdresden@bstu.bund.de

Außenstelle Leipzig

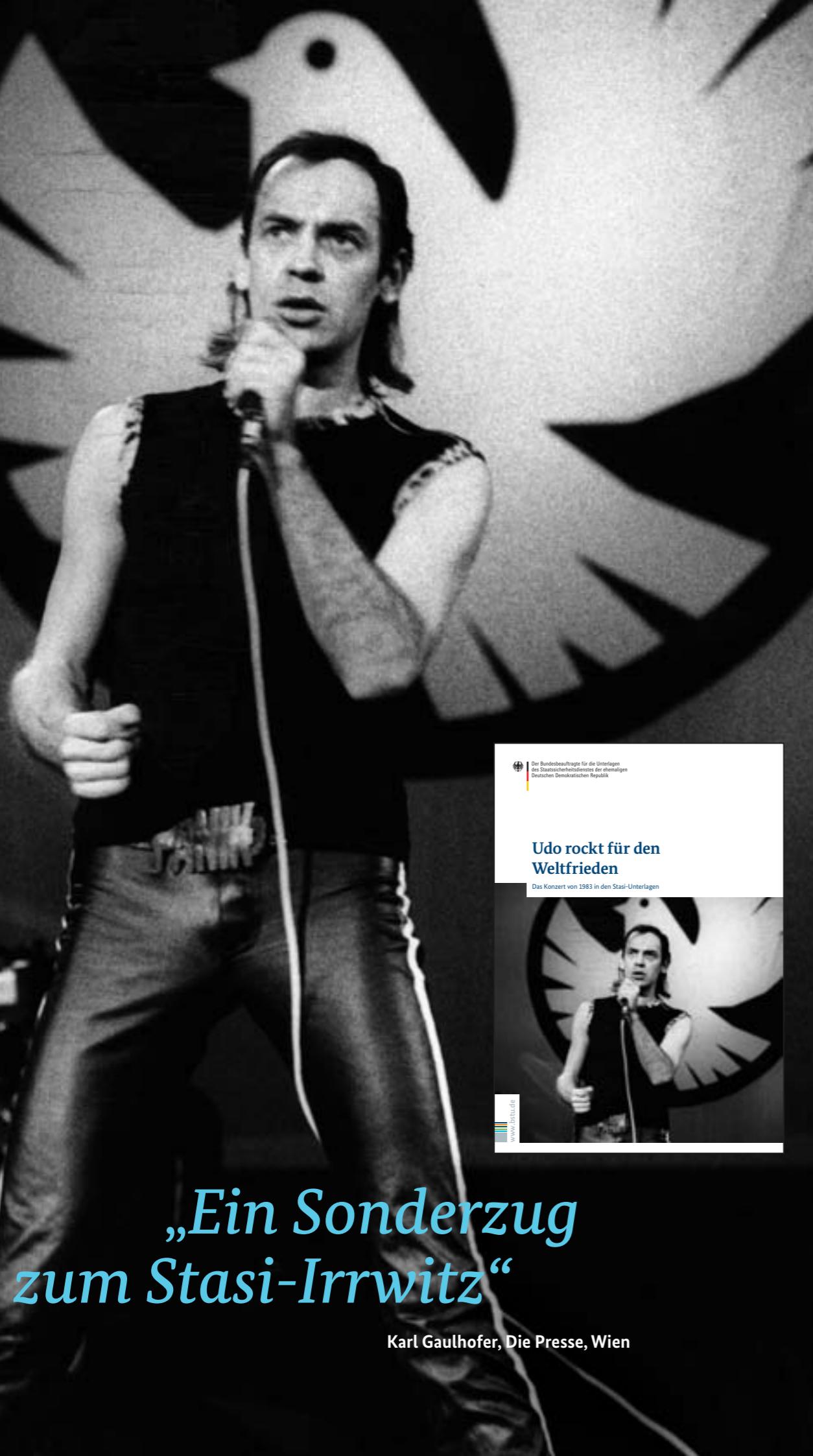
Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 0341 2247-0
astleipzig@bstu.bund.de

Kontaktdaten Thüringen

Außenstelle Erfurt
Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5519-0
asterfurt@bstu.bund.de

Außenstelle Gera
Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 0365 5518-0
astgera@bstu.bund.de

Außenstelle Suhl
Weidbergstr. 34
98527 Suhl
Tel.: 03681 456-0
astsuhl@bstu.bund.de



Dokumentenhefte

Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

Aktion „Gegenschlag“
Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983
84 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart
Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv
76 S., Berlin 2013

Udo rockt für den Weltfrieden
Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen
108 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“
Der Fall Gabriele Stötzer
76 S., 2., v.Aufl., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“
Der Weimarer Montagskreis
108 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989
in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg
76 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989
in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
80 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones
Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen
130 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodelt es ...“
Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen
104 S., Berlin 2014

Niedersachsen und die Stasi
Die Überwachung im „Operationsgebiet West“
92 S., Berlin 2014

Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim BStU erhältlich.

Herausgeber
Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU)
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin

Postanschrift
10106 Berlin

Bestellung
Telefon: 030 2324-8803
Fax: 030 2324-8809
publikation@bstu.bund.de
www.bstu.de

Quellennachweis

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU):

Dokumentensammlung

- S. 9-10 (BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 1514, S. 190-191)
- S. 12-16 (BStU, MfS, HA IX 3203, S. 219-223)
- S. 17 (BStU, MfS, ZAIG 16381, S. 246)
- S. 19-21 (BStU, MfS, HA IX 8738, S.106-108)
- S. 23-26 (BStU, MfS, HA IX 8738, S. 109-111, 113)
- S. 27-30 (BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 1514, S. 15-18)
- S. 31 (BStU, MfS, Sekr. Schwanitz 67, S. 24)
- S. 33-34 (BStU, MfS, HA IX 8738, S. 114-115)
- S. 35 (BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 617, S. 100)
- S. 37 (BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 617, S. 101)
- S. 39-45 (BStU, MfS, ZAIG 3756, S. 128-134)
- S. 46-47 (BStU, MfS; BV Dresden, KD Dresden-Stadt, Nr. 90344, Bd. 3, S. 10-11)
- S. 48-49 (BStU, MfS, HA IX 8738, S. 7, 7a)
- S. 50-52 (BStU, MfS, HA XX Nr. 117, S. 7-9)
- S. 53 (BStU, MfS, BV Neubrandenburg, AKG 498, S. 27)
- S. 54-55 (BStU, MfS, BV Halle, Medizinischer Dienst, Sach-Nr. 1287, S. 6-7)
- S. 56-61 (BStU, MfS, BV Erfurt, KD Erfurt 680, S. 1-6)
- S. 62-63 (BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX Nr. 37, S. 75-76)
- S. 65 (BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX Nr. 37, S. 77)
- S. 67 (BStU, MfS, BV Berlin, KD Friedrichshain, 1976, S. 37)
- S. 68 (BStU, MfS, BV Schwerin, AKG 24b, S. 31)
- S. 69 (BStU, MfS, BV Schwerin, Bdl-Dok, 401228, S. 1)
- S. 70-72 (BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, VIII 1489-87, S. 65, 68-69)
- S. 74-75 (BStU, MfS, BV Gera, BdL, 1202, S. 1-2)
- S. 78-81 (BStU, MfS, HA XX/9 Nr.126, S. 2-5)
- S. 82-85 (BStU, MfS, BV Leipzig, AKG 1181, S. 6-9)
- S. 86 (BStU, MfS, BV Suhl, Abt. VII, VII-1695, S. 1)
- S. 87-88 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Reg.-Nr.-XIV, 1498/75, S. 8-9)
- S. 90 (BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), KD Angermünde, 396, S. 38)
- S. 91 (BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AKG 1137, S. 52)
- S. 92-93 (BStU, MfS, BV Frankfurt (Oder), AKG 1139, S. 2-3)
- S. 95 (BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX 9539, S. 32)
- S. 98-102 (BStU, MfS, ZAIG 11272, S. 157-161)
- S. 103-106 (BStU, MfS, SdM, Nr. 2741, S. 2-5)
- S. 107-110 (BStU, MfS, Neiber 618, S. 39-42)
- S. 111-114 (BStU, MfS, ZAIG 4599, S. 155-158)

Bildnachweis

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU):

S. 130: Udo Lindenberg während des Konzerts 1983 im Palast der Republik (BStU, MfS, ZOS, 1826, S. 62, Fo 10)

Nikolaus Becker:

Titel: Demonstranten werden durch Sicherheitskräfte am 7. Oktober 1989

in Ost-Berlin „zugeführt“. (Bildausschnitt)

S. 11: Ansicht der Gethsemanekirche im Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg,
wo seit dem 2. Oktober 1989 eine ununterbrochene Mahnwache für die
inhaftierten Demonstranten abgehalten wurde.

Impressum

Herausgeber

BStU
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin
Postanschrift: 10106 Berlin

Tel.: 030 2324-50
post@bstu.bund.de

Gestaltung

Pralle Sonne
Berlin

Redaktion

BStU
Stabsstelle Kommunikation
10106 Berlin
[www.bstu.de](http://www bstu de)

Bei der Veröffentlichungen von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 32 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegend schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter [www.bstu.de](http://www bstu de)

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© BStU 10/2014

www.bstu.de

